

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: 1.10 Mark monatlich, 1.10 Mark vierteljährlich, 3.30 Mark halbjährlich, 6.60 Mark jährlich. Inland: 1.10 Mark monatlich, 3.30 Mark vierteljährlich, 6.60 Mark halbjährlich, 13.20 Mark jährlich. Ausland: 1.20 Mark monatlich, 3.60 Mark vierteljährlich, 7.20 Mark halbjährlich, 14.40 Mark jährlich. Postgebühren sind in den Preisen inbegriffen. Die Zeitung wird auch an Abonnenten in den Provinzen und im Ausland durch Postanstalten bezogen. Die Zeitung wird auch an Abonnenten in den Provinzen und im Ausland durch Postanstalten bezogen. Die Zeitung wird auch an Abonnenten in den Provinzen und im Ausland durch Postanstalten bezogen.

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die sechsseitige Kolonial- oder deren Raum 20 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (Leit-) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Wochenschriften 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982. Freitag, den 14. Dezember 1906. Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Der Reichstag aufgelöst! Auf zum Wahlkampf!

So ist denn das kaum zu Erwartende Ereignis geworden! In den letzten Tagen schwirrte es in der Luft von Krisengerüchten. Schon nach den Kolonialdebatten der vorigen Woche sollte Fürst Bülow mit der Auflösung des Reichstages gedroht haben. Diese Drohung konnte nur als ein Druck auf das Zentrum aufgefaßt werden, es in das laudimische Joch der kolonialen Regierungsforderungen zu zwingen. Aber das Zentrum sperrte sich. Die namenlose Blamage, die es sich selbst durch seine kolonialen Schachergeschäfte, seine Hintertreppenschleichereien, und dann weiter durch seine jammervolle Verleugnung des Abgeordneten Noeren zugezogen hatte, suchte das Zentrum durch eine Truppenpolitik in der Budgetkommission vergessen zu machen. Es verlangte dort, daß die Schutztruppe in Südwestafrika vom 1. April 1907 ab auf 2500 Mann herabgesetzt werde. Ohne diese Zusicherung erklärte es den südwestafrikanischen Nachtragsetat ablehnen zu müssen. Bei der entscheidenden Abstimmung in der Budgetkommission fielen denn auch in der Tat sowohl die Regierungsforderungen als auch der freisinnig-volksparteiliche Vermittlungsantrag, „Vorbereitungen“ für eine weitere Reduzierung der auf 8200 Mann festgesetzten Truppenzahl treffen zu wollen.

Die Frage war nun die, ob das Zentrum auch im Plenum fest bleiben werde. Die Haltung der Zentrumspresse erlaubte keinerlei zuverlässige Schlüsse. Zwar drohte die „Germania“ noch am Mittwochmorgen, von ihrer Forderung der Truppenherabsetzung auf 2500 Mann nicht um Fingers Breite abzuweichen zu wollen; allein in ihrer Abendnummer am Mittwoch gab sie halb und halb zu verstehen, daß das Zentrum auch für den Vermittlungsvorschlag Ablass zu haben sein werde!

Wider Erwarten ist das Zentrum diesmal nicht ungeschlagen. Es hat sowohl die Regierungsforderungen abgelehnt, als auch den Antrag Ablass. Allerdings bedeutete ja dieser freisinnige Antrag nichts anderes, als eine verschämte Formulierung der Regierungsforderungen! Denn der Antrag Ablass gestand der Regierung die geforderten 8200 Mann für das Jahr 1907 zu, nur fügte er den platonischen Wunsch bei, daß „Vorbereitungen“ für eine tunlichst weitere Verminderung der Truppenzahl getroffen würden. Und da Herr Dernburg rund heraus erklärte, daß die Regierung die 8000 Mann bis zur Fertigstellung des Bahnbauwerkes Kubus-Reichmannshoop gebrauchen werde und daß alsdann vielleicht weitere 1000 Mann entbehrt werden könnten, wäre ein Eintreten des Zentrums für den Antrag Ablass nichts anderes gewesen als eine neue schallende Ohrfeige, die sich diese ohnehin so schwer kompromittierte Partei vor aller Öffentlichkeit selbst verseht hätte! Aber die Möglichkeit des Ertragens solcher Blamagen hat denn doch ihre Grenzen. Wenn das Zentrum nicht einer Katastrophe entgegenzusehen und sich selbst für 1908 das Grab schaufeln wollte, mußte es auch den Antrag Ablass ablehnen!

Da nun aber der Reichskanzler gleich eingangs der Reichstagsitzung die dürre Erklärung abgegeben hatte, daß die Regierung sich auf keinen Fall einem ablehnenden votum der Reichstagsmehrheit unterwerfen werde, blieb nichts anderes übrig als die Reichstagsauflösung.

Die Verlesung der kaiserlichen Order, die die Auflösung verkündigte, rief im Hause ungeheure Sensation, bei der Sozialdemokratie aber stürmisches Beifallsstürzen hervor!

Und in der Tat: Wir fürchten die Konsequenzen unserer Politik nicht! Die Sozialdemokratie ist freudig bereit, mit der Regierung und der ganzen bürgerlichen Reaktion den Tanz zu wagen!

Für die Regierung und die bürgerlichen Parteien freilich ist die Situation eine keineswegs rosige. Die Regierung hat geglaubt, alles auf eine Karte setzen zu sollen. Für sie handelt es sich um einen Vorstoß gegen das parlamentarische Mitbestimmungsrecht des Volkes überhaupt. Dem Volkswillen soll das persönliche Regiment, die Diktatur des Militarismus, die Cliquenwirtschaft kleiner aber wirtschaftlich mächtiger Kreise entgegengesetzt werden! So fügte sich das Zentrum immer erwiesen hat, in dem Augenblick, wo es im Interesse seiner Selbsterhaltung den Überwieg der Kolonialpolitik nicht mehr unbezogen mitmachen konnte, wurde es als unbehagliche „Nebenregierung“ brüskiert, verhöhnt und brutal zur Seite gestoßen!

Und dann stehen die Regierung und ihre Getreuen an der entscheidenden Wende der Kolonialpolitik. Man will Weltpolitik großen Stils treiben, man will endlich die lang-ersehnte Kolonialarmee schaffen! Aus Ostasien hat man sich mit langer Nase zurückziehen und die dortige „Besatzungsbrigade“ auflösen müssen. Nun soll in Südwestafrika die Kolonialarmee errichtet werden. Mindestens 5000 Mann — vielleicht aber auch noch mehr — will man für alle Zeiten, auch nach Niederhebung des letzten Hottentotten, in Südwestafrika belassen. Diesem Plan konnte das Zentrum nicht Vorschub leisten, wollte es nicht der Masse seiner Wähler vor den Kopf stoßen. Gab aber die Regierung nach, so war wieder mal für absehbare Zeit die schöne Gelegenheit zur Schaffung der Kolonialarmee verpaßt. Deshalb der Gewaltstreik! Deshalb der Versuch, durch eine Kraftprobe die Kolonialopposition unter die Füße zu treten!

Das Volk wird die Antwort nicht schuldig bleiben! Es wird den Angriff auf das parlamentarische Mitbestimmungsrecht wuchtig zurückschlagen. Es wird durch seine Abstimmung dem persönlichen Regiment und allen kolonialen Abenteuerprojekten eine zerfahrende Niederlage bereiten!

Das zum politischen Pronunziamento aufgerufene Volk wird aber darüber hinaus mit der ganzen Regierungspolitik abrechnen. Es wird eine schallende Antwort geben auf die Verhöhnung der Volksmassen durch die Mißachtung aller Proteste gegen die Volksauszehrung, durch die Aufrecht-erhaltung des Zollwuchers und der Grenzperren! Es wird auch flammenden Protest erheben gegen das Attentat der Regierung, gegen das berüchtigte, von der Arbeiterchaft aller Parteien bekämpfte Gesetz zur Erdröpfung aller energisch um die Hebung der proletarischen Klassenlage kämpfenden Gewerkschaftsorganisationen!

Aber auch die bürgerlichen Parteien werden vom Volke bei der Neuwahl den gebührenden Denksatz erhalten. Voran das Zentrum. Seine verpäpate Ablehnung der neuesten kolonialen Zumutungen vermag die Mißgunst des Zentrums an der abenteuerlichen Kolonialpolitik, die uns viele Hunderte von Millionen und Tausende von Menschenleben gekostet hat, nicht wieder gut zu machen. Das Zentrum wird zur Rechenschaft gezogen werden für die schweigende Duldung all der ungeheuerlichen Kolonialgreuel, die es gesamt hatte, ohne dagegen vorzugehen! Aber das Zentrum wird sich auch zu verantworten haben wegen seiner dem Brot- und Fleischwucher geleisteten Helfersdienste. Die bodenlos alberne und provozierende Rede des Abgeordneten Gerstenberger über die Fleischnot wird bei dem Wahlkampf nicht vergessen werden. Auch die jammervolle, verräterische Haltung des Zentrums bei der Beratung des Anti-Gewerkschaftsgesetzes wird dazu dienen, vielen Tausenden von proletarischen Zentrumswählern die

Augen über die „Arbeiterfreundlichkeit“ dieser Partei die Augen zu öffnen!

Alles, was für das Zentrum zutrifft, gilt in verstärktem Maße auch für die Konservativen und Nationalliberalen. Aber auch der Freisinn hat ein langes Sündenregister zu verantworten. Er zieht in den Wahlkampf, beladen mit der Schmach, die südwestafrikanische Kolonialwirtschaft der Regierung beschirmt und unterstützt zu haben! Dieselbe freisinnige Volkspartei, die bisher unsere Kolonialpolitik in Presse und Versammlungen gegeißelt hatte, deren Redner auch bei der letzten Kolonialdebatte wieder haarsträubende Mißstände des kolonialen Verwaltungssystems aufgedeckt hatten: dieser selbe Freisinn setzt seine ganze Kraft ein, um dem persönlichen Regiment in der Kolonialpolitik zu einem Triumphe über den Volkswillen zu verhelfen! Dieser nämliche Freisinn bietet der Regierung und der Clique Kardorff-Arendt die Handhabe, entgegen einem früheren Beschluß der Reichstagsmehrheit, zu der auch der Freisinn gehörte, die brutale, sinnlose Niederhebung der Eingeborenen fortzusetzen — fortzusetzen bis zum Weißbluten der deutschen Steuerzahler, die mit einer Viermilliarden-Schuld an der Pumpwirtschaft noch nicht genug haben! Der Freisinn war es, der der Regierung durch seinen famoson Kompromißantrag die ersuchte Kolonialarmee apportieren wollte! Und das alles, weil ein smarterer Börjennmann Kolonialdirektor geworden, weil er durch beispiellose Prospekte im wüsten Gründerstil die Volksvertretung zum Besten gehalten hatte! Diese eine Tatsache und die Brüskierung des Zentrums genügt, um den waderen Freisinn, der ja so lange schon nach der Regierungsgunst geschielte hatte, mit den Arendt und Genossen in einen tollen Wettkampf um die Gunst des persönlichen Regiments eintreten zu lassen. Bis auf die Knochen blamiert tritt auch die freisinnige Opposition in den Wahlkampf ein!

Für die Sozialdemokratie ist die Wahlparole durch die Ereignisse gegeben. Sie führt den Wahlkampf im Zeichen des Kampfes gegen das persönliche Regiment, zum Schutze der bedrohten Volksrechte.

Sie kämpft gegen die uferlose Flotten- und Weltpolitik, gegen die volksauszehrige Kolonialpolitik, gegen die Beschädigung der nationalen Ehre durch koloniale Intaten.

Sie kämpft gegen die Volksauszehrung durch Zollwucher und Grenzperren, gegen den Brot- und Fleischwucher, der trotz der momentan günstigen Konjunktur das arbeitende Volk skandalös auspovert.

Sie kämpft gegen die neue Zuchtmandvorlage, das neue Anti-gewerkschaftsgesetz, durch das die mühsam unter namenlosen Opfern aufgebauten Gewerkschaftsorganisationen entmündigt und zertrümmert werden sollen!

Sie kämpft für Befreiung der arbeitenden Mehrheit des Volkes vom Joch der herrschenden Klasse, für politische und soziale Gleichberechtigung aller Glieder des Volkes, für Freiheit und Recht!

Der Kampf ist uns entboten, nehmen wir ihn auf mit aller Tatkraft!

Vorwärts für Recht, für Kultur und Gesittung! Hinein in den Wahlkampf!

Zum Wahlkampf.

Was sagt die Verfassung über eine Auflösung des Reichstages?

Ueber das Recht zur Auflösung des Reichstages bestimmt Artikel 24 der Verfassung:

„Die Legislaturperiode des Reichstages dauert fünf Jahre. Zur Auflösung des Reichstages während derselben ist ein Beschluß des Bundesrats unter Zustimmung des Kaisers erforderlich.“

Wann muß die Neuwahl stattfinden?

Artikel 25 der Reichsverfassung schreibt vor: „Im Falle der Auflösung des Reichstages müssen innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen nach derselben die Wähler und innerhalb eines Zeitraums von 90 Tagen nach der Auflösung der Reichstag versammelt werden.“

Demnach muß der Wahltermin spätestens auf den 11. Februar anberaumt werden. Es verlautete im Reichstag, als Wahltag solle der 6. Februar ausersehen sein. Indes ist das nicht gewiß. Auch die Festsetzung eines früheren Wahltermins ist möglich.

Wie steht es mit Auslegung der Wählerlisten?

In jedem Wahlbezirk sind nach § 8 des Reichswahlgesetzes zum Zwecke der Wählerlisten auszulegen, in welchen die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden.

Diese Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage zu jedermanns Einsicht auszulegen, und ist dies zuvor unter Hinweisung auf die Einspruchsfrist öffentlich bekannt zu machen. Einsprüche gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach Beginn der Auslegung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten 14 Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Teilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.

Bereins- und Versammlungsrecht.

§ 17 des Reichswahlgesetzes schreibt vor: „Die Wahlberechtigten haben das Recht zum Betrieb der den Reichstag betreffenden Wahlanglegenheiten Vereine zu bilden und in geschlossenen Räumen unbewaffnete öffentliche Versammlungen zu veranstalten.“

Wie steht es mit der Verbreitung von Druckschriften während der Wahlzeit?

Hierüber treffen die Absätze 3 bis 5 folgende Vorschriften:

„Zur Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken bei der Wahl zu gesetzgebenden Körperschaften ist eine polizeiliche Erlaubnis in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung bis zur Beendigung des Wahlaftes nicht erforderlich.“

Dasselbe gilt auch bezüglich der nichtgewerbmäßigen Verteilung von Stimmzetteln oder Druckschriften zu Wahlzwecken.

In geschlossenen Räumen ist zur nichtgewerbmäßigen Verteilung von Druckschriften (nicht nur Wahlschriften) oder anderen Schriften oder Bildwerken eine Erlaubnis nicht erforderlich.“

Genossen!

Nutzt die Zeit der Wahltagstation gründlich aus, um der Arbeiterklasse und der Partei dauernde Vorteile zu sichern. Es gilt nicht nur möglichst viele Stimmen und möglichst viele Wahlkreise zu erobern; es gilt auch, die Eroberungen zu dauernden zu gestalten.

Das geschieht durch Gewinnung möglichst vieler

Abonnenten für unsere Parteiblätter

und möglichst vieler Mitglieder für unsere

Parteiorganisationen.

Nicht nur die Wahlversammlungen sind zu diesem Zwecke zu benutzen. Es ist Ehrenpflicht jedes aufgestellten, zielbewußten Arbeiters gerade die Wahlzeit zu gebrauchen, um die Indifferenten, Lauenen, Verzögerten aufzurütteln und neue Kämpfer für die Sozialdemokratie, neue Todfeinde der bestehenden Ungerechtigkeiten, des Unrechts in jeder Gestalt zu werden.

Früh auf zur Werbearbeit, zum Wahlkampf!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Dezember.

Der letzte Tag des Reichstages!

Der 13. Dezember ist für den deutschen Reichstag ein kritischer Tag. Vor vier Jahren fiel im Reichstag unter Anwendung von Rechtsbruch und Gewalttat die Entscheidung über den Zolltarif. Heute wurde der Reichstag infolge einer Hurrastimmung in Regierungskreisen aufgelöst.

Die Situation war bereits vor Beginn der Sitzung eine sehr gespannte, allerhand Gerüchte schwirrten durch die Gassen des Hauses, auch das Gerücht von einer bevorstehenden Auflösung, das aber bei alten Parlamentariern wenig Glauben fand, weil das Objekt, das zu Differenzen zwischen Regierung und Zentrum geführt hatte, nämlich die Ablehnung des Nachtragsetats für Südwesafrika, die Auflösung des Reichstages nicht zu rechtfertigen schien, und weil die Regierung von der Hurrastimmung der nationalliberalen Kolonialpartei und nach dem reaktionären Auftreten der Junkerpartei bei Neuwahlen zweifellos keine Erfolge zu erwarten hat.

Aber es kam doch anders, das Temperament hat über die nüchterne Erwägung gesiegt, die „Kerls“, die ganze Bande“ wurde auseinandergerissen wegen der Ablehnung lumpiger 30 Millionen Mark zu Kolonialabenteuern.

Hatte auch der Reichstag das Gesicht eines „großen Tages“, so spielten sich doch die Verhandlungen sehr harmlos ab.

Kroden, wie immer, sprach der Abgeordnete Spahn, als Referent der Budgetkommission, ohne jede Anspielung auf die Differenzen, die infolge der Ablehnung des Etats zwischen Zentrum und Regierung entstanden sind. Als dann der Reichskanzler, umgeben von Staatssekretären und Ministern, eine Erklärung abgab, daß die Ablehnung des Etats und der Zentrumsantrag, der eine Herabminderung der Schutztruppe

auf 2500 Mann will, für die verbündeten Regierungen unannehmbar sei, ließ auch das alle diejenigen kühn, deren Nerven nicht durch allerhand Konfliktgespräche überspannt waren. Wohl aber brachten die Liberalen und Konservativen dem Reichskanzler für diese Erklärung ihre Sympathie mit einer Beifallsalve entgegen.

Schnell fiel die Stimmung des Hauses, als der Abgeordnete Koeren eine lange Erklärung für seine neuliche Kolonialrede abgab, die als eine klägliche Entschuldigung für seine Angriffe angesehen werden muß. Diese Situation nützte der Kolonialdirektor Dernburg aus, der abermals mit einigen Enthüllungen über die „Rebenregierung“ des Zentrums aufwartete und dafür, sowie für sein „schneidendes“ Auftreten den ostentativen Beifall aller Kolonialfreunde erntete.

Genosse Ledebour ging näher auf die Forderungen der Regierung ein und wies nach, wie berechtigt die Ablehnung der Forderungen sei. Nach einer bedeutungslosen Rede des Konservativen v. Rütchhofen erklärte der Kolonialdirektor Dernburg einen von den Freisinnigen gestellten Antrag für die Regierung für diskutierbar, der der Regierung freie Hand für die Zurückziehung der Truppen läßt. Die Abgg. Paasche und Schrader traten für diesen Antrag ebenfalls ein.

Alsdann trat der „ehrliche Maffer“ des Zentrums, Spahn, für den Zentrumsantrag ein und erklärte, das Zentrum sei sich der Verantwortung für die Folgen dieses Antrages bewußt und übernehme voll diese Verantwortung. Während war es, als Spahn betonte, die Sparjamkeit müsse zur Entlastung des Etats endlich bei diesen Kolonialausgaben einsetzen, denn dasselbe Zentrum hat Hunderte von Millionen für die abenteuerliche Kolonialpolitik bewilligt, gegen die die „Sparjamten“ Abtritte wie ein Eierkuchen erscheinen! Die Frage ist nur die: Welche Kompensation dem Zentrum verweigert wurden, daß es sich in diese Oppositionsstellung begeben hat?

Eine Lärmzene rief der Antifemist Lattmann hervor, der von den „Schandaten seines Vordredners“ sprach, des Abgeordneten v. Czarlinski, der vorher gegen die Regierung gesprochen hatte. Die Mehrheit des Hauses ließ den Abgeordneten Lattmann nicht weiter reden, bevor ihm der Ordnungsruf für diese rüde Anrede erteilt worden war.

Nach einer abermaligen geharnischten Erklärung des Reichskanzlers, aus der so etwas wie Konfliktlust klang, und in der die Ablehnung der Forderung abermals und

Großgrundbesitzern produziert, 93 Proz. hingegen von kleinen Landwirten.

Wir haben zur Zeit der Zollkämpfe wiederholt die Unrichtigkeit dieser und ähnlicher Behauptungen nachgewiesen. Das erneute Zurückgreifen der agrarischen Mäcker auf derartige statistische Redenkunststücke zwingt uns jedoch, nochmals den rechnerischen Nachweis zu führen, daß es um diese Behauptungen nicht besser bestellt ist, als um die meisten übrigen Argumente der junkerlichen Sippe.

Nach den statistischen Aufnahmen des Jahres 1895 (neuere allgemeine amtliche Aufnahmen gibt es nicht) waren in Deutschland 2 529 132 kleine landwirtschaftliche Betriebe mit weniger als 1 Hektar Fläche vorhanden, von denen aber 780 063, also fast ein Drittel kein Vieh, d. h. keine Pferde, Rinder, Schweine, Schafe oder Ziegen hielten. Auf die anderen zwei Drittel der Parzellenbetriebe kamen von dem Gesamtviehbestand, der sich 1895 in runder Zahl auf 18 491 000 Rinder, 14 275 000 Schweine und 10 867 000 Schafe stellte, nur 543 510 Rinder, 2 347 239 Schweine und 365 750 Schafe. Demnach entfielen auf eine jede dieser Kleinwirtschaften mit weniger als 1 Hektar Fläche (1 Hektar gleich 10 000 Quadratmeter oder beinahe 4 preußische Morgen) noch kein ganzes Schwein, ungefährt der fünfte Teil eines Rindes und der siebente Teil eines Schafes. Aber selbst wenn wir die Kleinbetriebe mit einer Fläche bis 2 Hektar, also bis 8 Morgen, mit in Betracht ziehen, ergibt sich keine wesentlich größere Viehhaltung. Die Gesamtzahl der Betriebe bis zu 2 Hektar betrug nämlich 1895 im Deutschen Reich 3 236 367. Diese Betriebe hatten insgesamt 1 415 239 Rinder, 3 465 989 Schweine und 567 687 Schafe. Demnach kam auf den einzelnen dieser Kleinbetriebe ungefährt 1 Schwein, ein halbes Rind und ein Sechstel Schaf.

Jedoch ist diese Rechnung noch viel zu günstig für die agrarische Behauptung, denn zu dieser Viehzahl sind auch die Wollereien und Milchsuranfakten mit ihrem Viehbestand, ferner die zum Milchhandel gehaltenen Kühe, sowie die von den Viehmästern zur sogenannten „Stallmästung“ aufgekauften Rinder und Schweine und die von städtischen Betrieben (Küchenern, Gastwirten, Handwerkern usw.) gehaltenen Schweine hinzugerechnet. Und schließlich kommt noch in Betracht, daß bei den Rindern noch die Kühe mitgezählt sind, die in manchen ostelbischen Gegenden der Gutsherr seinen Tagelöhnern oder Insten zur Ruhnutzung überläßt, gewissermaßen als Naturallohn. Rechnet man alle diese Rinder und Schweine ab, dann schrumpft der obige Viehbestand noch mehr zusammen.

Welchen Nutzen hat nun der kleine Landmann, der sich der Milch wegen eine Kuh hält und vielleicht alljährlich 1 oder auch 2 Schweine fett macht, von der Viehteuerung? Gar keinen. Denn das Fleisch des einen oder der zwei Schweine, die er schlachtet, gebraucht er durchweg im eigenen Haushalt, nur einige Schinken oder Würste bringt er allenfalls zum Verkauf. Reist hat er sogar von der heutigen Agrarpolitik einen Nachteil, denn nur selten erzeugt er alles Futter im eigenen Betrieb; er muß meist Futtermittel hinkaufsen und diese infolge der hohen Bölle weit teurer bezahlen als früher.

Betrachten wir demgegenüber den Vorteil, den die landwirtschaftlichen Großbetriebe, die größtenteils die erforderlichen Futtermittel selbst gewinnen, von der Viehteuerung haben. Es gab 1895 20 881 landwirtschaftliche Betriebe mit einer Fläche von 100 bis 500 Hektar. Auf jeden dieser Betriebe kamen durchschnittlich 63 Rinder, 29 Schweine und 150 Schafe. Und noch günstiger stellt sich das Verhältnis bei den großen Rittergütern mit mehr als 500 Hektar Fläche, deren es 1895 4180 in Deutschland gab. Auf jedes dieser Güter kamen 1895 ungefährt 155 Kühe, 69 Schweine und 713 Schafe.

Veranschlagt man, daß nicht selten mehrere solcher Güter oft 3, 4 oder 5 in der Hand eines einzelnen Großgrundbesitzers sind, so bedarf es keines weiteren Nachweises, in welchem Interesse die künstliche Preissteigerung des Schlachtviehes durch Grenzsperrn und Bölle liegt. Die Junker kämpfen nicht umsonst mit allen Mitteln der Fälschung und der Lüge gegen die Aufhebung der Grenzperre. Die innerhalb zweier Monate stattfindende Reichstagswahl bietet Gelegenheit, mit den Lebensmittelverkäufern abzurechnen, auf zum Kampf gegen den Fleischwucher! —

„Und nun gehe hin, Urteil!“

Die stille großherzogliche Residenz Weimar hat einen politischen Prozeß gesehen, dessen Ausgang einen weiteren Schritt rückwärts in der Entwicklung der deutschen Rechtspflege anzeigt, und der deshalb geschichtliche Bedeutung besitzt. Der Prozeß der Genossin Luxemburg ist zwar nicht des Strafmaßes wegen — wir sind im Reich der Gottesfürst und frommen Sitte ja an harte Urteile gewöhnt — wohl aber durch die Ausweitung des Begriffs der strafbaren Handlung, eine Tafel der Klassenjustiz, die besonders vermerkt und betrachtet zu werden verdient.

Die Genossin Luxemburg ist verurteilt worden, weil:

1. der politische Klassenstreik an sich keine Gewalttätigkeit darstellt, sondern ein gesetzlich erlaubtes Kampfmittel ist;
2. die Angeklagte nicht zu einem derartigen Klassenstreik aufgefordert hat, sondern
3. die Auffassung bekämpft hat, man könne einen Klassenstreik „machen“ oder mit blödsinnig angewandter „Gewalt“ eine neue Wirtschaft, und damit Gesellschaftsform „schaffen“.

Diese Tatsachen stehen unerschütterlich fest und können durch kein Urteil, und ziere es taufendfach die Schlussformel „von Rechts wegen“, aus der Welt geschafft werden. Das Gerichtsurteil untersteht hier im wahren Sinne des Wortes dem Volksurteil, denn jedermann kann sich über die „Straftat“ durch Einsichtnahme des Jenaer Parteitagprotokolls über unsere Klassenstaatliche Gerechtigkeitspflege unterrichten.

Reuigerlich hat die Justiz mit der Sache viel, Rech gehabt. Zunächst hat man sich gebulden müssen, bis die Angeklagte ihre Arbeit in Rußland unterbrechen konnte, um dem an sich herzlich unbedeutenden Justizdrama beizuwohnen, das aber unter den Händen der Sachwalter des Klassenstaates — wider deren Willen natürlich — zu großer Bedeutung emporkam.

Woh war es weiter für die Anklage, daß der Jenaer amtliche Vertreter staatlicher Autorität unter seinem heiligsten Eide erklärte, die Angeklagte habe nicht zu Gewalttätigkeiten angezettelt, das komme erst, wenn der Generalkrieg im Gange sei. Man habe sogar die Rede „nicht ernst genommen, der Beifall sei ironisch gewesen“. Ruhte ein solch vernichtendes Zeugnis nicht der An-

Arbeiter! Parteigenossen!

Antwortet auf die Auflösung des Reichstages mit einer energischen Agitation für Euer Organ, für das Blatt, das im Wahlkampf Eure wichtigste Waffe sein muß, für den

„Vorwärts“!

Die erste Wirkung der Reichstagsauflösung muß sein ein kräftiges Steigen der Abonnentenschar der Parteipresse, des

„Vorwärts“!

energischer als unannehmbar bezeichnet wurde, kam es zur Abstimmung.

Das Amendement Kblah wurde mit 176 gegen 171 Stimmen und dann die Regierungsvorlage mit 178 gegen 168 Stimmen, bei einer Enthaltung, abgelehnt.

Gleich darauf erhob sich der Reichskanzler, der erklärte, daß er dem Reichstag eine kaiserliche Postkarte mitzuteilen habe. Diese Ankündigung rief brausendes und nicht endenwollendes Bravo! und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten hervor, das sich wiederholte, als der Reichskanzler die Auflösung aussprach. Dann verließen die Sozialdemokraten den Saal, in dem die übrige „auseinandergeprengte Bande“ ein Hoch auf den Kaiser, der die Auflösung verfügt hatte, ausbrachte.

Nach Mitteilungen finden die Wahlen am 6. Februar 1907 statt. —

Wer hat Nutzen von der Fleischsteuerung?

Die Wortführer des Junkertums haben, da sie fürchten, die über die Fleischverteuerung erbitterte ärmere Bevölkerung könnte beiden demnächstigen Reichstagswahlen geschloffen gegen die konservativen Volkswirer stimmen, aus ihrer Argumenten-Kampfkammer einen alten Trick wieder hervorgeholt. In der „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ und den von diesem unfreiwilligen Bißblatt gepeinigten konservativen Landrats- und Kreisblättern taucht neuerdings wieder die aus den Zollkämpfen der Jahre 1901/02 bekannte Behauptung auf, von hohen Viehpreisen hätten gerade die Großgrundbesitzer nur ganz geringen Nutzen, denn mehr als neun Zehntel des gesamten deutschen Schlachtviehes würde von kleinen Landwirten, größtenteils sogar von Landarbeitern, aufgezogen. Wenn die Großgrundbesitzer also für hohe Vieh- und Fleischbölle eingetreten wären, so hätte sie dazu nicht das eigene Interesse bestimmt, sondern lediglich die Rücksicht auf die kleinen Landwirte.

Auch das jüngste Jugendblatt des Bundes der Landwirte benutzt dieses Argument. Es heißt darin:

„Nach der amtlichen Statistik verteilt sich aber der gesamte deutsche Schweinebestand von 19 Millionen Stück zu 73 Proz. (= 13,7 Millionen Stück) auf den Besitz der ländlichen Arbeiter, Handwerker, kleinen Beamten und Kätner, zu 23 Proz. (= 4,3 Millionen Stück) auf den bäuerlichen Besitz und nur zu 5 Proz. (= 1 Million Stück) auf den Großgrundbesitz. . . . Es handelt sich in der vorliegenden Frage also nicht um das wirtschaftliche Interesse einiger Großgrundbesitzer, sondern um die ganze wirtschaftliche Existenz von 4½ Millionen Kleinbäuerlicher und Arbeiterwirtschaften mit 18 Millionen Mitgliedern.“

Selbst die höchste wissenschaftliche Leuchte der Agrarier, Graf von Schwerin-Köwig, konnte sich in der geistigen Reichstagsitzung nicht verkagen, auf dieses abgestandene Argument zurückzugreifen. Nur 7 Prozent des deutschen Schlachtviehes, behauptete er, würden von

Amerika.

Der neue Staat Oklahoma. Der Kongress in Washington hat bekanntlich vor einiger Zeit das bisherige Territorium Oklahoma als Staat in die Union aufgenommen. An den letzten Wahlen beteiligte sich Oklahoma noch nicht als Staat, sondern wählte erst eine „Verfassungs-Konvention“, deren Aufgabe es ist, die Staatsverfassung in eine bestimmte Form zu bringen und die Wahlen für das Parlament und die Staatsämter anzuordnen. In diese Konvention wurden auch einige Sozialisten gewählt. Ein interessanter Vorschlag in bezug auf die zwei Sitze im Bundesrat in Washington, zu welchen jeder Staat berechtigt ist, wird gegenwärtig erörtert. Man will einen Vollblutindianer nach Washington senden, und der Vorschlag findet allgemeine Zustimmung. In Oklahoma leben die fünf zivilisierten Indianerstämme, aber bei der Verachtung der Amerikaner gegen die Indianer ist der Vorschlag recht sonderbar, und die Zeitungen im Osten mögen Recht haben, die erklären, daß der neue Staat mit dem Indianer nur eine Art Klamme machen und die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenken wolle. Drei Indianer werden als Kandidaten genannt; alle drei sind sehr reich und werden als hochgebildet geschildert.

Australien.

Die Hauptwahlen.

Das Commonwealth of Australia (australische Gemeinwesen), das heißt die Vereinigung der sechs Kolonien oder ursprünglichen Staaten: Neusüdwales, Victoria, Queensland, Südastralien, Westaustralien und Tasmanien zu einem politischen Bunde, entstand am 1. Januar 1901 auf Grund eines Gesetzes des britischen Parlaments vom 9. Juli 1900. Die Königin Victoria war damals noch am Leben, und — wie ihr Biograph Sidney Lee erzählt — sie konnte sich mit dem Titel „Commonwealth“ (Gemeinwesen) gar nicht befreunden. — Sie schlug dafür den Titel „Dominion of Australia“ (australisches Herrschaftsgebiet) vor, da das Wort „Commonwealth“ einen revolutionären Klang habe! — Die Australier bestanden indes auf dem von ihnen gewählten Titel, der sie an die Zeiten Cromwells und der englischen Revolution erinnerte, und die Königin mußte nachgeben.

Die gesetzgebende Macht liegt beim Bundesparlament, das aus Repräsentantenhaus und Senat besteht. (Man könnte eigentlich auch den König, der dort durch einen Generalgouverneur vertreten ist, einschließen, aber wir rechnen hier mit wirklichen und nicht mit fiktiven Kräften.) Der Senat besteht aus 36 Mitgliedern, 8 für jeden Staat. Das Repräsentantenhaus zählt 75 Mitglieder, die sich folgendermaßen verteilen: Neusüdwales 26, Victoria 23, Queensland 9, Südastralien 7, Westaustralien 5, Tasmanien 5.

Die Parteienverhältnisse und das Wesen der Parteien eines Landes sind gewöhnlich den Ausländern nicht leicht begreiflich. Auch wenn die Namen der Parteien und ihrer Kampfobjekte überall dieselben wären, so könnte man sie doch nicht ohne weiteres verstehen, da die Namen nicht überall denselben Inhalt haben. Wenn das schon auf europäische Länder zutrifft, um wieviel mehr auf außereuropäische! Allgemein gesprochen gibt es in Australien drei Parteien: Schutzöllner, Freihändler, Arbeiter. Die Schutzöllner sind konservative Sozialpolitiker, die einen starken Staat wollen. Die Freihändler sind Freisinnige, welche die Sozialpolitik, das staatliche Eingreifen in die wirtschaftlichen Verhältnisse, verwerfen; sie sind Antisozialisten. Die Arbeiter bilden eine sozialistisch-nationale oder eine politisch-gewerkschaftliche Partei. Eigentliche Sozialisten, wie wir sie in Europa verstehen, gibt es in Australien wenig. Ein Land muß wirtschaftlich erst viel umfassender und höher entwickelt sein als Australien, um eine sozialistische Partei in unserem Sinne zu erzeugen. Die australischen Arbeiter waren ursprünglich Kurgewerkschaftler, gleich ihren englischen Brüdern. Aber seit 1860 ungefähr sind sie zu Ueberzeugung gekommen, daß das Gewerkschaftswesen allein nicht imstande ist, die Arbeiter zu schützen und daß sie daher eine politische Macht im Staate werden müssen, um ihre Interessen wahren zu können. Sie wandten sich deshalb der Politik zu. Und da eine selbständige Arbeiterpolitik notwendigerweise zu sozialistischen Maßregeln führt, so treiben die australischen Arbeiter Sozialpolitik. Sie treten ein für Verstaatlichung der Verkehrsmittel, der Minen, der Schifffahrt und anderer Gewerbe, für Fabrikinspektion, Achtstundentag, Alterspensionen usw., aber auch für Ausschließung der „farbigen“ Rassen und vielfach gar für Schutzöllner und für andere Maßregeln, die mehr ins Gebiet der nationalen Politik fallen. Die Arbeiterpartei geht deshalb oft mit den Schutzöllnern zusammen, die aus nationalen Rücksichten sozialpolitisch sind. Dagegen herrscht zwischen Arbeiterpartei und Freihändlern offener Kampf.

Die Schutzöllner werden von Deakin geführt, die Freihändler von Reid, die Arbeiter von Watson.

Bei den letzten Hauptwahlen im April 1904 wurden ins Repräsentantenhaus gewählt:

Schutzöllner 26

Freihändler 27

Arbeiter 22

Die Arbeiter wurden demnach die ausschlaggebende Partei, und sie wurden schließlich betraut, die Regierung zu übernehmen und ein Kabinett zu bilden. Aber sie konnten nur mit Hilfe der Schutzöllner regieren, die aber bald verfielen. Deakin übernahm dann die Regierung, die sich längere Zeit halten konnte, da sie zwischen den Arbeitern und den Freihändlern balancierte. Wurden die Arbeiter in ihren Forderungen zu extrem, so kam Reid dem Kabinett zu Hilfe. Wo es sich aber um sozialpolitische und nationale Maßregeln handelt, da stimmten die Arbeiter mit der Regierung.

Im gegenwärtigen Wahlkampf, der in wenigen Tagen entschieden sein wird, stellt die Regierung folgendes Programm auf: Gesetz gegen Trunks; innere Kolonisation durch den Staat; Verstaatlichung der Schifffahrt; progressive Einkommensteuer; Erhöhung der Schutzöllner im Interesse der heimischen Industrie.

Die Freihändler unter Reid haben nur eine Wahlpawle: Kampf gegen den Sozialismus — Reid ist der australische Eugen Richter.

Die Arbeiter unter Watson haben ihr altes Programm: Sozialpolitik und ein „weißes Australien“. Ihre Abgeordneten werden wegen der Geradsicht ihres Charakters allgemein geachtet. Auf große Erfolge der Arbeiterpartei wird nicht gerechnet, da zwischen Deakin und Reid das Abkommen getroffen wurde, in sozialistischen Wahlkreisen geschlossen gegen den Arbeiterkandidaten zu stimmen! Die alte Frage: Schutzöllner oder Freihändler tritt hinter die Frage: Sozialismus oder Kapitalismus zurück, obwohl der australische Sozialismus maßvoll auftritt und in manchen Punkten — wie gesagt — eine nationale Politik treibt.

In den Depeschen über die Wahlergebnisse werden die Parteien wahrscheinlich als Ministerielle, Oppositionelle und Arbeiter angegeben werden. Unter „Ministeriellen“ werden die Schutzöllner verstanden; die „Oppositionellen“ sind die Freihändler.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände!

Durch die Auflösung des Reichstages ist der im Reichstage eingebrachte Gesetzentwurf betreffend „Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine“ in Wegfall gekommen. Die von den Vorständen zum 8. Januar 1907 geplanten Protestversammlungen gegen diesen Entwurf finden deshalb nicht statt. Alle Vorarbeiten dazu sind rückgängig zu machen.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

J. B.: Alwin Körsten.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Gold- und Silberarbeiter!

Die Kollegen von der Firma **Merriks**, Schmidstr. 42, haben die Arbeit niedergelegt, da der Arbeitgeber ungenügenden Tarif nicht anerkennen will.

Wir eruchen die Kollegen, dieses Geschäft zu meiden.

Die Firma ist bis auf weiteres gesperrt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Nun also! Vor einiger Zeit brachten bürgerliche Blätter eine Schauergerichte, nach der ein Streikbrecher aus den Siemens-Schuckert-Werken von Streikenden verfolgt und dann mißhandelt worden sei.

Die Korrespondenz, aus der die Nachricht stammte, stellt nun ihre Mitteilungen wie folgt richtig:

Zu dem angeblichen Ueberfall auf den Techniker Kaufmann, der nach seiner Behauptung auf dem Wege von den Siemenswerken nach dem Gesundbrunnen von ausländischen Arbeitern überfallen sein wollte, und so schwer mißhandelt wurde, daß er nach dem Krankenhaus Westend gebracht werden mußte, erfahren wir, daß die polizeilichen Ermittlungen keinen Anhalt für die Richtigkeit der von K. gemachten Darstellung ergeben haben. Festgestellt ist vielmehr, daß der Techniker sich in einem Lokal auf dem Gesundbrunnen aufgehalten hatte und dort in eine Schlägerei verwickelt worden war. Die schwere Körperverletzung soll sich K. dadurch zugezogen haben, daß er eine Schaufenster Scheibe zertrümmerte.

Also eine „bessene“ Sache.

Wir haben auf Grund eingehender Recherchen sofort einige Tage nach dem Vorfall fast genau dieselbe Darstellung des Vorkommnisses bringen können, wie sie jetzt die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben. Unseres Wissens hat von unieres Mithingigkeit keine der Blätter Notiz genommen, welche die Verdächtigung der streikenden Arbeiter verbreitet haben. Wir halten es für selbstverständlich, daß die so hochanständige bürgerliche Presse auch jetzt von ihrer Verdächtigung der Streikenden kein Wort zurücknehmen wird. Wie so viele „Terrorismus“-Lügen wird auch diese in den Sammelmappen der Arbeiterfeinde aller Richtungen Aufnahme finden und bei allen geeigneten und ungeeigneten Gelegenheiten der Öffentlichkeit als bare Münze angepriesen werden.

Den Achtstundentag haben auch die Berliner Formenziseleure erungen. Die Unternehmer wehrten sich viel weniger gegen die Forderung der achtstündigen Arbeitszeit als vielmehr die damit verbundene einer 15prozentigen Lohnerhöhung. Nach verhältnismäßig kurzer Dauer des Streiks kamen dann folgende Vereinbarungen zustande: Die tägliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden, zugleich wird der Stundenlohn erhöht, so daß der bestehende Wochenlohn erreicht wird, ferner beträgt der Minimallohn für Ausgelernte 45 Pfennige, nach 6 Monaten 50 Pfennige pro Stunde. Der Zuschlag für Ueberstunden beträgt 25—50 Prozent. Bei Einstellung von Ziseleuren ist zunächst der Arbeitsnachweis des Verbandes zu benutzen. Der 1. Mai ist als Feiertag frei zu geben. Die Regelung des Lehrlingswesens ist der Handwerkerkammer zu überweisen, und zwar aus dem Grunde, weil eine große Anzahl der Lehrlinge, aber keine Gehilfen beschäftigt. Weiter wird vereinbart, daß jede vorkommende Differenz einer Schlichtungskommission, der drei Meister und drei Gehilfen angehören, überwiesen werden soll. Sonderabmachungen mit einzelnen Arbeitnehmern sind unzulässig, ebenso dürfen Maßregelungen nicht stattfinden.

Achtung, Graveure!

Bei der Firma **B. Häbner**, Knopfabrik, Markuststr. 5, haben die Graveure die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.

Deutsches Reich.

Christliche Bruderschaft.

In Königsberg sind die Schneider und Schneiderinnen in eine Lohnbewegung getreten. Das nagen nun einige traurige Gesellen, die sich „Christen“ nennen, aus, um einen „christlichen“ Verband zu gründen, der dann im geeigneten Moment den Unternehmern zur Hilfe eilen soll. Nun haben die Leute aber wenig Glück bei den Königsberger Schneidern; etwa 500 sind im Zentralverband der Schneider organisiert, so daß für die „Christen“ wenig übrig bleibt. Diese wollen nun die Unorganisierten und die Kriegervereiner in ihre Reize ziehen. Doch selbst diese hüpfen nicht auf den christlichen Reizen. Zu Montag hatten sie eine Versammlung einberufen, die von zehn Personen besucht war; natürlich tagte sie hinter verschlossenen Türen. Gleich zwei christliche Arbeitersekretäre aus Königsberg wie aus Danzig waren erschienen, um den Anwesenden das Evangelium der christlichen Bruderschaft zu predigen. Aber auch einige Zentralverbändler hatten sich eingefunden, die jedoch in den Augen der Herren Christen keine Gnade fanden. Obwohl sie mit Einladungen versehen waren, wie man sie aus dem Lokale. Als es darüber zum Wortwechsel kam, ergriff ein Christ einen Stuhl und sagte: „Ich schiede Ihnen den Stuhl in den Rücken!“ Natürlich verließen die Genossen nimmere das göstliche Heim, wo die wahre Bruderschaft thront. Wenn sie selber die Christen auch nur annähernd so behandelt hätten, so würden alle bürgerlichen Zeitungen unter der Devise: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein!“ auf den „entfesselten sozialdemokratischen Terrorismus“ hingewiesen haben. Jetzt aber beden diese die Tat der Christen mit dem Mantel der christlichen Liebe zu. — Wie sehr die Polizei in Königsberg die Christen in ihr Herz geschlossen hat, geht aus folgendem Vorfalle hervor: Als am Dienstag in der öffentlichen Schneiderversammlung das Verhalten der Christen gebührend beleuchtet wurde, unterbrach der überwachende Polizeibeamte einen Redner und erklärte ihm, daß er Beleidigungen ausgestoßen habe, falls er damit nicht aufhöre, müsse er ihn arretieren!! Der Leiter der Versammlung sagte, daß er keine beleidigenden Aeußerungen vernommen habe. Darauf erwiderte der Polizist, daß der Redner die Christlichen beleidigt habe!! Natürlich ist ein derartiges Eingreifen des Beamten völlig unzulässig, und der Einberufer der Versammlung wird beim Polizeipräsidenten Beschwerde erheben. Aber man sieht deutlich, daß sich die Christen nicht nur der Fürsorge der Unternehmer, sondern auch des Schutzes der Polizei erfreuen.

Die Mälzerei- und Brauereiarbeiter in Andernach am Rhein sind in den Ausschuss getreten.

Eine großartige Blamage hat sich ein erzeaktionärer Fabrikant in Augsburg zugezogen. In seiner Papierfabrik (Haindl) wurde vor einiger Zeit eine enorme Schraube in eine Maschine hineingeworfen, was zur Folge hatte, daß die wertvolle Maschine ruiniert, der Betrieb gestillt und ein enormer Schaden verursacht wurde. Natürlich mußte dieses Uebelthun ein organisierter Arbeiter getan haben, weil — so dachte der Fabrikant — die organisierten Arbeiter seiner Fabrik allen Grund hatten, gegen den Unternehmer böse zu sein. Mehrere organisierte Arbeiter wurden als der Tat bringend verdächtig entlassen und man verurteilte nicht, dieses Verbrechen der organisierten Arbeiter in die Welt hinauszupflanzen und es als Werbemittel für die neugegründete gelbe Garde der Fabrik zu benutzen.

Nun kam durch einen Zufall an den Tag, daß der Urheber dieses Uebelthums kein organisierter Arbeiter war, sondern ein Mitglied der von dem Unternehmer ins Leben gerufenen gelben (!) Gewerkschaft, also ein vom Unternehmer als „gutgefint“ und „brav“ anerkannter Arbeiter, der jederzeit bereit ist, organisierte Arbeiter zu verraten!

Und warum hat der Streikbrecher die Schraube in die Maschine geworfen? Warum hat er das Werk zum Stillstand gebracht? Er sagte: „Weil ich keine Ueberstunden machen

to sollte.“ — Sich den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern anzuschließen und unter Wahrung der Solidarität die mörderische Lieberzeitarbeit unmöglich machen zu helfen, war der Wube zu feig und seine Feigheit und niedere Gefinnung, die den Streikbrechern eigen ist, trieb ihn zu dem Verbrechen, das ehrlichen Arbeitern zur Last gelegt wurde.

Ausland.

Staatsbeiträge zur Arbeitslosenversicherung in Dänemark.

Der dänische Gesetzentwurf, der den Arbeitslosenklassen der Gewerkschaften sowie anderen dem gleichen Zweck dienenden Versicherungsstellen von Lohnarbeitern und Angestellten in Industrie, Handwerk, Handel, Landwirtschaft usw., Staats- und Gemeindezuschüsse verschaffen soll, hat im dänischen Folkething eine ziemlich günstige Aufnahme gefunden, so daß Aussicht vorhanden ist, daß er noch in dieser Session durchgeführt wird. Die erste Beratung ist am Sonnabend beendet worden. Der Entwurf ist einem aus 15 Abgeordneten bestehenden Ausschuss überwiesen worden. Wir haben die Grundzüge des Entwurfs bereits in Nr. 233 des „Vorwärts“ mitgeteilt. Der Staatszuschuß wird auf jährlich 200 000 Kronen bemessen. Der Staat soll den Arbeitslosenklassen ein Drittel der Unterhaltungsansprüche ersetzen, die Kommunen können außerdem ein Sechstel zuschießen, womit dann die Hälfte der Unterhaltung aus öffentlichen Mitteln aufgebracht würde.

Der Entwurf ist aber keineswegs in allen Einzelheiten so gefaltet, daß er für die Arbeiterschaft ohne weiteres annehmbar wäre. Er enthält unter anderem die Bestimmung, daß Arbeitslose ihnen nachgewiesene Arbeit annehmen sollen. Das kann selbstverständlich unmöglich in der Form zur Geltung kommen, daß man, um der Unterhaltung nicht verlustig zu gehen, um jeden Preis eine Arbeit annehmen muß. Hieran wie an anderen unbrauchbaren und unzulänglichen Bestimmungen übte Martin Olsen, der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes, bei den Verhandlungen im Folkething eine gründliche Kritik. Im übrigen bezeichnete unser Genosse den Umstand, daß die Regierung den Gesetzentwurf eingebracht hatte, als eine sehr wichtige Begebenheit und wies darauf hin, daß es sich hier um die Frucht einer jahrzehntelangen Agitation der organisierten Arbeiterschaft handelt.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Spaltung unter den russischen Eisenbahnern.

In der letzten Zeit kann man unter den Eisenbahnern zwei Strömungen beobachten. Einerseits besteht der alte Alt-russische Eisenbahnverband darauf, daß der Verband auch fernerhin ein politischer Verband bleiben soll. Andererseits vergrößert sich, besonders unter den Eisenbahnarbeitern und den niederen Bediensteten, immer mehr die Zahl der Anhänger eines rein gewerkschaftlichen, außerhalb der Parteien stehenden Verbandes. Vor einiger Zeit haben die Anhänger dieser letzteren Richtung in Moskau einen besonderen „gewerkschaftlichen“ Verband der Eisenbahnangestellten des Moskauer „Knotenpunktes“ gebildet. Diesem Verbande sind hauptsächlich die Eisenbahnarbeiter beigetreten, und die Zahl seiner Mitglieder beläuft sich bereits auf einige Tausende. Dieser Tage hat die Versammlung des Bureau des Moskauer Eisenbahnknotenpunktes bezüglich der Stellung zum Alt-russischen Eisenbahnverband folgende Resolution gefaßt: „In Anbetracht der von einigen Kollegen angeregten Frage über die Stellung zum Alt-russischen Eisenbahnverband, hat das Bureau des Moskauer Eisenbahnknotenpunktes seine Ansicht in dieser Angelegenheit folgendermaßen formuliert: 1. Das Bureau hat prinzipiell nichts gegen eine Vereinbarung mit dem Alt-russischen Eisenbahnverband, erachtet aber, daß dieselbe nur auf dem Wege eines Kongresses, dessen Mitglieder von allen Eisenbahnorganisationen auf demokratischen Grundlagen gewählt worden sind, ausführbar ist. Bis zum Kongresse aber ist eine Vereinbarung nur in dem Maße möglich, wenn der Verband auf sein politisches Programm verzichtet und sich somit in eine rein gewerkschaftliche Organisation verwandelt. 2. Das Bureau hält bis zum Zusammentritt des Kongresses ständige oder temporäre Vereinbarungen mit dem Alt-russischen Eisenbahnverband für zulässig.“

Verfammlungen.

Die Metallarbeiter (Verwaltungsstelle Berlin) nahmen in ihrer Generalversammlung am Sonntag zunächst den Kasernenbericht vom 3. Quartal entgegen. Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse bilanzierten in der Summe von 467 504,23 M. Veranschlagt wurden u. a. an Unterhaltungen bei Krankheit 61 423,30 M., bei Arbeitslosigkeit 63 761,20 M., bei Streiks 18 336,05 M., bei Maßregelungen 16 967,20 M., für Rechtschutz 10 523,42 M., dazu die entsprechenden Zuschüsse aus lokalen Mitteln in der Höhe von reichlich 11 000 M. Die Lokalkasse hatte einen Bestand von 288 450,17 M. Als Kandidaten zur Erziehung der Revisoren wurden Sched, Guischi und Loos nominiert. Die Wahlen selbst finden in den Bezirken statt. Zum Schluß teilte der erste Bevollmächtigte Cohen mit, daß von der Ortsverwaltung demnächst eine Statistik aufgenommen werden soll, um festzustellen, wieviel Mitglieder des Verbandes hier in Berlin den sozialdemokratischen Wahlvereinen angehören und wieviel gleichzeitig Abonnenten des „Vorwärts“ sind.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Unter den Trümmern begraben.

Wien, 13. Dezember. (W. T. A.) Heute mittag ist hier das Gerüst eines Neubaus im 12. Bezirke zusammengebrochen und hat zahlreiche Arbeiter unter seinen Trümmern begraben. Bis jetzt sind 6 Schwerverletzte geborgen worden. Die Rettungsarbeiten werden fortgesetzt.

Ueber das Bauunglück im 12. Bezirk wird weiter berichtet: Nach dreistündiger angestrengter Tätigkeit sind alle Verunglückten geborgen. 5 Arbeiter sind schwer, 4 leichter verletzt, einer ist getötet. Beim Rettungsweil erlitt ein Feuerwehrmann Verletzungen. Die Rettungsgesellschaft war auf der Unglücksstätte unausgesetzt tätig.

Dynamitexplosion.

Schlan (Böhmen), 13. Dezember. (W. T. A.) Heute nachmittag exploderte beim Ferdinandsbache an der Wuchsterraberbahn Dynamit, das der Patronenmeister mit sich führte. Der Patronenmeister sowie ein Mann sind getötet, zwei Mann verletzt.

Anebelung der Presse.

Petersburg, 13. Dezember. (Wiedlung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Justizminister brachte, da die Presse die ihr durch das bestehende Preßgesetz verliehene Freiheit mißbraucht, im Ministerrat einen Entwurf ein, behufs Einführung eines Artikels in das Gesetz, nach welchem die Verherrlichung verbrecherischer Handlungen in Wort und Schrift eine Gefängnisstrafe bis zu 8 Monaten bezw. einen Arrest bis zu 3 Monaten und eine Geldstrafe bis zu 300 Rubel nach sich zieht.

Eisenbahnunglück.

Zelichen, 13. Dezember. (W. T. A.) Der nachts hier eingetroffene Wiener Schnellzug fuhr infolge falscher Weichenstellung auf eine aufsteigende Maschine; beide Maschinen wurden arg beschädigt. Der Lokomotivführer sowie ein Reisender aus Budapest wurden verwundet.

Programmsache.

Zak, 13. Dezember. (W. T. A.) Ein hier aus Rischnew eingetroffener Viehhändler schildert die Lage in Rischnew als äußerst bedrohlich. Der Mob versuchte in der vergangenen Nacht in der Charalambowstrasse einen jüdischen Laden zu plündern, wobei ein Kind des Geschäftsinhabers tödlich verletzt wurde.

Reichstag.

140. Sitzung vom Donnerstag, den 13. Dezember, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Fürst Bälou, v. Tschirsky, Dernburg, Herr v. Stengel, später Graf Posadowsky und v. Einem.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Nachtragsetats für 1906 für Südwestafrika, der die Nachbewilligung von 29 230 000 M. für die Kosten der Kriegsführung (8000 Mann) fordert.

Die Kommission beantragt den Nachtragsetat abzulehnen. Vom Zentrum liegt der Antrag vor, 20 288 000 M. mit der Maßgabe zu bewilligen, daß spätestens bis 31. März 1907 neben der Beibehaltung weiterer 4000 Mann die Vorbereitungen dazu getroffen sind, die Gesamtstärke der Schutztruppen auf die Zahl von 2500 Mann zu vermindern.

Die Freisinnigen, Abg. Aßhah und Genossen, beantragen die Bewilligung des Etats mit der Maßgabe, daß die Heimführung von weiteren 4000 Mann im Laufe des Rechnungsjahres erfolgen soll und bis zum Ablauf des Rechnungsjahres die Vorbereitungen zu einer erheblichen weiteren Verminderung der Gesamtstärke der Schutztruppen, entsprechend der fortschreitenden Beruhigung des Schutzgebietes getroffen werden.

Referent der Kommission ist Abg. Spahn (Z.).

Reichskanzler Fürst Bälou:

Die Ihnen vorliegende, sorgfältig vorbereitete Vorlage fordert nur das Unnötliche, nur diejenige Truppenstärke, die für die Unterwerfung des Aufstandes und die Beruhigung unserer Kolonie unerlässlich ist. Wir werden die Truppen in Südwest bis zum April nächsten Jahres auf rund 8000 Mann vermindern, je nach dem Fortschritt der Operationen und der Verbesserung der Etappen im Laufe des nächsten Etatsjahres weitere Verminderungen eintreten lassen und nach Beendigung der Operationen nur die notwendigen Besatzungstruppen zurückhalten. Ihre Kommission ist zu einem positiven Ergebnis nicht gelangt. Sie hat vielmehr alle Anträge und die Regierungsvorlage abgelehnt. Der Vorschlag, und schon jetzt für das Etatsjahr 1907 auf eine bestimmte, gegenüber der jetzigen wesentlich verminderten Truppenzahl festzulegen, ist für die verbündeten Regierungen unannehmbar. (Wabul rechts.) Sachverständige Militärs haben Ihnen in der Kommission dargelegt, daß die verlangte Truppenstärke wirklich notwendig ist, und daß eine Verminderung die Durchführung der militärischen Aktion verhindern würde. Eine solche Einstellung der militärischen Aktion vor der völligen Unterwerfung des Aufstandes würde aber die schwersten Folgen nach sich ziehen. Sie würden nicht nur bestehen in dem Verlust des Südens der Kolonie, wir würden auch die Mitte und den Norden auf das Schwerste gefährden. (Sehr richtig! rechts.) Wir werden, das sagen alle Kenner der Verhältnisse, binnen kurzem neue Aufstände in allen Teilen unseres Schutzgebietes zu gewärtigen haben, deren Bewältigung uns die doppelten und die dreifachen Opfer kosten würde. (Sehr richtig! rechts.) Diese Aufstände würden naturgemäß auch auf unsere anderen Kolonien übergründen, und wir würden eine allgemeine Erhebung der Schwarzen gegen die weiße Herrschaft erleben. (Ral! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Schutztruppen würden bei ihrer geringen Anzahl einer solchen Bewegung nicht gewachsen sein, und wir ständen dann vor der Frage, ob wir unsere Kolonien mit außerordentlichen Opfern wieder erobern, oder ob wir sie für immer verlieren wollen. Alle Sachverständigen sind darin einig, daß es sich um eine letzte Anstrengung handelt, um unseren Kolonien dauernd Ruhe und Sicherheit wiederzugeben. Wenn wir vor diesem letzten Opfer zurücktreten, so würden wir uns einer schweren Unterlassung, einer nationalen Versündigung schuldig machen! (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich kann nicht annehmen, daß dieses Haus einen solchen in finanzieller und militärischer, politischer und nationaler Hinsicht gleich bedauerlichen und bedenklichen Beschluß fassen wird. Sollte ich mich hierin täuschen, so würde ich mich als verantwortlicher Lenker der Reichsgeschäfte vor dem deutschen Volke und vor der Geschichte nicht in der Lage sehen, eine solche Kapitulation zu unterschreiben. (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen, anhaltende Bewegung.)

Abg. Schmidt-Eberfeld (fr. Sp.): Wir halten im Einklang mit unserer früheren Haltung die Herabminderung der Truppen in Südwest auf eine bestimmte Mindestzahl und in einer bestimmten Zeit für undurchführbar. Wir würden damit dem Gang der Ereignisse vorgehen und die völlige Beruhigung der Schutzgebiete würde dadurch vielleicht unmöglich werden. Der Antrag Aßhah will dem Schutzgebiet diejenige Truppenzahl lassen, die zur völligen Beruhigung nötig ist, andererseits trägt der Antrag aber auch dem sehnlichen Wunsche des Reichstages und des deutschen Volkes Rechnung, daß alle entbehrlichen Truppen zurückgezogen werden. Im Interesse des Statetats ist die von der Regierung in der Kommission zugesagte Zurückziehung von 4000 Mann bis zum 31. März 1907 als Bedingung in den Antrag Aßhah aufgenommen, für den sich hoffentlich eine Mehrheit finden wird. (Wabul bei den Freisinnigen.)

Abg. Koeren (Z.):

Meine heutige Rede und ihre Beantwortung durch den Kolonialdirektor haben zu Mißverständnissen Anlaß gegeben. Ich sehe mich daher zu folgenden Ausführungen veranlaßt. Meine Rede hatte allein die Wirkungen zum Gegenstand, die in der Kolonialverwaltung auf kulturellem Gebiet sich zeigten. Abg. Eberberger hatte die finanzielle Behandlung unserer Kolonialpolitik zur Aufgabe, während ich auf die erwähnten Mißstände einzugehen hatte. Das ist von mir in sachlicher und ruhiger Weise unter Heranziehung verschiedener Vorgänge geschehen. Die Wistuba-Angelegenheit war von mir nur vorübergehend berührt (Wabul! links). So weit ich durch die Ausführungen des Redneren dazu gezwungen war. Trotzdem hat der Kolonialdirektor gerade sie zur Unterlage genommen, um darauf den Vorwurf einer unerträglichen Preßion, ja geradezu den einer Nebenregierung zu erheben. Dadurch wurde der Gegenstand meiner Rede in den Hintergrund gedrängt und ein günstiger Komagboden für die Klagen über unbedeutende Nebenregierung des Zentrums geschaffen. Von den Mißständen in den Kolonien, der Prügelstrafe an Eingeborenen, der Einschüchterung der Zeugen, der unzuverlässigen Rechtsprechung ist nirgends mehr die Rede gewesen. Die wenig aber von einer Preßion oder gar von einer Nebenregierung die Rede sein kann, geht aus dem mit uns gepflogenen Verhandlungen deutlich hervor. Im September 1901 kam der apostolische Präfekt der katholischen Mission zu mir und legte mir das unerträgliche Verhältnis zwischen der Mission und dem Gouvernemenent dar und bat mich um meinen Rat, wie eine Besserung herbeizuführen sei. Ich riet ihm, die ganze Angelegenheit der Kolonialabteilung klar darzulegen und wandte mich an den Herrn Reichskanzler mit der Bitte, eine Besprechung der Angelegenheit zu veranlassen. Darauf erhielt ich von der Kolonialabteilung am 25. Oktober ein Schreiben, worin anerkannt wird, daß die Mission unrechtmäßig behandelt sei und worin gesagt wird, eine nochmalige Besprechung würde die beste Gewähr für die Befriedigung des unrechtmäßigen Verhältnisses bieten. Es heißt dann: „Vor allem, wenn Ew. Hochwohlgeboren die Güte haben wollten, dabei gegenwärtig zu sein (Hört! hört! beim Zentrum.)“ Erst nach diesem Schreiben habe ich den ersten Schritt in das Kolonialamt getan. Es hatte darauf eine Besprechung stattgefunden, die zu einer sachlichen Feststellung der Punkte führte, über welche die Mission zu Klagen

Grund hatte, und es wurde festgestellt, daß die Mission daran keine Schuld trägt. Auch in einem Schreiben des Kolonialdirektors vom 15. März 1904 ist dieses nochmals anerkannt worden. Bei dieser Besprechung wurde von beiden Seiten der Wunsch ausgedrückt, die Sache nicht in der Öffentlichkeit zu besprechen. (Hört! hört!) Auch in einem Schreiben des Reichskanzlers vom März dieses Jahres heißt es, daß es weder im Interesse der Kolonialverwaltung noch im Interesse der Mission läge, die Angelegenheit öffentlich zu besprechen. In der einseitigen Aufzeichnung, die Herr Geheimrat v. König von dieser Besprechung gemacht hat, befindet sich die Redemendung von dem laudinischen Joch. Herr Stübli mußte schließlich die Verletzung eines Beamten in ein anderes Schutzgebiet zuziehen, obwohl er Herrn Koeren gebeten hatte, ihm dieses laudinische Joch nicht zuzumuten.“ Ich erinnere mich zwar an eine solche Versicherung nicht, da sie aber von Geheimrat v. König in einer einseitigen Bezeichnung niedergelegt ist und Herr Stübli diese ja wohl gelesen hat, wird sie wohl auch gefallen sein. Doch ich bei den Verhandlungen für eine Säuberung des schweren Unrechts, das die Mission erfahren hatte, eingetreten bin, war meine Pflicht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wie wenig aber von einer Preßion, von einem unerträglichen Druck die Rede sein kann, das zeigt diese königliche Aufzeichnung vom laudinischen Joch selbst. Es handelt sich um die Verletzung, nicht um die Absetzung eines subalternen Beamten, welcher bei der unrechtmäßigen Verhaftung der Mission in unrechtmäßiger Weise als Staatsanwalt fungiert hatte und auch sonst Anlaß zu berechtigten Beschwerden der Mission gegeben hatte. Wenn schon die Verletzung eines solchen Mannes als laudinisches Joch bezeichnet wird, so ergibt sich schon daraus, wie begründet die Beschwerden waren und wie wenig man berechtigt ist, von einer Preßion oder gar Nebenregierung zu reden. Von hochangesehener Seite in den Kolonien wurde mir damals mitgeteilt, daß Wistuba sich von den Anfeindungen gegen die Missionen ferngehalten und stets freundlich und gut mit den Missionen umgegangen habe. Mit der Zeit hat der größte Teil der Beamtenenschaft in Togo eine feindliche Haltung gegen Wistuba eingenommen, weil er Uebelstände zur Anzeige bringen wollte, und er wurde aus Togo abberufen. Auf das Zeugnis des apostolischen Präfekten über Wistuba habe ich mich des Mannes angenommen. Von der Kolonialverwaltung war der Wunsch ausgedrückt worden, daß die ganze Verhaftungsgeschichte nicht in die Öffentlichkeit kommen sollte. Es wurde ja stets das Interesse der Missionen bei kolonialen Fortschritten in den Vordergrund gestellt, und wenn man von dem empörenden Verhalten der Missionare in Togo im Lande erfährt, so mußte das einen ungünstigen Eindruck hervorbringen, und deshalb waren die Verhandlungen beiderseits von dem Gesichtspunkte geleitet, eine öffentliche Behandlung der Togo-Angelegenheit zu vermeiden. Wenn der Reichskanzler die Wistuba-Angelegenheit persönlich erledigte, so lag kein Anlaß zur öffentlichen Erörterung vor; in die Öffentlichkeit konnte die Sache nur kommen, wenn der Reichskanzler den Wistuba-Fall vor die Disziplinarkammer brachte. Unter diesem Gesichtspunkt sind allein die vom Kolonialdirektor verlesenen Briefe von mir geschrieben worden. Der Affessor Brüdner hat in einem Nebenbericht gesagt, ich hätte erklärt, wenn die Wistuba-Angelegenheit nicht nach meinem Wunsche erledigt werden würde, so würde nichts mehr für die Kolonien bewilligt werden. Diese fragliche Versicherung befindet sich nicht in dem Protokolle über meine Zeugenaussage, ich habe sie nicht als Zeuge getan, ich kann sie nur gesprächsweise getan haben. Die Versicherung ist nach Abschluß des Protokolls ohne meine Zustimmung und ohne daß ich mich dazu äußern konnte, auf Veranlassung eines Kolonialbeamten von Affessor Brüdner in einem Bericht ausgenommen worden. Wenn die Versicherung als notwendig betrachtet worden wäre, so hätte sie in das Protokoll hineingehört. Ich will die subjektive Glaubwürdigkeit des Affessors Brüdner nicht bezweifeln, aber ich erkläre auf das Bestimmteste, daß die Erklärung nicht im Sinne einer Drohung erfolgt sein kann. Das ergibt sich schon daraus, daß für mich nicht der geringste Anlaß vorlag, dem Affessor Brüdner, der gar keinen Einfluß auf die Wistuba-Angelegenheit hatte, zu drohen. Eine solche Drohung hätte doch nur dem Kolonialdirektor oder dem Reichskanzler gegenüber Sinn gehabt. Diesen beiden gegenüber habe ich mich aber lediglich dahin ausgelassen, daß, wenn der Reichskanzler die Wistuba-Angelegenheit nicht selbst erledigt, sondern sie vor der Disziplinarkammer zur Verhandlung komme, notwendigerweise die ganze Togo-Angelegenheit ausgerollt werden würde, und daß infolgedessen kein Geld mehr für die Kolonien gegeben würde. Wenn ich diese Versicherung überhaupt getan habe, so kann ich mich nur in diesem Sinne geäußert haben, auf den Wortlaut kann ich mich nicht mehr bestimmen. Es könnte vielleicht den Anschein erwecken, als ob ich für Wistuba eine günstige Entscheidung erzielen wollte. Aber es kam lediglich darauf an, daß die Togo-Angelegenheit nicht in die Öffentlichkeit kam. Beim Lesen des stenographischen Berichtes meiner Rede habe ich gefunden, daß ich mit der Bezeichnung „grüner Affessor“ zu weit gegangen bin. (Heiterkeit.) Ich habe mich sofort für verpflichtet gefühlt, ohne einen Anstoß dazu von irgend einer Seite zu erhalten, bei der ersten Gelegenheit diese Bezeichnung als ungebührlich zu widerrufen und diese Gelegenheit bietet sich heute in dieser Verhandlung. (Wabul im Zentrum.) In der Wistuba-Angelegenheit bin ich vom damaligen Kolonialdirektor am 15. März 1904 ausdrücklich ersucht worden, auf Wistuba einzuwirken, damit er sich beruhigen möge. Da kann also von einer unerwünschten Einschüchterung meinerseits gar keine Rede sein. Es handelt sich hier auch gar nicht um ein Gerichtsverfahren sondern lediglich um ein Ermittlungsverfahren gegen Wistuba. Ein Beschluß des Reichskanzlers, die Angelegenheit der Disziplinarkammer zu überweisen lag damals noch nicht vor und er liegt meines Erachtens auch heute noch nicht vor. Den Vorwurf, daß ich irgend eine Preßion verübt habe, muß ich auf das Bestimmteste zurückweisen. Mein Schritt beruht ja gerade auf dem Ersuchen des damaligen Kolonialdirektors, und aus dieser meiner ganzen Haltung kann man mir doch nicht den Vorwurf der Nebenregierung machen. Am Schluß der Verhandlungen, die auf Wunsch der Kolonialverwaltung stattgefunden haben, hat mir der Reichskanzler in einem Briefe seinen Dank ausgesprochen. Es wird in dem Briefe anerkannt, daß ich zur Befriedigung der Togo-Angelegenheit in dankenswerter Weise mitgewirkt habe. Dieser Brief ist vom 6. März 1906 datiert. (Hört! hört!) Der Reichskanzler drückt mir also den Dank aus nach der ganzen Korrespondenz, die der Kolonialdirektor hier vorgebracht hat und auch nach den Nebenberichten des Herrn von König und des Affessors Brüdner. Die Mißstände in Togo bestehen unbedeutend fort, namentlich die grausame und willkürliche Behandlung von Prügelstrafen finden noch immer statt, und mit Rücksicht darauf habe ich mich für verpflichtet gehalten, die Sache hier zur Sprache zu bringen.

Für alle meine tatsächlichen Ausführungen sind der Kolonialverwaltung, ich wiederhole das, schon seit langer Zeit eine große Reihe von Zeugen genannt worden, die vernommen worden sind. Ich glaube dargelegt zu haben, daß mein ganzes Verfahren nicht der geringste Vorwurf treffen kann. Namentlich nicht der einer Preßion oder der einer Nebenregierung. (Lebhafte anhaltende Zustimmung im Zentrum.)

Kolonialdirektor Dernburg:

Herr Koeren hat mir vorgeworfen, ich sei nicht auf den materiellen Inhalt seiner Rede eingegangen, sondern habe von diesem abgelenkt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich erinnere daran, daß seine Behauptungen auf Anschuldigungen gegen Herrn Kersting gegnigt hat, auf das sogenannte Material, das er und Herr Aßhah besch. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß diese Anschuldigungen

absolut unbegründet gewesen sind. Auf derartige unbegründete Anschuldigungen einzugehen, habe ich gar keine Veranlassung. Ebenso hat er von dem Beamten Schmidt behauptet, daß er Zeugen eingeschüchert habe und überhaupt über die Unzuverlässigkeit der Rechtspflege in Togo geklagt. Auch davon ist nichts bei tiefen. (Widerspruch im Zentrum.) Was Sie behaupten, ist kein Beweis. Es sind die Aussagen schwarzer Zeugen verlesen worden und alle absolute Wahrheit ausgegeben. Die Wichtigkeit der Frage der Eingeborenenbehandlung erkenne auch ich an, aber man soll die Eingeborenen behandeln nicht wie sie es wünschen, sondern wie es uns als deutscher Nation nach Ehre und Würdigkeit zukommt. (Wabul rechts und bei den Nationalliberalen.) Herr Schmidt hat mir einen jammerdollen Brief geschrieben, in welchem er sagt: wie kann ich mir helfen, ich habe Herrn Koeren gebeten, er möge doch seine Behauptung außerhalb des Hauses wiederholen. Das hat er aber nicht getan. Der Fall Schmidt fällt hier also auch fort. Herr Schmidt ist vollkommen hilflos gegenüber Herrn Koeren. Ebenso verhält es sich mit der Sache des Affessors Diez. Seine Mutter hat mich schriftlich gebeten, ihn doch hier zu rehabilitieren, und ich erkläre hier, der Affessor Diez ist ein außerordentlich tüchtiger, maderer Beamter gewesen, der im Dienste seines Vaterlandes und seines Kaisers in Togo gestorben ist. (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Weiter habe ich gegen die Missionen den Vorwurf erhoben, daß sie sieben Jahre lang Material gesammelt und aufbewahrt haben, und dabei hat Herr Wistuba geholfen. Dieses ganze Material ist wesentlich Dienstbotenklatsch, es befinden sich ja die Aussagen von nicht weniger als fünf Köchen dabei; wenn Sie hier Köche fragen würden, werden Sie ganz ähnliche Geschichten von der Herrschaft hören. (Lärm im Zentrum. Große Heiterkeit rechts.) Herr Koeren hat den Briefwechsel niemals vollständig vorgelesen, in der „Nordd. Allg. Zeitung“ ist er ganz abgedruckt und daraus geht hervor, daß das Kolonialamt die Vermittlerrolle des Herrn Koeren keineswegs für die Wistuba-Angelegenheit, sondern lediglich für die Befriedigung des Wistuba-Zwistes gemüht hat. Aber darüber hinaus hat Herr Koeren sich in die Wistuba-Sache gemengt. (Lärm im Zentrum.) Das hängt eben zusammen! Lachen und Lärm im Zentrum.) Es ist ferner für Herrn Koeren, daß er nicht auf Abschriften derjenigen Briefe hat, die er selbst geschrieben hat. Am 11. Februar dieses Jahres empfiehlt er Herrn Wistuba für sechs oder sieben bessere Stellen als er vorher gehabt hat. (Hört! hört! rechts.) Daß der Postfachposten in St. Petersburg nicht dabei ist, ist ein wahres Wunder. (Große Heiterkeit.) Ich denke, wir haben im Hohen Hause Wichtigeres zu tun, als dergleichen Klagen von Beamten entgegen zu nehmen. (Lärm im Zentrum.) An der Versicherung vom laudinischen Joch ist gar nicht zu zweifeln. Herr Koeren hat sie auch nicht geleugnet, sondern nur entschuldigt. (Widerspruch und Lärm im Zentrum.) Wegen die Tätigkeit des Herrn Koeren habe ich mich gewendet, nicht nur weil sie unter dem früheren Kolonialdirektor Herrn Stübli unangenehm empfunden worden ist, sondern weil er versucht hat, sie auch in meine Amtstätigkeit hineinzuspielen. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Am 8. November hat mir der Präfekt der Mission aus Karaten des Herrn Koeren geschrieben: Herr Kersting ist überhaupt die Gefahr, die in Togo besteht, weil er die anderen Beamten kennt. Das ist die ganze Anschuldigung gegen Herrn Kersting, auf die hin er nicht wieder nach Togo geschickt werden sollte. Herr Koeren hat gesagt, er habe seine Anschuldigungen lediglich wegen der herrschenden Mißstände vorgebracht. Aber am 20. November hat er mir noch geschrieben: „Gegenwärtig soll das beste Einverständnis zwischen der Verwaltung und der Mission bestehen.“ (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Wenn soll ich denn nun glauben? So liegt die Geschichte. Wir wollen sie jetzt einmal vorbegeben lassen. (Lärm im Zentrum.) Wegen solche unberechtigte Einschüchterung werde ich mich stets wehren, gleichgültig, von wem sie ausgeht, und die Pflicht an die Öffentlichkeit anzutreten, die diesmal sehr gut gewesen ist. (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Gegenüber der Erklärung des Herrn Schmidt-Eberfeld bemerke ich: Am Mai 1906 waren im Schutzgebiete 14 500 Köpfe, jetzt ist die Zahl der Truppen auf 10 062 Köpfe reduziert, weitere 600 Mann sind unterwegs, bereits zu Schiff, 1000 Mann sollen im Februar zurückgeführt werden und weitere Zurückführungen sollen, sobald es möglich ist, stattfinden.

Abg. Schmidt-Eberfeld (fr. Sp., zur Geschäftsordnung) beantragt in dem freisinnigen Antrage statt „die Heimführung“ zu sagen, „die im Gange befindliche Heimführung“.

Abg. Ledebour (Soz.):

Auf die Auseinandersetzungen zwischen Herrn Koeren und dem Herrn Kolonialdirektor will ich sachlich nicht eingehen. Ich möchte sie überhaupt nicht erwähnen, wenn nicht Herr Bassermann längst auf Grund dieses Konflikts von einer großen neuen Aera gesprochen hätte, die damit eingeleitet würde. Offenbar geben sich die Herren (zu den Nationalliberalen) der Hoffnung hin, daß sich so eine Art Kulturkampf aus dieser Angelegenheit entwickeln könnte, aber sie haben sich schon heute überzeugen müssen, daß das wiederum eine vollkommen verkehrte Spekulation gewesen ist. Den Biomarschen Kulturkampf werden Sie nicht wieder ins Leben zurückrufen können. Dieser tote Prosch läßt sich nicht mehr goldwaschen. Sollte es einmal zu einem wirklichen Kulturkampf in Deutschland kommen, zu einem Kampfe, der geführt wird für die Trennung der Kirche vom Staat, für die vollkommene Freiheit der Schule vom geistlichen Einflusse, zu einem Kulturkampf, wie wir ihn kämpfen werden, sobald wir können, dann werden wir gerade Sie (zu den Nationalliberalen) zu unseren Gegnern zu zählen haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sind Sie doch im preussischen Abgeordnetenhaus Hand in Hand mit den reaktionären Parteien gegangen, um die Akerikalisierung der Schule zu vollenden.

Den Wabul, den Herr Dernburg auf der Rechten und bei den Nationalliberalen gefunden, würde ich für echter halten können, wenn diese Parteien sich nicht nur gegen die angeblichen Einschüchterungsgehalte des Herrn Koeren, sondern auch gegen die erwiezenen Einschüchterungen des Herrn Kersting mit gleicher Entschiedenheit gewandt hätten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Da haben Sie aber geschwiegen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Denn die Leute, die sich da angemischt haben, sind Fleisch von Ihrem Fleische und Blut von Ihrem Blute. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Herr Koeren verdient Vorwürfe, daß er sich überhaupt auf eine Hintertreppenspolitik eingelassen hat, aber gegenüber dem Vorgehen der Herren Kersting und Genossen steht er doch glänzend da. (Sehr richtig! im Zentrum.) Hat er doch die Hintertreppe nur benutzt, um schwache Leute, die im Kampf gegen das Beamtenumtum ständen, zu schützen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Aber die Herren von der Rechten, die für Herrn Dr. Peters eingetreten sind, haben einem der gefährlichsten Verbrecher in unserer ganzen Kolonialgeschichte wieder zu Amt und Ehren verhelfen wollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und das ist hundertmal verwerflicher als das, was Herr Koeren getan hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie (nach rechts) haben jedenfalls kein Recht, Herrn Dernburg zuzuschreiben, wenn er hier in ganz übertriebener, ungerechtfertigter Weise gegen Herrn Koeren vorgegangen ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Auch Herrn Dernburg würde ich allenfalls noch mildernde Umstände zubilligen, wenn er seinerseits gegen die Kersting und Genossen eingetreten wäre. Aber er hat den dringenden Appell meines Freundes Rebel, doch endlich die Peters-Akten zu veröffentlichen abgelehnt, ja er hat ihm nicht einmal die Einsicht in die Akten gestattet, die Herr Kersting gestattet worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Mann,

der so handelt, verliert in meinen Augen das Recht, sich über Herrn Koeren zu erheben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich möchte nur hoffen, daß nach diesen Erfahrungen auch die Herren vom Zentrum niemals wieder den Zylinder aufsetzen werden (Große Heiterkeit), wenn ihnen aus dem Reichskanzleramt oder dem Kolonialamt fremdlich gewinkt werden sollte. Denn Sie laufen ja alle Gefahr, wenn Sie die schönsten Verhandlungen geführt und den warmsten Dank vom Reichskanzler eingeholt haben, und Sie treten dann aus der Haustür heraus, dann springt hinter der Haustür ein Mann mit robustem Gewissen auf Sie zu und treibt Ihnen hinterläßt den Zylinderhut über den Kopf, daß Ihnen Hören und Sehen vergeht. (Große Heiterkeit.)

Der Herr Reichskanzler hat heute das schwerste Geschäft aufgegeben, das er bei seiner im allgemeinen zur Sozialität neigenden Natur überhaupt benutzen kann. Seine Rede war gar nicht anders zu verstehen, als daß er, wenn die Vorlage nicht in der von der Regierung gewünschten Form angenommen würde, entweder mit der Reichstagsauflösung oder mit seiner Amtsniederlegung gedroht hat. Sollte er den Mut zu dieser Konsequenz haben, und würde es recht sein! Dann würde es endlich einmal zu einer klaren Entscheidung kommen, ob die Herren vom Generalstab und die sonstigen Militärs, die im Hintergrunde die hohe Politik dirigieren, noch länger nicht bloß ihre Handlanger in den hohen Reichsämtern finden lassen, sondern ob auch der Reichstag zu all diesen Maßnahmen fortgesetzt seine Zustimmung geben soll. Die Frage, vor die wir gestellt sind, ist: soll der Reichstag vor den hohen Militärs kapitulieren, oder soll er diese wichtige Frage nach eigenem Ermessen entscheiden.

Der Herr Reichskanzler hat ganz unbestimmt versprochen, nach der Reduzierung der Truppenmacht auf 8000 Mann vom 1. April 1907 ab würden in den folgenden Jahren, wenn es ginge, weitere Truppen zurückgezogen werden. Er ist vom Generalstab da ungenügend informiert, denn in der Kommission haben sich die Militärs viel prägnanter ausgesprochen. Sie haben gesagt, bis zu der Beendigung der Bahn, die nach Keetmanshoop gebaut werden soll, werden wir die Truppen bis auf 7000 Mann reduzieren können, und später hin wird es möglich sein, eine noch weitere Reduktion eintreten zu lassen. Für den Plan der Regierung, wie sie den Krieg weiterführen will, ist durchweg der Generalstab maßgebend gewesen, und die bestimmten Angaben des Herrn vom Generalstab in der Kommission werden in Wirklichkeit die Meinung der Regierung sein. Wir wissen ferner vom Herrn Kolonialdirektor, daß die Unterhaltung einer Truppenzahl von 8000 Mann für die Zeit, in der sie für erforderlich betrachtet wird, rund achtzig Millionen Mark jährlich kosten würde. Mit diesen Kosten haben wir also nach der Zurückziehung der 4000 Mann vom 1. April ab zu rechnen. Erst wenn die Bahn fertiggestellt wäre, also vom 1. August 1908 ab, würden wir mit 7000 Mann zu rechnen haben, und diese würden 60 Millionen Mark kosten. Erst von Mitte 1909 ab hätten wir mit 5000 Mann zu rechnen, die uns auf unbestimmte Zeit 40 Millionen Mark jährlich kosten würden. Als Rückwirkung des nach Aussage des Herrn Reichskanzlers eigentlich schon beendigten Krieges müssen wir also in 1 1/2 Jahren 122 Millionen Mark hinauswerfen und dann mit dem dauernden Unterhalt einer Truppe für jährlich weit über 30 Millionen Mark rechnen. Diese ungeheuerliche Geldausgabe muß man im Auge behalten, wenn man erkennen will, was die Regierung eigentlich mit dieser Vorlage bezweckt. Sie will sich nicht nur vorläufig die Mittel verschaffen, um im Laufe dieses Jahres eine Truppenzahl von über 8000 Mann aufrecht erhalten zu können, sondern sie will die Fortführung des Krieges auf eine nahezu unbegrenzte Zeit. Maßgebend für diesen Plan sind nur die Erwägungen des Generalstabs und des Truppenkommandeurs in Südwest. Die Herren wollen die Eingeborenen niederlegen, sie entweder in Gefechten aufreiben oder durch Gefechte zur Ergebung zwingen. Sie lehnen es ausdrücklich ab, auf die Bedingungen hin, die der Reichstag in seiner Resolution in diesem Frühjahr ausgesprochen hat, mit den Eingeborenen in Verhandlung zu treten. Herr v. Lindequist hat in der Verhandlung erklärt, auf solche Bedingungen hin könne man mit den Eingeborenen nicht verhandeln, weil man ihnen dadurch zu sehr entgegenkomme; man dürfe ihnen keine Landüberweisung zusichern. Wenn es nach Herrn v. Lindequist geht, sollen also die Eingeborenen vollkommen landlos gemacht und dann den Farmern in Südwest als Arbeiter zur Verfügung gestellt werden. Er hat gemeint, außer dem Lande müßte den Eingeborenen dann auch Vieh überwiesen werden, und das würde ungefähr 20 Millionen Mark kosten. Das liegt aber in der Forderung des Reichstages gar nicht darin. Es ist sehr wohl möglich, den Hereros und den Hottentotten zuzusichern, daß sie später Land in genügender Nähe bekommen sollten, wenn sie die Möglichkeit hätten, sich das nötige Vieh zu beschaffen; sie sollten provisorisch beschäftigt werden, damit sie Geld erwerben, um Vieh sich anzuschaffen. Sehen die Eingeborenen aber, wie die Politik der Regierung ist, daß sie niemals Land bekommen können, dann werden sie bis zum Weißbluten weiterkämpfen. Zum Weißbluten kommt aber auch das deutsche Volk, das für diesen Krieg ungeheure Gelder aufbringen muß. Dazu kommt, daß diejenigen Eingeborenen, die sich übergeben haben und sich in Gefangenschaft befinden, unter Verhältnissen leben, die ihnen das Aussterben in ziemlich sichere Aussicht stellen. Uns ist ein Brief über die Zustände auf der Ostfischinsel zugegangen, auf der an 2000 Hottentotten interniert sind. Es wird darin berichtet, daß nach der Angabe eines Krates die 2000 Gefangenen auf dieser in der Vödersbüchse gelegenen Insel in zwei Jahren sämtlich am Klima sterben müßten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das feuchte Klima, an das sie nicht gewöhnt sind, muß sie verderben. Ich frage die Herren vom Reichskanzleramt: Sind Ihnen die Zustände auf der Ostfischinsel bekannt? Ich fordere Sie auf, und die Sterblichkeitsziffer zu nennen, die sich auf den Ostfischinsel und in den anderen Gefangenenlagern ergeben hat. Die Fortführung des Krieges führt zur Ausrottung der kämpfenden und zum Tode der gefangenen Eingeborenen. Alles das sind Gründe, weshalb der Krieg sobald wie möglich beendet werden muß, und nicht nach dem Plan der Kolonialverwaltung noch auf ungefähr zwei Jahre weitergeführt wird. Der Krieg läßt sich schon jetzt beendigen, wenn mit den Eingeborenen verhandelt wird, und dann haben wir nach den Erfahrungen der englischen Kolonialpolitik in Südwest die Gewähr, daß die Eingeborenen auch die Waffen niederlegen werden. Die Engländer haben in Ostafrika und Zululand den Eingeborenen trotz des blutigen Krieges ihr Land gelassen. Die Reichsregierung glaubt sich aber unerbittlich in den Augen der Eingeborenen zu kompromittieren, wenn sie das selbe tut, was die Engländer getan haben. Natürlich arbeiten in Ostafrika die Farmer und die Interessenten aller Art darauf hin, daß der Krieg fortgesetzt wird. Die Händler und die Viezeantanten, weil sie ungeheure Profite aus den Kriegslieferungen ziehen, und die Farmer, weil sie ein Interesse daran haben, daß die Eingeborenen landlos gemacht werden, damit sie sie, als Volk vollkommen widerstandsunfähig gegen Ausbeutung, zu den billigsten Preisen für ihre Farmen bekommen können. Es ist im allgemeinen, auch hier im Reichstage, nicht bekannt, daß diese Farmer nicht etwa Leute sind, die nach Art unserer Kleinbauern selber Hand anlegen an den Pflug oder Viehwirtschaft treiben, es sind Großunternehmer. Gerade der Farmer Schlotwein, der uns in der Kommission vorgeführt wurde und der unter außerordentlich günstigen Umständen im Nordwesten der Kolonie, wo der Krieg keinen Einfluß hatte, Jahre hindurch seine Farmen besaß, und an Viehlieferungen kolossale Profite gemacht hat, hat erzählt, daß er mit 35 000 M. Kapital hingegangen sei, und daß dieses Kapital sich in vier bis fünf Jahren auf 130 000 M. erhöht hat; der Mann arbeitete mit 17 Eingeborenenfamilien. Das ist also eine Arbeitermasse, wie sie bei uns nicht einmal ein Großbauer hat, selbst wenn man den Eingeborenen nur die Hälfte der heimischen Arbeitsleistung zutraut. Alle diese Leute wünschen und hoffen auch die Fortsetzung des Krieges, um den Eingeborenen das Land zu nehmen. Es ist aber geradezu unverantwortlich von der Regierung, daß sie sich in das Schlepptau dieser Leute nehmen läßt und diese unglaubliche Landpolitik befolgt, welche notwendig einerseits zur Vernichtung der Eingeborenen, andererseits zu deren völliger Ver-

flabung, wenn es zum Ende des Krieges kommen sollte, führen muß. Unter keinen Umständen können wir unsere Hand dazu legen, daß auf solche Weise im Interesse der Viezeantanten und der ausbeutungswilligen Farmer dieser Krieg verlängert wird und so die Eingeborenen teilweise ausgerottet, teilweise zu landlosen Hürigen der ausbeutenden Weißen gemacht werden. Wir wollen, daß der Krieg sobald als möglich ein Ende gemacht wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und das einfachste Mittel dazu ist, daß die Regierung durch Verweigerung der Mittel dazu gezwungen wird, diesem Kriege ein Ende zu machen, oder daß sie einer anderen Regierung ihre Stelle abtritt. Jene haben einen Grund, dem Appell des Reichskanzlers Folge zu geben, haben wir nicht; wir lehnen deshalb die ganze Regierungsvorlage rundweg ab! (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Rittshofen (l.): Der Reichskanzler und die Kolonialverwaltung werden uns immer auf ihrer Seite finden, wenn es sich darum handelt, eine parlamentarische Nebenregierung zu unterdrücken. Zur Sache selbst bemerke ich, daß es eine Schande wäre, wenn wir vor den Schwarzen das Feld räumen wollten. (Weisfall rechts.) Wir können dem Antrage des Grafen Hompesch nicht zustimmen. Wir bewilligen der Regierung die Mittel, die sie zur Niederwerfung des Aufstandes braucht. Auch wir würden dringen, so viel Truppen zurückzuziehen, wie irgend möglich ist. Wir verhalten uns gegen den Antrag Abblat nicht gerade ablehnend, er ist uns aber noch nicht klar genug, und wir könnten ihm nur zustimmen, wenn wir von der Regierung mit Bestimmtheit die Erklärung erhalten, daß sie keine Bedenken gegen die Fassung des Antrages hat. (Weisfall rechts.)

Kolonialdirektor Dernburg:

Die Summe in dem Nachtragsetat ist angefordert worden, weil der Reichstag im Frühjahr von der geforderten Summe 15 Millionen gestrichen hat und weil wir höhere Transportkosten zahlen mußten. Es handelt sich um die Vereinfachung von Mitteln für diejenige Truppenzahl, die bis zum 31. März 1907 in dem Schutzgebiet gehalten werden muß. Die verbündeten Regierungen sind befreit gewesen, die Truppenzahl auf das denkbar niedrigste Maß herabzusetzen. Die Sachlage ist von gewissen Parteien kompliziert worden dadurch, daß verlangt worden ist, daß gewisse Zusagen für die Truppenrückziehung gemacht werden sollten, weit über die Zeit hinaus, für die der Nachtragsetat bestimmt ist. Wir sollten ganz programmatische Erklärungen abgeben, die wir gar nicht abgeben konnten. Nach dem übereinstimmenden Gutachten der militärischen Sachverständigen müssen 8208 Mann dort noch gehalten werden, bis der Aufstand niedergeworfen ist. Gouverneur v. Lindequist hat in der Kommission die Erklärung abgegeben, daß selbst wenn der Aufstand niedergeworfen sein wird, bis zur völligen Pazifizierung des Landes 4-5000 Mann dort gehalten werden müssen. Wir werden die Truppenzahl bis auf 8000 Mann herabsetzen bis zum 1. März. Weiter können wir gegenwärtig nichts tun. Wenn sich die Verhältnisse günstiger gestalten, so werden wir ja wohl noch weitere 1000 Mann frei bekommen. Ich kann aber nicht sagen, daß 2500 Mann ausreichen werden. Deshalb ist der Antrag des Grafen Hompesch für die verbündeten Regierungen nicht annehmbar. Sollte von dem Hause gewünscht werden, daß der General, der die verbündeten Regierungen ebenso bewegt wie das Haus selbst, daß die großen Kosten des Krieges möglichst stark herabgemindert werden und die Truppenzahl so viel als möglich eingeschränkt wird, in anderer Form zur Annahme kommen müßte, sind die verbündeten Regierungen bereit, wenn die Regierungsvorlage fallen sollte, hier ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen. Es hat ja staats- und staatsrechtliche Bedenken, beratliche Dinge in den Wortlaut eines Gesetzes aufzunehmen, wie in dem Antrag Abblat vorgesehen ist. In ein Gesetz soll man unnötige Dinge nicht hineinschreiben. Wenn wir 4000 Mann zurückbefördern wollen, und wir haben schon 2800 Mann zurückbefördert, so hat es keine Bedeutung, das noch in das Gesetz hineinzuschreiben. Die Mannschaften sind zum größten Teil schon zurück. Dem Abg. Frhr. v. Rittshofen aber möchte ich bemerken, daß die einschneidenden Bedingungen des Antrages Abblat irgend einen Eingriff in die Kommandogewalt nicht bedeuten würden und daß im Notfall noch eine größere Truppenmacht zurückgehalten werden soll. (Hört! hört! links.) Ich glaube, daß die Herren, die den Antrag gestellt haben, darüber nicht zweifelhaft sind. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Nach der Prüfung der Verhältnisse, die der Generalstab und der verantwortliche Gouverneur des Schutzgebietes angestellt haben, nach dem Urteil der maßgebenden Instanzen würden es die verbündeten Regierungen für unrichtig halten, wenn von dieser Vorlage irgend etwas abgestrichen würde. (Weisfall rechts.)

Abg. Dr. Brendt (Rp.): Die Darstellung, die Dr. Kayser seinerzeit über den Verkehr mit mir gegeben hat und die jetzt wieder aufgeführt wird, habe ich schon am 22. Oktober 1898 als Unwahrheit bezeichnet, und ich habe Dr. Kayser darum ersucht, gerichtlich gegen mich vorzugehen. Das ist nicht geschehen. Das ganze Gerücht von einer Nebenregierung ist müßige Verleumdung. Den Nachtragsetat können wir nicht ablehnen, das deutsche Volk kann vor den Hottentotten nicht kapitulieren. Der Antrag des Grafen Hompesch ist praktisch nicht durchführbar. Dem Antrage Abblat könnten wir zustimmen, wenn das, was er in das Dispositiv bringen will, in einer Resolution gefordert werden würde. Wir freuen uns, daß der Reichskanzler heute mit einer beratlichen Entscheidung aufgetreten ist, so daß wir endlich wieder den Eindruck gewinnen, daß wir eine feste Regierung haben, die ihre Forderungen durchzusetzen in der Lage ist. (Weisfall rechts.)

Abg. Dr. Passche (natl.): Der Reichskanzler hat mit einer Energie, die wir leider in den letzten Jahren nicht bemerken konnten, der regierenden Partei des Zentrums gegenüber es ausgesprochen, daß er die Absicht hat, seinen Willen zur Geltung zu bringen. (Lebhafter Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Wenn der Abg. Koeren hier wieder Angelegenheiten zur Sprache gebracht hat, die er selbst als seine persönlichen Angelegenheiten bezeichnet, so sind wir nach den Erklärungen des Kolonialdirektors diesem außerordentlich dankbar für die mannhafte Art und Weise, in der er erklärte, daß er nicht dulden könne, daß irgend ein Nebenregiment geführt werde. (Lebhafter Weisfall.) Wir danken ihm, daß er die Widerstände brechen will. Die Situation ist sehr ernst, wenn das Zentrum an dem für die Regierungen unannehmbaren Antrage festhält. Ich glaube, namens meiner politischen Freunde sagen zu können, daß sie dem Antrage Abblat zustimmen werden. (Weisfall.)

Abg. Schrader (frs. Bgg.): Wenn auch anzuerkennen ist, daß der Abg. Koeren das Bedürfnis hatte, sich zu rechtfertigen, so gehörte doch diese ganze Sache nicht in die heutige Beratung hinein. Der Nachtragsetat muß angenommen werden, wir haben auch keinen Anlaß, und darüber groß zu ereifern, denn in wenigen Wochen werden wir ja den Kolonialetat für das nächste Jahr beraten. Ich bin der Meinung, daß auch die verbündeten Regierungen wünschen, so viel Truppen zurückzubefördern, wie es irgend möglich ist. Der Antrag Hompesch ist für uns unannehmbare. Der Antrag Abblat hat ja einen Schönheitsfehler, da wir aber etwas Nützliches zustande bringen wollen, so kommt es darauf nicht an. (Weisfall.)

Abg. v. Gzarlinski (Vole): Ich glaube, daß im Hause von uns Polen niemand etwas anderes erwarten wird, als daß wir eine völlig ablehnende Stellung gegen die Vorlage einnehmen. Das erklärt sich aus der Behandlung, die uns zuteil wird. Die Regierung hat es uns gegenüber zu Schandtatzen kommen lassen. (Unruhe rechts.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Für diese Versicherung rufe ich Sie zur Ordnung.

Abg. v. Gzarlinski (fortfahrend): In erster Linie muß man dafür sorgen, daß die Eingeborenen zufriedengestellt werden. Zufriedene Leute machen keine Revolutionen. Redner geht auf den Streik der polnischen Schulkinder ein und spricht sich unter großer Unruhe des Hauses anerkennend über die Kinder aus, die das göttliche Gebot und das der Eltern befolgt hätten, ohne Rücksicht auf die Folgen.

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich rufe Sie zur Ordnung. (Heiterkeit.)

Abg. Lattmann (Wirtsch. Bgg.): Die Schandtatzen des Vortredners — (Große Unruhe, Glocke des Präsidenten, Ruf: Zur Ordnung, zur Ordnung!)

Vizepräsident Graf Stolberg versucht, durch minutenlanges Läuten Ruhe zu schaffen und erklärt dann: Es wird mir mitgeteilt, daß Sie dem Vortredner Schandtatzen vorgeworfen haben. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Weisfall bei den Polen.)

Abg. Lattmann (fortfahrend) erklärt, daß seine Freunde für den Antrag Abblat stimmen würden.

Abg. Dr. Spahn (Z.): Unser Antrag verlegt weder einen Mann, noch einen Groschen. (Widerpruch rechts.) Man hat den Etat auf Grund der Berechnungen aufgestellt, die früher gemacht sind. Würden wir jetzt die 29 Millionen voll bewilligen, so würden wir das Bild verfehlern; wir wollen, daß die Summe genau festgestellt wird. Vor einem halben Jahre wurde uns erklärt, der Aufstand sei niedergeworfen. Jetzt hat uns Oberstleutnant Quade in der Kommission erzählt, daß die Hottentotten den Verzweigungskampf führen, daß sie ihr Leben nicht mehr retten können. Der Antrag Abblat enthält nicht einmal eine Zeitbestimmung für die Zurückziehung der Truppen. Die Beschlüsse, die der Reichstag faßt, werden doch immer nur unter der Voraussetzung der Verhältnisse, wie sie zur Zeit der Beschlußfassung liegen, gemacht. Wenn andere Verhältnisse eintreten, z. B. Gefahr durch Moronga wieder entsteht, müssen die dann entstehenden Bedürfnisse neu geprüft werden. Welche Gefahr liegt denn vor, wenn die Truppen auf 2500 Mann reduziert werden? Ist denn unsere Lage eine so glänzende, daß wir nicht Mittel und Wege suchen müssen, dem Volke Lasten zu ersparen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Wir glauben, daß die großen Truppenmassen, von denen nur 1/4 vor den Feind kommt, sich eigentlich selbst verzeihen. 300 Hottentotten stehen im Feld, und gegen sie sollen wir vom 1. April ab noch 8000 Mann halten. Auf Grund des uns vorgelegten Materials glauben wir, daß der Aufstand niedergeschlagen ist und wir die Truppen zurückziehen können. Klaret trotzdem der Aufstand wieder auf, so müssen wir dann die notwendigen Mittel zu seiner Bewältigung bewilligen. (Weisfall im Zentrum.)

Oberstleutnant Quade: Die Erklärung, die der Chef des Generalstabes in der Budgetkommission abgegeben hat, habe ich hier noch einmal abzugeben. Vorher bemerke ich: die Zahl der im Felde stehenden Hottentotten soll sich von 300 auf 500 bis 600 erhöht haben. (Lachen links.) Ein gefallener Hottentott bedeutet keine Verminderung der Zahl, wenn wir nicht auch sein Gemehr erbeuten. 8000 Mann sind notwendig, um den Krieg zu Ende zu führen; nach Aufgabe des Fortschreitens des Eisenbahnbaus können noch weitere 1000 Mann zurückgezogen werden. Die Frage hat sich zugefügt auf die, wie weit es möglich ist, im Jahre 1907 die Truppenzahl auf 2500 Mann zu verringern. Dafür kann der Chef des Generalstabes die Verantwortung nicht übernehmen.

Abg. Zimmermann (Antis.): Wir müssen der Regierung die notwendigen Mittel zur Niederwerfung des Aufstandes bewilligen, und werden daher für den Antrag Abblat stimmen. Doch bedeutet das keine Vertrauensstimmung für den Kolonialdirektor. (Bravo! bei den Antisemiten.)

Abg. Dr. Semler (natl.): Herr Spahn sagt, wir wollen keinen Mann und Groschen bewilligen, und die Mittel bewilligen, wenn der Aufstand nieder aufflammt. Das heißt doch, den Brumen zudecken, wenn das Kind hineingefallen ist. Sie sagen, was bedeuten 300 Hottentotten! Nun, sehen Sie sich gefälligst unsere Verhältnisse an. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Spahn (Z.) auf der Journalistentribüne unverständlich) scheint den Vorwurf zurückzuweisen, daß er sich etwa wegwesend über den Kampf mit den Hottentotten geäußert habe.

Reichskanzler Fürst Bismarck:

Noch in letzter Stunde mache ich die schwere Verantwortung aufmerksam, die Sie mit den bevorstehenden Beschlüssen auf sich nehmen. Es handelt sich nicht um ein paar Millionen, sondern um ein Volk und um die Frage, ob wir die Kolonien behaupten wollen oder nicht. (Unruhe im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich um unser Ansehen in der Welt, um unsere Waffenehre. (Stürmische Unruhe und laute Unterbrechungen bei den Polen und den Sozialdemokraten. Ruf: Um die Waffenehre gegen 800 Hottentotten! Anhaltende Unruhe im ganzen Hause, Glocke des Präsidenten.) Um eine verhältnismäßig geringe Summe zu sparen, will man die Mittel verweigern, diesen Feldzug zu beenden, der uns Hunderte von Millionen gekostet hat. (Lärmender Weisfall rechts.) Wollen wir in einer Stunde des Kleinmuts die Früchte jahrelanger tapferer Anstrengungen gefährden? (Sehr gut! rechts.) Die Regierung kann sich von den Parteien und dem Parlamente nicht vorschreiben lassen, wieviel Truppen sie für kriegerische Operationen braucht. (Stürmische Proteste bei den Sozialdemokraten und im Zentrum. Präsident Graf Ballestrem schwingt lange vergebens die Glocke. Erst nach mehreren Minuten legt sich die Unruhe.) Wir können nicht unsere Truppen, unsere Waffenehre, die Zukunft unseres Vaterlandes abhängig machen von Fraktionsbeschlüssen und Parteirücksichten. (Stürmischer Weisfall rechts, bei den Nationalliberalen und den Freisinnigen.) Die Truppen, sie haben gekämpft, sie haben gelitten, und sollen sie jetzt etwa zurück, weil die kleinmütige Regierung, nein, weil die Regierung aus Kleinmüt, aus Scheu vor dem Parlament oder aus Parteirücksichten ihren Heldenmut vor den Feinden im Stich läßt. (Stürmischer, langanhaltender Weisfall bei den Freisinnigen, Nationalliberalen und rechts.) Andere Völker haben Kolonialkriege geführt, ohne mit der Wimper zu zucken. Soll Deutschland sich vor anderen Völkern blamieren? Auf diese Frage fordern die verbündeten Regierungen eine klare und klare Antwort. (Lebhafter Weisfall bei den Freisinnigen, Nationalliberalen und rechts.) Wir müssen durchhalten. (Erneuter Weisfall auf der bürgerlichen Bank und der Rechten.) Ich soll gesagt haben: Nur keine innere Krisis. (Heiterkeit.) Ich habe nie etwas derartiges gesagt. Es gibt Situationen, bei denen ein Zurückweichen vor der Krisis Mangel an Mut und an Pflichtgefühl beweisen würde. Wenn Sie wollen, haben Sie die Krisis. (Stürmischer, langanhaltender Weisfall bei den Freisinnigen, Nationalliberalen und rechts.) Die Parteien haben keine Verantwortung zu tragen. (Heftiger Widerspruch und Ob-!-Rufe im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung weicht nicht zurück, wo die nationale Ehre in Frage steht. (Bravo! rechts, bei den Nationalliberalen und den Freisinnigen. Zwischen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Es ist nicht wahr, daß ich geschoben werde. Niemand schiebt mich. Es handelt sich hier um eine von mir als Reichskanzler nach gewissenhafter Überzeugung vertretene Auffassung der verbündeten Regierungen. Nochmals, es handelt sich um unsere Befreiung. (Lautes Lachen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) So etwas bleibt nicht ohne Rückwirkung auf das Ausland. (Sehr richtig! rechts.) Aber die Regierung wird nicht kapitulieren. (Stürmischer Weisfall rechts, bei den Nationalliberalen, bei den Freisinnigen und auf den Tribünen. Präsident Graf Ballestrem rät das Klatschen auf den Tribünen nicht.)

Damit schließt die Debatte.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Abblat (frs. Bp.): Ob die persönlichen Angriffe des Kolonialdirektors klug und taktvoll waren, lasse ich dahingestellt. Ich verzichte bei der gegenwärtigen Sachlage darauf, ihm so zu erwidern, wie er es verdient hätte. Ich behalte mir vor, später darauf zurückzukommen.

Abg. Koeren (Z.): Von verschiedenen unrichtigen Behauptungen des Kolonialdirektors will ich nur die hervorheben, ich hätte am 4. November einen Brief an die Kolonialverwaltung gesandt.

Abg. Czarskij (Pole) wendet sich gegen Abg. Lattmann. Das Schlussswort erhält der Berichterstatter Abg. Spahn: Gegenüber dem Herrn Reichstanzler muß ich betonen, daß der Reichstag auch in bezug auf diejenigen Mittel, die er zur Führung der auswärtigen Politik gewährt, sich seiner Verantwortung voll bewußt ist. (Lebhafte Beifall im Zentrum.) Es wird zur Abstimmung geschritten. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Abg. Spahn mit 176 gegen 171 Stimmen abgelehnt. Dann wird die Regierungsvorlage mit 178 gegen 168 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Reichstanzler Fürst Bälow:

Ich habe dem Reichstage eine kaiserliche Verordnung mitzuteilen (die Abgeordneten haben sich erhoben, lebhaft Beifallrufe ertönen rechts, die Nationalliberalen und viele Triebhübenbesitzer links lebhaft in die Hände, die Sozialdemokraten antworten mit ironischem Beifall und Händeklatschen):

Präsident Graf Ballestrem: Es ist mit den Händen geklatscht worden. (Lebhafte Rufe: Auf den Tribünen!) Das ist nicht Sitte in diesem Hause. (Allmählich tritt Ruhe ein.)

Reichstanzler Fürst Bälow: Die kaiserliche Verordnung lautet: „Wir Wilhelm von Gottes Gnaden deutscher Kaiser und König von Preußen verordnen hiermit auf Grund des gemäß Artikel 24 der Reichsverfassung vom Bundesrat unter unserer Zustimmung gefassten Beschlusses im Namen des Reiches was folgt: Der Reichstag wird aufgelöst.“

Gegeben Budeburg, den 13. Dezember 1906.

Auf Grund der kaiserlichen Verordnung erkläre ich namens der ordentlichen Regierung auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers die Sitzungen des Reichstages für geschlossen. (Lebhafte Beifall rechts und bei den Nationalliberalen; ironisches Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrem: Wir aber trennen uns, wie immer, indem wir in Treue und Verehrung rufen: Se. Majestät der deutsche Kaiser und König von Preußen, Wilhelm II., lebe hoch!

Die Abgeordneten, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, die bereits den Saal zu verlassen beginnen, stimmen dreimal in das Hoch ein. Dann leert sich der Saal langsam unter großer Erregung der Anwesenden.

Schluß 5 Uhr 30 Minuten.

Parlamentarisches.

Letzte Sitzung der Wahlprüfungs-Kommission.

Die Wahl der konservativen Abgeordneten Kern, Wahlkreis Lüben-Bunzlau, war bekanntlich nach heftiger Debatte im Reichstag an die Wahlprüfungs-Kommission zurückverwiesen worden, um eine nochmalige Prüfung der in Lüben betriebenen Bürgermeisterlichen Beeinflussung vorzunehmen. Bei dieser Nachprüfung bequeme sich gestern die Mehrheit der Kommission zwar zur Kassierung der für Kern in Lüben abgegebenen Stimmen, weil damit das Wahlergebnis nicht geändert wird. Eine Berechnung der Beeinflussung gegen den aus der Stichwahl gedrängten freisinnigen Kandidaten lehnte aber die Mehrheit ab; es wurde die Ansicht geäußert, die Empfehlung des konservativen Kandidaten in einer Versammlung, von der die Sozialdemokraten ausgeschlossen waren, durch den Bürgermeister in Lüben sei nicht als amtliche Wahlbeeinflussung zu betrachten, obgleich bekanntlich die Kommission und der Reichstag bezüglich der Wahl Buchwald-Altenburg entgegengesetzt entschieden haben und aus diesem Grunde die Wahl für ungültig erklärten.

Nach dieser Prozedur wurde die Wahl Kerns von der Mehrheit gegen die Stimmen der freisinnigen und Sozialdemokraten für gültig erklärt. Darauf wurden die Berichte über die Wahlen Pauli-Potsdam und Warde-Fürth-Erlangen festgestellt.

Wäge die Wählerschaft im Jahre 1907 so wählen, daß eine Magerarbeit, wie die Wahlprüfungs-Kommission sie zugunsten konservativer und ultramontaner Mandate im verflochtenen Reichstag vorgenommen hat, unmöglich werde.

Den Befähigungsnachweis für das Musikergewerbe fordert eine Petition des Deutschen Musikdirektoren-Verbandes in Leipzig, welche am Mittwoch in der Petitionskommission des Reichstages zur Verhandlung kam. Die Kommission lehnte einen Antrag unseres Genossen Tuhauer, auf Uebergang zur Tagesordnung ab und beschloß, diese Forderung der Petition dem Reichstanzler als Material zu überweisen.

Weiter fordert dieselbe Petition: Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die im Musikergewerbe beschäftigten Personen, obligatorische Fortbildungskurse für die Musiklehrerlinge und Zuständigkeit der Gewerbeämter für gewerbliche Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern im Musikergewerbe.

Abg. Tuhauer (Soz.) als Referent hielt diese Forderungen der Petition für durchaus gerechtfertigt und beantragte, diesen Teil der Petition dem Reichstanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Gegen diesen Antrag wehrte sich der Regierungskommissar, welcher Ueberweisung als Material vorschlug. Von dritter Seite wurde Ueberweisung zur Erwägung beantragt.

Der Petition sind statistische Fragebogen, deren Unterschriften behördlich beglaubigt sind und die sich auf 117 Betriebe beziehen, beigelegt. Aus diesen Fragebogen ergibt sich, daß in den 117 Betrieben 2160 Lehrlinge (Schüler werden sie in den Fragebogen genannt) und nur 848 ausgebildete Musiker beschäftigt werden. Ein Musikdirektor in Nadeberg gibt an, 38-40 Lehrlinge und 2-5 Musiker, ein anderer in Seehausen i. d. Altmark, 40 Lehrlinge und keine Gehülften, ein dritter in Harburg a. Elbe 40-45 Lehrlinge und nur einen Konzertmeister zu beschäftigen. Es herrscht also im Musikergewerbe die denkbar schlimmste Lehrlingsmangel. Da sei es kein Wunder, so führte Genosse Tuhauer aus, wenn die Befähigungslosigkeit und Proletarisierung unter den Musikern immer größere Fortschritte machen. Dieser Lehrlingsmangel sollte den zuständigen Behörden auf Grund des § 128 der Gewerbeordnung energisch entgegengetreten. Das würde besser wirken als der Befähigungsnachweis. Daß sich der Regierungskommissar noch nicht überzeugt habe von der Nützlichkeit der Pflichtfortbildungsschule, sei nicht zu verstehen. Im Königreich Sachsen habe man damit gute Resultate erzielt. Es sei an der Zeit, die allgemeine Fortbildungspflicht auf das ganze Reich auszuweiten. Auch gegen die Zuständigkeit der Gewerbeämter für die Musiker könnte ein vernünftiger Grund nicht geltend gemacht werden.

Abg. Thiele (Soz.) führte aus, daß die Angelegenheit völlig spruchreif sei. Es bedürfe keiner weiteren Vorarbeiten und Erhebungen, auf die der Regierungskommissar hingewiesen hatte.

Nach längerer Debatte, in der auch die abweichenden Anträge begründet wurden, stimmte die Mehrheit der Kommission dem Antrag Tuhauer zu, beschloß also die genannten drei Forderungen der Petition dem Reichstanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die russische Revolution.

Eine Enthüllung über die Anleiheverhandlungen.

Dem offiziellen Organ der Volkssozialistischen Partei („Korobnyj Trub“, Heft 7) ist es gelungen, in den Besitz eines Schreibens zu kommen, das von einem Agenten der französischen Regierung an Clémenceau gerichtet wurde. Dieser Agent hat Rußland bereist zu dem Zweck, dem französischen Ministerpräsidenten über Rußlands wirtschaftliche Lage Bericht zu erstatten. Sein Bericht ist zwar noch nicht

fertig, da aber Witte das Verzicht verbietet hat, Clémenceau habe seine Einwilligung zur Aufnahme einer neuen russischen Anleihe gegeben, sah sich der französische Agent gezwungen, sofort — noch vor Fertigstellung seines Berichtes — ein Schreiben an Clémenceau zu richten, dem vier folgende Stellen entnehmen:

„Daß die russische Regierung in finanzieller Hinsicht bis zur letzten Extremität gelangt ist und daß ihr die Aufnahme einer bedeutenden Anleihe not tut, damit sie sich durch die Politik der Anarchie, die sie treibt, weiter halten könne, das steht außer Zweifel. Es ist aber ebenso zweifellos, daß die neue Anleihe, ohne etwas zu retten, nur die jetzige Anarchie des administrativen und öffentlichen Lebens, die unvertretlich auf dem alltäglichen Leben eines jeden Einwohners lastet, verlängern wird. Andererseits wird sie für die sich in unangenehmer Lage befindenden Besitzer der russischen Wertpapiere keine Rettung bedeuten, sondern wird vielmehr dazu beitragen, diese Lage völlig aussichtslos zu machen! Endlich — vom Standpunkte der internationalen Politik — wird sie für Frankreich nutzlos sein, da das offizielle Rußland gegenwärtig in der französischen Allianz ausschließlich eine finanzielle Operation erblickt und in politischer Hinsicht zu Deutschland hinneigt.“

Der deutsche Einfluß ist in Jaroslaw-Selo maßgebend. Auch die innere Politik der russischen Regierung wird in hohem Maße durch den deutschen Einfluß bestimmt, welcher eine Monarchie nach preussischem Muster, aber keine wirkliche parlamentarische Ordnung in Rußland zulassen will. Die Dumaauflösung ist beinahe auf einen direkten Befehl des deutschen Kaisers hin erfolgt. Deutschland belämpfte mit allen Mitteln das von der Duma aufgestellte Prinzip der Enteignung von großen Gütern, das der deutschen Herrschaft in den Ostseeprovinzen ein Ende machen würde. Der praktische Nutzen der französisch-russischen Allianz ist jetzt eine Fiktion, indem Rußland unfähig ist und noch längere Zeit unfähig sein wird, eine Mobilisation durchzuführen. Eine neue Anleihe wird ausschließlich dazu dienen, die Staatsrenten, die faktisch am Vorabend des Bankrotts steht, noch für einige Monate davor zu retten.

Die wirkliche Lage ist eine solche, daß der Reichskontrolleur Schwanebach es für seine Pflicht gehalten hat, sich über meine Meinung zu erkundigen betreffs der Folgen, welche die Abschaffung des fixierten Rubelkurses, das heißt die Wiederherstellung des Papierrubels, in Frankreich nach sich ziehen würde, indem diese Maßnahme ihm nicht später als nach sechs Monaten ganz und gar unvermeidlich scheint. Wenn die ausländischen Finanzmänner der jetzigen russischen Regierung zu Hilfe kommen, so wird der revolutionäre Kampf um so eher wieder ausbrechen, als die Regierung sich für stark genug hält, die Hauptforderung des Volkes abzuschlagen, nämlich: eine parlamentarische Regierung. Die Minister, die ich gesprochen habe, erklärten mir einstimmig, daß die Regierung in dieser Frage nicht nachgeben und daß sie die Duma eventuell wieder auflösen wird, diesmal endgültig, um das Wahlgesetz abzuändern und nachher eine Art „Semski Sobor“ aus den Vertretern der örtlichen Selbstverwaltung, die sich gänzlich in den Händen der Großgrundbesitzer befindet, einzuberufen. Dies würde eine dauernde Anarchie bedeuten, denn nur der, welcher Rußland nicht gesehen hat, kann glauben, daß sich dieses Volk unter den Schlägen beruhigen werde. Was wird dann mit unseren Zinsen geschehen? In dieser Hinsicht habe ich häufig in den fortgeschrittenen Kreisen dieselben Äußerungen gehört wie bei den Vertretern der extremen Reaktion. Wenn Rußland von der französischen Freigebigkeit nichts mehr erhält, so wird Rußland nichts verlieren, wenn es sich einfach bankrott erklärt! Im Gegenteil, es wird 700 Millionen Franc sparen, die wir nicht mehr bekommen werden. Noch mehr: Der Nationalismus, dessen Symptome ich überall bemerke, wird sich einfach in der Konfiskation unserer Industrieunternehmungen äußern.“

Zum Schluß sagt der französische Agent, es wäre möglich, der russischen Regierung Geld zu geben, aber nur als Gegenleistung für Eisenbahnkonzessionen! Er rät Clémenceau, die russische Regierung auf den Weg des Verkaufes von russischen Eisenbahnen an französische Gesellschaften zu laden.

Tätigkeit der Regierung.

Die Pogroms vom 17. Oktober 1905 bis zum 17. Oktober 1906 haben der jüdischen Bevölkerung Rußlands folgende Opfer gekostet: Im ganzen erlitten 38 225 Familien (162 700 Personen) Schaden; der materielle Schaden beträgt 52 119 703 Rubel. Getötet wurden 985 Personen; infolge der schweren Verwundungen sind für im mer arbeitsunfähig geworden 1442! Die Zahl der Verwundeten beläuft sich auf viele Tausende, die der verwitweten Frauen auf 390; halbverwaiste Kinder 328, ganz verwaist 211.

Aus Industrie und Handel.

Elektrizitätswerke.

Die Frage der Gewinnung und Abgabe elektrischer Energie zu Kraft- und Lichtzwecken ist zweifellos von größter Bedeutung. Es dürfte nicht sehr lange mehr dauern und die gewerbliche Konkurrenzfähigkeit ist von der Möglichkeit der Verwendung elektrischer Energie hervorragend abhängig. Die Elektrizität hat der Dampfkraft gegenüber den Vorzug, daß sie gewissermaßen transportabel ist; von der Erzeugungstätte aus kann ein großer Landstrich, hin- und her, hinab in die Täler, mit Kraft versehen werden. Dagegen erlaubt der Kostenpunkt nicht, Elektrizität wie Dampfkraft an jedem beliebigen Ort zu erzeugen. Rentabel wird die Kraftgewinnung nur im Großbetrieb und am allerbilligsten dort, wo wohlfeile Kraftquellen zur Verfügung stehen. Das ist in den Industriezentren der Fall, wo die Abgase der Öfen eine fast kostlose Kraftquelle darstellen. Die bekannten Industrieförmige Thessen und Stinnes haben auch längst erkannt, daß die Elektrizitätserzeugung ein großindustrieller Zweig der Zukunft ist, und daß die Herrscher in diesem Reich weite Gebiete der privaten als auch der kommunalen gewerblichen Tätigkeit unter ihre Vormachtigkeit bringen würden. Und sie gingen planmäßig vor, um sich zu solchen Herrschern aufzuzwingen. Sie brachten das Essener Elektrizitätswerk unter ihre Kontrolle, vergrößerten es und schlossen in aller Stille mit zahlreichen Gemeinden und Privatnehmern Lieferungsverträge ab. Auf einmal kam man dahinter, daß Thessen Stinnes auf ein Monopol hinarbeiten. Nun gab es Sturm. Zahlreiche Projekte tauchten auf. Kommunen und Private wollten durch Zusammenschluß Konkurrenzwerke errichten. Die meisten Projekte verschwanden bald wieder von der Tagesordnung. Unbeirrt arbeiten Thessen-Stinnes mit zäher Energie an der Vollendung ihres Planes. Ihre Preisofferten hatten den Erfolg weiterer Anschlüsse. Nur das für einen Teil des Industriegebietes von einer Anzahl Kommunen projektierte Elektrizitätswerk „Karl“ schien zunächst die gehegten Erwartungen nicht enttäuschen zu wollen. Aber auch die Verwirklichung dieses Projektes stößt auf ziemlich erhebliche Schwierigkeiten. Wenn es schließlich doch zustande kommt, wird es ebensowenig wie das Dortmund-Werk, das angeblich seine Selbständigkeit nicht aufgeben will, dem Essener Werk gegenüber, das mit viel günstigeren Vorbedingungen arbeitet, nicht konkurrenzfähig sein. Für das rheinisch-westfälische Industriegebiet scheint der Kampf zugunsten des Privatkapitals entschieden zu sein.

Sach- und Untergrundbahn. In der gestern stattgefundenen Generalversammlung begründete Direktor Wittig den Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals von 10 Millionen Mark. Er führte u. a. aus:

An den Endpunkten der Bahn sei für umfangreiche Terrain-erwerbungen rechtzeitig Vorkehrung zu treffen, die Gesellschaft habe dort Terrainskäufe vorgenommen und größere Anzahlungen geleistet. Aber auch die eigentlichen Betriebsanlagen erforderten steigenden Aufwand. So sei die Leistungsfähigkeit des Kraftwerkes an der Trebbinerstraße zu verdoppeln, ein Wagenschuppen für 100 Wagen zu errichten, Aufwendungen, die für sich einen Betrag von 3/4 Millionen Mark beanspruchten. Sodann seien bei innerstädtischer Fortführung der Bahn auf Wunsch der Hausbesitzer, deren Grundstücke von der Bahn teilweise berührt werden, deren ganze Terrains zu erwerben. Für solche Zwecke seien 1 1/2 Millionen Mark ausgegeben, die Verwaltung werde auch in Zukunft solche Erwerbungen vornehmen, um sie zum geeigneten Zeitpunkt wieder veräußern zu können. So besitze die Gesellschaft jetzt 16 bezugsfähige Hausgrundstücke. An der Finanzierung des Hotels Jägerhof habe die Gesellschaft im Interesse der Durchführung des Tunnels unter dem Hotel durch Übergabe von Darlehen teil genommen.

Die Direktion empfiehlt die Annahme einer Offerte der Elektrischen Licht- und Kraftanlagen-Gesellschaft, die zum Konzern der Deutschen Bank gehört. Die Offerte schließt das Bezugsrecht der Aktionäre aus. Ein gegenständlicher Antrag wurde mit 18 909 gegen 62 Stimmen abgelehnt. Die interessierenden Banken halten die Majorität und sie votierten nicht gegen ihre Interessen.

Preissteigerung. Zu der binnen weniger Monate erfolgten Preissteigerung der Kakaobohnen um mehr als 50 Proz. führt der Jordan aus, daß während noch im Jahre 1905 einer Welt-ernte von rund 121 Millionen Kilogramm ein Verbrauch von nur 117 Millionen Kilogramm gegenüberstand, im Jahre 1906 bei einer Ernte von 141 1/2 Millionen Kilogramm der Verbrauch 142 1/2 Millionen Kilogramm betrug. Das Jahr 1906 werde 148 Millionen Kilogramm als Ernteertrag bringen, wogegen 152 Millionen Kilogramm würden verbraucht werden. Da dieses Mehr des Verbrauches aus den Beständen früherer Jahre genommen werden müsse, so sei wohl angemessene Preissteigerung berechtigt; nicht berechtigt aber sei die 50 prozentige Preissteigerung, die lediglich auf Kosten von Unternehmern zurückzuführen sei. Unternehmer in den Hauptplätzen Hamburg, New York, London hätten größere Posten Kakaos aus den sichtbaren Vorräten gezogen und hätten mit Angeboten zurück. Unterstützt werde ein solches Treiben dadurch, daß Hamburg, wo jährlich über 600 000 Sack Kakaos im Werte von rund 50 Millionen Mark umgesetzt werden, seine Uebersicht über Einfuhr, Ausfuhr und Vorräte von Kakaos um 18-20 Monate zu spät bekannt gibt, so daß sie dann für das praktische Bedürfnis wertlos geworden ist.

Richtige Beurteilung der Marktlage. Anscheinend traut man in den Kreisen des Stahlverbandes die eigenen Marktberichte nicht, denn es soll jetzt erst versucht werden, ein richtiges Bild über die Marktlage zu gewinnen. Den Kunden des Stahlverbandes ist folgendes Schreiben zugegangen:

Wir bitten Sie hierdurch, uns gefälligst über folgende beiden Fragen eingehende Auskunft geben zu wollen:

Sind Ihre Lagerbestände in Formeisen gegenwärtig größer oder kleiner, als sie im vorigen Jahre um die gleiche Zeit waren? Werden Sie unter Berücksichtigung der zur Lieferung im Winter spezifizierten Mengen — die also im Laufe der Wintermonate oder bei Verladung zu Wasser, bei der Eröffnung der Schifffahrt bei Ihnen eintreffen — mit Beginn des nächsten Frühjahrs voraussichtlich einen größeren oder kleineren Lagerbestand haben, wie in diesem Frühjahr? Die Beantwortung dieser Fragen dürfte für die richtige Beurteilung der Marktlage für Sie, sowie für uns von Wichtigkeit sein; wir sehen daher Ihren geschätzten Nachrichten mit Interesse entgegen.

Preissteigerung. Die Vereinigung deutscher Gaslocher-fabrikanten beschloß eine sofort in Kraft tretende Erhöhung des seit Anfang dieses Jahres festgesetzten Teuerungszuschlages auf Gaslocher von 5 Proz. auf 10 Proz. Die Vereinigung wurde auf ein Jahr verlängert.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Friedrichshagen, Montag, den 17. Dezember, 8 1/2 Uhr, in Wilhelmshof, Vortrag, Genosse Störmer: „Der Kampf ums Recht.“

Feier- und Diskussionsabend „Gefenleber“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Herr. Elisabethstr. 18, Sitzung. Agitationsverein für den Wahlkreis Sandberg-Soldin. Heute, Freitagabend 8 1/2 Uhr, Generalversammlung im Gewerkschaftshaus, Saal 8. Gäste willkommen.

Witterungsübersicht vom 13. Dezember 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C	Temp. in F			
Emmende	748	SW	3 beedeft	2	Saparanda	753	SW	2 beedeft	-1
Hamburg	744	SW	7 Schnee	1	Hefersburg	753	SW	1 Schnee	1
Perlin	750	SW	2 Schnee	1	Sellig	753	SW	7 beedeft	7
Frankfurt a. M.	755	SW	5 wolfig	3	Aberdeen	746	SW	1 heiter	-1
München	759	SW	6 beedeft	1	Paris	760	SW	2 beedeft	2
Wien	758	SW	4 beedeft	3					

Wetter-Prognose für Freitag, den 14. Dezember 1906.

Zunächst etwas kühl, zeitweise heiter bei mäßigen südwestlichen Winden; später neue Erwärmung, Trübung und geringe Niederschläge.

Berliner Wetterbureau

INSERATE

für die nächste Nummer müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in unserer Expedition abgegeben werden

Größere Anzeigen

für die

Sonntags-Nummer

erbitten dagegen schon bis

Freitag nachmittag 5 Uhr,

da nur in diesem Falle die Aufnahme garantiert werden kann.

Verein „Volkswohl“, Linkestraße 13.

Ein reeller Geschäftsmann mit schwindelnden Agenten.

In der gestern fortgesetzten und beendeten Verhandlung gegen den Gründer und Leiter des Vereins „Volkswohl“, Kaufmann **Leh**, wurden zunächst einige Zeugen vernommen, die an der **famosen Vereinsgründung**

beteiligt waren. Die Aussagen der Zeugen ergaben, daß die „Gründung“ so zustande kam: **Leh** lud einige Freunde und Nachbarn, im ganzen 25-30 Personen, zu einer Versammlung ein. Da legte er die von ihm mitgebrachten Zeichnungen vor, es wurde darüber gesprochen und der Verein zur gegenseitigen Hilfe mit dem schon klingenden Namen „Volkswohl“ war gegründet. **Leh** wurde zum Vorsitzenden „gewählt“, die Leitung der Geschäfte lag ausschließlich in seinen Händen, während die übrigen Vorstandsmitglieder sich um die Vereinsgeschäfte gar nicht kümmerten und deshalb auch keine Auskunft über die Praktiken des Angeklagten geben konnten. Ein entfernter Verwandter des Angeklagten, der **Zeuge Fritsch**, hat im „Volkswohl“ das Amt eines zweiten Vorsitzenden bekleidet, obgleich er nicht einmal Mitglied des Vereins war. Er hatte nichts für den Verein zu tun, hat sich auch um nichts gekümmert, aber ein Darlehen von 200 M. aus der Vereinskasse wollte er vom Vorsitzenden **Leh** haben. Da aber angeblich die Kasse leer war, bekam er nichts. Später ist **Fritsch** Mitglied des Vereins geworden, und als er Krankengeld beanspruchte, hat er solches nicht bekommen.

Ein anderer Zeuge, **Gundlach**, der auch bei der Gründung in den Vorstand „gewählt“ worden ist, hat sich auch um die Vereinsgeschäfte gar nicht gekümmert. Denn, so sagte der Zeuge, **Leh** machte ja alles selber, auch die Mitglieder, welche Ansprüche geltend machten, fertigte er ab. Dabei gab es oft Streit, wenn den Mitgliedern gesagt wurde, daß sie keinen Anspruch auf Unterstützung haben. Wenn es Streit mit einem Mitgliede gab, dann machte **Leh** die Tür auf und

Suma, war das Mitglied draußen.

Ein beistehender Richter fragte den Zeugen, ob er sich keine Gedanken darüber gemacht habe, daß der Verein ein unrechtes Unternehmen sei. Der Zeuge antwortete:

Leh hat ja selbst zu anderen gesagt, daß alles Schwindel ist.

Eine große Reihe von Zeugen und Zeuginnen gehören zu den Geschädigten, die dem Verein beigetreten sind in der Annahme, in Krankheitsfällen Unterstützung zu erhalten, die dann aber, als sie ihre Ansprüche geltend machten, nichts erhielten. Aus den Aussagen dieser Zeugen geht hervor, daß sie mit unerhörter Leichtgläubigkeit und Vertrauensseligkeit den Agenten des Angeklagten auf den Leim gingen. Die Mitglieder wurden hauptsächlich durch Agenten gewonnen. Die Agenten legten den Leuten einen gedruckten Prospekt vor, an dessen Kopf ein Bild der Königin **Luise** prangte, bestimmt, leichtgläubige Leute zu betören. Und merkwürdig, viele Leute ließen sich durch das

Bild der Königin Luise auf dem Prospekt

bezaubert in Vertrauen wiegen, daß sie sich sagten, hier müsse doch ein reelles Unternehmen vorliegen. Die Agenten redeten den Leuten auch alles mögliche vor, um sie ins Garn zu locken. Sie sagten, der Verein werde von reichen Leuten unterstützt, die Verwaltung werde in uneigennützigster Weise von Herrn **Leh** geführt, der ein reicher Mann und pensionierter Major sei. Wenn jemand trotz aller gleichenden Reden der geschäftsgewandten Agenten Zweifel an der Realität des Unternehmens hatte, dann wies der Agent mit wichtiger Miene auf das Bild der Königin **Luise** hin, und diese Spekulation auf die Unerfahrenheit der Leute scheint immer verfangen zu haben, denn mehrere Zeuginnen beklagten, sie hätten geglaubt, weil das Bild der Königin **Luise** auf dem Prospekt stehe, könne doch kein Schwindel im Werke sein. Daß der Verein statutenmäßig den Mitgliedern keinen Rechtsanspruch auf irgend welche Bezüge gewährte, sondern die Gewährung von Unterstützung im Belieben des Herrn **Leh** liegt, das verschwiegen die Agenten wohlweislich. Auch das Statut wurde den Mitgliedern vor der Aufnahme nicht in die Hand gegeben. Die Agenten hatten zwar Statuten bei sich, gaben sie ein zu werdenden Mitgliedern aber nur auf deren Verlangen zur Einsicht. Dem Agenten war es ja nur darum zu tun, daß sein Opfer den Aufnahmeantrag unterschrieb, der natürlich auch mit dem Bilde der Königin **Luise** geschmückt war. Durch die Unterzeichnung des Aufnahmeantrages beschleunigte der Unterschnemer unter anderem auch, daß er das Statut gelesen habe und daselbe für sich als rechtsverbindlich anerkenne. In Wirklichkeit hatte jedoch keiner der Zeugen weder das Statut noch den Aufnahmeantrag gelesen. Sie haben denselben vielmehr,

hypnotisiert durch das Bild

— wie sich einige Zeugen ausdrückten —

„einer so hohen und frommen Frau“

unbesehen unterschrieben. Jetzt erklären die durch Schaden klug gewordenen Zeugen allerdings:

Wenn wir gewußt hätten, daß wir keinen Rechtsanspruch haben, dann wären wir dem Verein nicht beigetreten.

Nachdem nun die durch falsche Vorspiegelungen von Agenten auf den Leim Gelockten wochenlang, monatelang Beiträge gezahlt hatten, dann krank wurden und Unterstützung beanspruchten, kam die

bittere Enttäuschung.

Was hierüber durch eine große Anzahl von Zeugen beklagt wurde, ist fast immer dasselbe. Sie gingen, in der Erwartung Geld zu bekommen, in das Bureau des Angeklagten. Nur wenige bekamen etwas. Die meisten wurden zunächst mit allerlei Vorwänden verzögert. Bei weiteren Vorstellungen wurde dann den Leuten, teils durch den Angeklagten, teils durch seine Buchhalterin, gesagt, daß sie überhaupt nichts zu beanspruchen haben, denn sie hätten ihre **Krankheit selbst verschuldet**,

oder die Krankheit sei eine chronische und für solche Fälle werde nach dem Statut keine Unterstützung gewährt. Dann kam der Hinweis darauf, daß die Mitglieder nach dem Statut überhaupt keinen Rechtsanspruch auf Unterstützung haben. Wer nach solchen Vorhaltungen nicht ohne Geld zufriedener von dannen trollte, sondern noch Einwendungen machte, der

flog einfach hinaus.

Nachdem die Vernehmung der Zeugen beendet war, machte ein als

Sachverständiger

bernommener Bücherrevisor Angaben über die

finanziellen Verhältnisse

des Vereins „Volkswohl“. Diese Angaben beziehen sich auf die Zeit vom 1. Dezember 1903, dem Anfang des Geschäftsbetriebes, bis zum 4. November 1904, wo die Geschäftsbücher durch die Polizei mit Beschlag belegt wurden. Die Einnahmen betragen 30 563 M., davon stammen 25 857 M. aus Beiträgen der Mitglieder. Ausgegeben sind: an Krankengeld 3470 M., Arznei 328 M., Verdienensarzt 348 M., Stellenvermittlung 991 M., Bureauverrichtung, Kellermöbels usw. 4066 M., Gehälter 5872 M., Provision 4281 M., Druckfachen und Porto 7364 M., Diverse 2336 M., Bestand 2420 M.

Ein zweiter Sachverständiger, Versicherungsrevisor **Barmesche**, ließ sich darüber aus, ob der Geschäftsbetrieb des Angeklagten unter Berücksichtigung der versicherungstechnischen Grundzüge als reell angesehen werden könne. Der Sachverständige meinte, wenn man die Krankenkasse für das Deutsche Reich zugrunde lege,

könne der Betrieb als lebensfähig angesehen werden. In Berlin lägen die Verhältnisse jedoch ungünstiger, das scheint bei dem Verein „Volkswohl“ nicht in Betracht gezogen zu sein.

Der Staatsanwalt

führte aus, die Annahme, von der die Anklage ausging, daß der Geschäftsbetrieb des Angeklagten ein Schwindelunternehmen großen Stils sei, lasse sich nicht halten. Es sei nicht nachgewiesen worden, daß sich der Angeklagte auf Kosten der Armen und Kranken einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschaffen wollte, ebensowenig, daß er seiner Familie unrechtmäßige Zuwendungen aus dem Vereinsvermögen gemacht habe. Der Staatsanwalt beantragte die Freisprechung wegen Mangels an Beweisen.

Der Verteidiger,

Rechtsanwalt **Holländer**, schloß sich im allgemeinen dem an, und betonte noch, daß Störungen im Geschäftsbetrieb des Vereins infolge des polizeilichen Eingreifens im Jahre 1904 eingetreten seien, jeht dagegen komme der Verein seinen Verpflichtungen ordnungsgemäß nach.

Der Angeklagte selbst stellte gar den Antrag, auch die Kosten seiner Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen!

Nach kurzer Beratung des Gerichts verkündete der Vorsitzende das

Urteil

dahin: Wenn der Angeklagte eines Betruges schuldig befunden werden sollte, dann müsse nachgewiesen werden, daß er entweder von vornherein, durch die ganze Anlage des Geschäfts oder aber bei dem Abschluß der einzelnen Verträge mit den Mitgliedern darauf ausgegangen sei, sich durch Vorspiegelung falscher Tatsachen einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen. In erster Hinsicht sei nur erwiesen, daß der Prospekt falsche Angaben enthalte, denn es sei darin gesagt, die Mitglieder hätten das Recht der freien Arztwahl, was aber in Wirklichkeit nicht der Fall sei. In dem Statutenauszuge, den der Prospekt enthalte, fehle der § 9, in dem gesagt ist, daß der Verein nur ein Wohltätigkeitsverein sei, der keine Rechtsansprüche auf Unterstützung gewähre. Diese beiden Tatsachen reichen nicht aus, um zu beweisen, daß es der Angeklagte von vornherein auf Betrug abgesehen hätte. Es sei aber auch nicht erwiesen, daß der Angeklagte bei den Vertragsabschlüssen betrügerische Absichten verfolgte. Keiner der Zeugen sei beim Vertragsabschluß mit dem Angeklagten selbst in Verbindung getreten, sondern nur mit dessen Agenten. Was aber die Agenten den Leuten vorgeschwindelt haben, das könne dem Angeklagten nicht zur Last gelegt werden. Untrene (auf dieses Delikt hatte das Gericht auf Antrag des Staatsanwalts im Laufe der Verhandlung die Anklage ausgedehnt) liege auch nicht vor, denn es sei nicht erwiesen, daß der Angeklagte aus dem Vermögen des Vereins etwas beiseite geschafft habe. Der Angeklagte müsse hiernach

freigesprochen

werden. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Die Verteidigungskosten der Staatskasse aufzulegen, liege kein Anlaß vor, denn der Verdacht des Betruges sei ausreichend begründet gewesen.

Auf den Zeugenbänken saßen in langen Reihen viele Mitglieder des „Wohltätigkeitsvereins“, die in ihren Hoffnungen auf die „Wohltätigen“ betrogen und ihr sauer verdientes Geld losgeworden waren, ohne eine Gegenleistung dafür zu erhalten. Sprachlos saßen herrliche bei diesen Leuten, als sie den Freispruch vernahmen. Auf dem Korridor des Gerichts aber drückte sich das Staunen der Geschädigten in lebhaftesten Worten aus. Besonders die Frauen waren es, die sich durch das Urteil in ihrem Rechtsempfinden verletzt fühlten und diesem Gefühl beredete Worte liehen. Den Leuten, die sich durch falsche Vorspiegelungen hatten ins Garn locken lassen, wollte es nicht in den Sinn, daß jemand ein ehrenwerter Geschäftsmann sein kann, wenn seine Agenten durch Schwindelunternehmen das Geschäft erst in Blüte bringen. Wenn diese Leute auch so einseitig waren, sich durch schwindelhafte Agenten mit dem Bilde der Königin **Luise** betören zu lassen, so hätten sie doch das richtige Empfinden und sprachen es unüberhört aus: Das Unternehmen des Herrn **Leh** konnte doch nur unter der Voraussetzung gewinnbringend für ihn sein, daß die Mitglieder in den Glauben verführt wurden, sie hätten einen Rechtsanspruch auf Krankengeld. Aber es konnte ja Herrn **Leh** nicht nachgewiesen werden, daß er die Mitglieder getäuscht hätte. Das haben ja nur seine Agenten getan. Mit Rücksicht darauf sprachen die Geschädigten die Erwartung aus, daß der Staatsanwalt nun gegen die Schwindler unter den Agenten vorgehen werde.

Die Freisprechung ist ein Beweis dafür, daß die bestehenden Einrichtungen nicht dazu ausreichen, wirkliche Schwindler zur Verhaftung zu bringen. Zu unserer Enttäuschung und Bedauern müssen wir konstatieren, daß die Staatsanwaltschaft über die Vorgänge der Gründung, über die Gründung selbst und über das schwindelhafte Schweben des Angeklagten weniger unterrichtet war, als man nach den öffentlichen und im Reichstage erhobenen Vorlegungen über die Gesellschaft annehmen mußte. Insbesondere auffallend ist uns das ungeheuerliche Sachverständigenprotokoll. In der Kommission des jetzt aufgelösten Reichstages über die Hülfslasengeschwebelle ist von keinem Mitgliede der Kommission oder der Regierung in Abrede gestellt, daß die Fassung des Prospekts und der Statuten, insbesondere auch dessen Vorspiegelungen, den Ausdruck Schwindelklasse verdienen. Weshalb ist kein Mitglied des Reichstags für private Versicherungen als Sachverständiger vernommen? Weshalb ist keiner der früheren Angestellten des „Volkswohl“ vernommen, die ja über das Geschäftsbücher des Angeklagten selbst Auskunft zu geben in der Lage waren?

Aus der Partei.

Auskauf der Sozialdemokratie.

Dem Kopfe des **Mehrreder-Magnaten Stinnes** ist ein Gedanke und eine Tat entsprungen, wie sie nur dem Hirne eines Großkapitalisten entspringen konnte, der gewohnt ist, mit seinem Gelde alles zu erreichen, was er will! Herr **Mathias Stinnes** ist auf den schlauen Gedanken gekommen, die Sozialdemokratie in **Essen** anzukaufen. Er hat nämlich das Grundstück gekauft, auf dem sich bereits der Neubau erhob, in dem die demnächst von den **Essener** Genossen in Betrieb zu nehmende **Parteidruckerei** und der Verlag und die Redaktion des eigenen **Essener Parteiblattes**, das mit der eigenen Druckerei ins Leben treten sollte, unterkauft finden sollten.

Die **Essener** Genossen hatten zum Vorherren für den Bau einen gewissen **Janzen** bestellt, der früher **Wirt** in **Gelsenkirchen** war. Dieser **Janzen** hat das Vertrauen, das die Genossen in ihn setzten, schmählich getäuscht, hat hinter ihrem Rücken mit **Stinnes** Verhandlungen angeknüpft und hat ihm, wie behauptet wird, mit einem gehörigen Profit das Grundstück, mit dem ziemlich weit fertig gestellten **Neubau verkauft**.

Es ist ein Vorkaufsfall seltener Art, das in **Essen** verübt worden ist, ein Streich, durch den die **Essener** Genossen um die Früchte langer, mühsamer Arbeiten betrogen werden! Geldverluste werden die Organisationen allerdings, so viel wir wissen, nicht erleiden, da ihre **Welder** hypothekarisch eingetragen sind. Herr **Stinnes** hat zweifellos einen Preis zahlen müssen, der die Hypotheken deckt. Aber die Herausgabe der neuen Parteizeitung wird natürlich verzögert durch den Verrat, und die Genossen **Essen** sind nun um Pläne gebracht, die sie für die Zwecke des Unternehmens praktisch und unwiderruflich hatten herrichten lassen.

Indes diese Nachteile werden überwunden werden. Nicht allzu lange wird durch diesen Streich das Erscheinen des neuen Parteiblattes verzögert werden. Wenn Herr **Stinnes** glaubt, daß er der **Essener** Sozialdemokratie durch diesen Aus- und Hauskauf erste Schwierigkeiten macht, dann wird er bald erkennen, wie sehr er sich irrt. Um die Sozialdemokratie **Essen** aktionsunfähig zu machen, dazu langen all seine Millionen nicht. Nichts anderes hat er erreicht, als daß für viele Zehntausende seine Tat die Pforte zur Erkenntnis der Gemeinschädlichkeit des Kapitalismus sein wird und für Millionen eine Befestigung und Bekräftigung dieser Erkenntnis. Herr **Stinnes** dürfte bald dahinter kommen, daß dieser Versuch, einer politischen Partei durch Auskauf die Möglichkeit der Betätigung zu nehmen, erstens ein Versuch mit untauglichen Mitteln ist und zweitens eine bedenkliche Bloßstellung des kapitalistischen Systems bedeutet.

Gemeindevahlen.

Siege.

Aus **Frankfurt a. M.** wird uns geschrieben:

Bei den **Stadtverordnetenwahlen** errangen unsere Genossen einen glänzenden Sieg: In **Wornheim**, wo uns die reaktionären Mittelständler gegenüberstehen, eroberten wir drei Mandate! Gewählt sind: drei Sozialdemokraten — die Genossen **Parteilsekretär W. Dittmann**, **Arbeitersekretär Ed. Graf**, **Buchdruckermeister Benno Schmidt** — drei Demokraten, drei Freisinnige, drei Nationalliberale. Die zentrumlich-konservativen Mittelständler haben eine vernichtende Niederlage erlitten! Kein einziger ihrer Kandidaten drang weiter bei der Haupt- noch Stichwahl durch. Die sozialdemokratische Fraktion zieht nun in der doppelten Stärke ins **Stadtparlament**: trotz Wahlergebnis von 1200 W. — Wir schreiten vorwärts!

In der **Stadtverordneten-Stichwahl** zu **Zehdenick** (Brandenburg) wurden am **Mittwoch** als erste „Rechte in den Karpaten“ die Genossen **Rittig** und **Kadler** mit 60 Stimmen Mehrheit gewählt.

In **Altlußheim** (Baden) siegte bei der **Bürgerausschuhwahl** in der dritten Klasse die sozialdemokratische Liste mit 114 gegen 115 Stimmen gegen die Liste des bürgerlichen **Stadelnubdels**, auf die 69 bis 70 Stimmen entfielen.

Mandatsgewinne.

Die **Bürgerausschuhwahlen** in **Heilbronn** ergaben die Wahl der **Kompromißliste**, auf der auch zwei **Sozialdemokraten** standen.

Stimmenzuwachs.

Aus **Essen** wird uns vom 12. Dezember berichtet:

An den heute abend beendeten **Stadtverordnetenwahlen** dritter Abteilung beteiligten sich von 32413 Wählern nur 10346. In der **Altstadt** siegten die vom Zentrum, den **Vereinigten Nationalen** und der **Bürgerpartei** gemeinsam aufgestellten vier Kandidaten gegen die der **Sozialdemokraten** und der **Christlich-Sozialen**, in **Essen-Mitte** und **Essen-West** siegte das Zentrum gegen die Kandidaten der **Sozialdemokraten** und der **Allgemeinen Bürger- und Arbeiterpartei** bzw. der **Sozialdemokraten** und der **Evangelischen Volksvereinigung**. Gewählt sind in der **Altstadt**: **Rechtsanwalt Dr. Bell** (Z.), **Rechtsanwalt Kemper** (natl.), **Klempnermeister Schaeffer** (Bürgerpartei), **Gewerkschaftssekretär Wiffels** (Z.), in **Essen-Mitte**: **Gelehrter Dr. Reunhauer** (Z.), **Schlossermeister Biegel** (Z.) und **Oberlehrer Dr. Reunhauer** (Z.); in **Essen-West**: **Fabrikant Faber** (Z.) und **Gewerkschaftssekretär Hirtzler** (Z.). Für die **Sozialdemokratie** wurden in **Essen-Altstadt** und in **Essen-West** 2238 Stimmen abgegeben gegenüber 1492 bei der Wahl im Jahre 1904. In **Essen-Mitte** siegten die sozialdemokratischen Stimmen seit 1903 von 80 auf 299. Das Zentrum hat dort gegen 1903 etwa 100 Stimmen eingebüßt, während die **Allgemeine Bürger- und Arbeiterpartei** um rund 200 Stimmen zurückgegangen ist. Der **Wahlkreis** sein geblieben sind diesmal 22067 Wahlberechtigte, also zwei Drittel der **Gesamtwahlerschaft**.

Vom **Fortschritt der Parteipresse**. Die **Strasburger „Freie Presse“** soll auf Beschluß des **Strasburger Bezirksvereins** vom 1. Januar 1907 ab in deutscher und französischer Sprache erscheinen.

In **Mecklenburg** ist von der Landesorganisation die auf dem letzten mecklenburgischen Parteitag angeregte **Herausgabe einer „Landarbeiter-Zeitung“** definitiv beschlossen worden.

Personalien. In die Redaktion der **„Demokratischen Bürgerzeitung“** tritt demnächst der Genosse **Donath** ein, zurzeit Lokalredakteur des „**Volkswillens**“ zu **Hammer**.

Die **österreichische Sozialdemokratie** in **Steierland**. In **Graz** tagte am **Sonntag** und **Montag** die 14. steirische **Landeskonferenz**. Der Parteibericht konstatierte das äußerst erfreuliche Fortschreiten der Parteibewegung. Nach den Berichten der Bezirks- und Lokalorganisationen (an ersteren bestanden 13, an letzteren 36) wurden im Berichtsjahre 1185 Versammlungen abgehalten. In 48 Orten ist die **Strassenorganisation** durchgeführt. In 15 Orten beteiligten sich die Parteigenossen an den **Gemeindevahlen**, in 18 Orten mit Erfolg. Zurzeit ist die Partei in 20 Gemeinden durch 85 Gemeinderäte vertreten. Die Parteieinnahmen betragen rund 20 000 Kronen, die Ausgaben 19 000 Kronen. An Parteibeiträgern allein wurden rund 9000 Kronen vereinnahmt. Das Parteiblatt „**Arbeiterwille**“ hat eine Tagesausgabe von 10 000, eine Sonntagsausgabe von 15 400 Exemplaren. Die Auflage ist seit dem Vorjahre um 1800 bzw. 3400 gestiegen. Letztere Steigerung resultiert zum Teil daraus, daß er an Stelle des „**Volkswillens**“ Parteiorgan für **Kärnten** wurde.

Der **„Arbeiterwille“** soll weiter ausgestattet werden und die Auffstellung von **Sechsmännern** soll erfolgen. Einen wichtigen Punkt der Tagesordnung bildete die **Wahlreform**, worüber Genosse **Resel** berichtete. Er gab seiner lebhaften Befriedigung über das Gelingen des großen Reformwerkes Ausdruck und sprach die bestimmte Hoffnung aus, daß das Herrenhaus die Vorlage ohne Änderungen annehmen werde. Er fürchte sich vor der Vorstellung der Dinge, die da kommen würden, wenn die breite **Volksmasse** nun am Schluß der **Wahlrechtsfrage** enttäuscht werden würde. Zum Schluß wurde u. a. ein Antrag zum Beschluß erhoben, den **sozialdemokratischen Abgeordneten**, besonders dem Genossen **Dr. Adler** für die geschickte und opfervolle Tätigkeit bei den Verhandlungen der **Wahlreform** telegraphisch zu danken.

Der Punkt **„Alkoholverbot und Partei“** konnte mangels der Zeit nicht behandelt werden. Es wurde lebhaft eine **Resolution** angenommen, in der zur **Agitation** gegen den **Alkoholismus** aufgefordert wird.

Ein Wahlsieg in Holland.

Amsterdam, 11. Dezember.

Bei einer **Ersatzwahl** für den **Gemeinderat** zu **Leuswarden**, Provinz **Friesland**, eroberten am **Montag** unsere Genossen mit ihrem Kandidaten, dem Parteibeteran **L. Jandstra**, den zweiten Sitz im **Stadtrat**. Gegen die „rote Gefahr“ hatten sich die **Katholiken**, **Antirevolutionären** und **Liberalen** verbündet. Trotzdem erhielten sie nur 240 Stimmen, unser Kandidat jedoch 341, während ein

Freisinnig-Demokrat 74 Stimmen erwarb, so daß unser Kandidat schon im ersten Wahlgange den bisherigen liberalen Sieg eroberte.

Pöbelzettelchen, Gerichtliches usw.

Keine Gotteslästerung. Einer Gotteslästerung sollte sich der Arbeiter Genosse Siegmund von Hohenleina schuldig gemacht haben. Er war deshalb vor der hiesigen Strafkammer angeklagt. Genosse Siegmund, der Dissident ist, wurde eines Abends in einer Kneipe von einem Auserwählten zu einer Aeusserung provoziert, bei der er in Beantwortung einer Frage den Namen Jesus mit der Sozialdemokratie in Verbindung brachte. Die Verhandlung, die wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung hinter verschlossenen Türen stattfand, endete mit kostenloser Freisprechung Siegmunds.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

57. Sitzung vom Donnerstag, den 13. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Der stellvertretende Vorsitzende Michael eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr mit einem Redner für den gestern plötzlich verstorbenen Stadtverordneten Daber (A. L.).

In den Auswärtigen der Vorlage wegen der beim städtischen Nahrungsmittel- usw. Untersuchungsamt zunächst einzurichtenden Stellen sind u. a. auch die Stadtverordneten Koblenzer, Dr. Wehl und Dr. Jadel (Soz.) beteiligt.

Die 11. Abteilung hat an Stelle des Stadtverordneten Friederici (F.) zum Vorsitzenden den Stadtverordneten Reichen (A. L.) gewählt.

Die Wahl des dritten Beisitzers im Vorstand an Stelle Friederici wird bis zur nächsten Sitzung vertagt.

In mehreren Ausschüssen beziehungsweise Deputationen und Kuratorien wird sodann für Friederici Ersatz gewählt.

Der Rechnungsausschuss hat bei der Versammlung Vorhubs schleuniger Bewältigung des Materials eine Verstärkung seiner Mitgliederzahl für das nächste Jahr, und zwar von 20 auf 30 beantragt. Ohne Debatte wird dem Antrage stattgegeben.

Auf dem Terrain der Nordpark-Aktiengesellschaft sollen Baufluchtlinien für zwei neue Straßen 80c und 90a festgelegt werden; von dem der Gesellschaft gehörigen Terrain ist eine Fläche von 5590 Quadratmeter an der Schönigstraße zu Schulzwecken für jeht 120 000 (früher 130 500) M. unter der Bedingung zum Preise von 21,50 (früher 25) M. pro Quadratmeter angeboten worden, daß die auf dem unmittelbar an die Reinickendorfer Grenze stößenden Gebietsteil ruhende Bauverbeschränkung (Abstand der Bauflucht 2 Ruten von der Straße, Errichtung von Häusern mit höchstens 10 Wohnungen) gelöst wird. In wiederholter Ausschußberatung hat man der Vorlage zugestimmt, sofern der Kaufpreis für das Schulgrundstück noch um weitere 30 000 M. ermäßigt wird.

Die Versammlung beschließt ohne Diskussion nach diesem Antrage.

Mit der Anlegung einer Privatstraße auf dem Gasbehältergrundstück an der Augustenburgerstraße hat sich der niedergesetzte Ausschuss nach langwierigen Beratungen mit 9 gegen 2 Stimmen einverstanden erklärt. Die Ausführungskosten mit 19 100 M. sollen aus dem Vorjahrkonto bestritten, diesem aber später aus dem Kaufgelde für den zu verkaufenden Teil des Gasbehältergrundstücks erstattet werden. Die Versammlung nimmt die Vorlage ohne Debatte an.

Am 6 Uhr findet die Wahl zweier unbesoldeter Stadträte statt.

Zu ersten Wahlgang wird Stadtverordneter Rast (A. L.) mit 62 von 67 gültigen Stimmen gewählt; 44 Zettel sind unbeschriftet.

Im zweiten Wahlgang erhält Stadtverordneter Buchow (Fr. Fr.) 56 von im ganzen 61 gültigen Stimmen; 52 Zettel sind weiß.

Hinsichtlich der Besoldungsverhältnisse des Lehrpersonals an den Gemeindeschulen hatte die eingesezte gemischte Deputation dem Magistrat die Zustimmung zu den Beschlüssen der Versammlung vom 28. April dieses Jahres empfohlen. Der Magistrat hat sich aber auch jetzt nicht entschließen können, darauf einzugehen; er beharrt dabei, daß eine Erhöhung des Grundgehalts unter Abänderung der Altersstufen notwendig ist, wie sie auch die Versammlung am 28. März 1905 gefordert habe, und zwar müsse das Grundgehalt, um demjenigen sehr vieler anderer großer Städte gleichzukommen, von 1200 auf 1450, nicht bloß, wie jetzt die Versammlung wolle, auf 1350 M. gehoben werden. Die Mittel dafür sollen mit 150 M. aus der Veränderung der Stala, mit 100 M. aus Nämmeremitteln entnommen werden, sobald sich das Dienstverhältnis jeder Stelle um 100 M. erhöht. Die Stala für Lehrer wäre danach folgende: für Lehrer vor Vollendung des vierten Dienstjahres Grundgehalt 1180 M., Meistbeschäftigung 500 M. = 1680 M., für einjährig angestellte Lehrer nach 4 Jahren Grundgehalt 1450 M., Meistbeschäftigung 750 M. = 2200 M.; Alterszulagen nach 7, 9, 11, 14, 17, 20, 23, 26, 29, 31 Jahren 150, 200, 300, 300, 300, 300, 300 M. bis zum Höchstgehalt von 4450 M. Die Rektoren durchwegs 1350 M. mehr. Für die Schwestern hat der Magistrat die von der Versammlung vorgeschlagene, von der seinigen nur un erheblich differierende Stala abgelehnt.

Die betreffende Vorlage gelangte in der vorigen Sitzung nicht mehr zur Beratung. Zur heutigen Verhandlung haben die Stadtverordneten Cassel (A. L.) und Rosenow (A. L.) den Antrag eingebracht, die erste Alterszulage nach 7 Jahren um 50 M. höher, also auf 200 M. (statt 150) zu normieren, damit auch das Höchstgehalt auf 4500 M. erhöht wird. Mit diesem Antrage ist ausgesprochen, daß die alte Linie ihren bisherigen Widerspruch gegen die Heraushebung des Grundgehalts auf 1450 M. (die Versammlung hatte bisher übereinstimmend mit der Schuldeputation an 1350 M. festgehalten) nunmehr aufgeben will.

Stadtv. Cassel (A. L.): Bei der vorjährigen Staatsberatung gab die Versammlung in einer Resolution dem Magistrat zur Erwägung, ob nicht eine Erhöhung des Grundgehalts der Lehrer ohne Abänderung der Alterszulagen angebracht sei. Dieser Beschluß verpflichtete den Magistrat nur dazu, diese Erwägung anzustellen. Die Schuldeputation hat eine mäßige Erhöhung des Grundgehalts ohne Veränderung der Alterszulagen empfohlen, die Versammlung desgleichen und zwar fast einstimmig. Der Magistrat aber hat indessen auf diese Beschlüsse keine Rücksicht genommen und bleibt dabei, daß nur die Erhöhung des Grundgehalts auf 1450 M. die Agitation in den Lehrerkreisen verstummen lassen würde. Ich bedauere diese Stellungnahme um so mehr, als diese Agitation sich als äußerst kurzfristig erwiesen hat, indem sie einseitig das Grundgehalt ins Auge faßt und das Zulagenystem ignoriert. Da der Magistrat sich unsere Auffassung nicht anerkennen zu lassen braucht, müssen wir uns wohl oder übel verständigen; im Punkte des Grundgehalts müssen wir dem Magistrat nachgeben. Hinsichtlich der Alterszulagen können wir aber dem Magistrat nicht vollständig folgen. Wir wollen die erste Alterszulage von 300 M., die der Magistrat auf 150 M. herabsuchen will, wenigstens auf 200 M. normieren. Aber auch in dieser Form machen wir diesen Schritt nur sehr ungern mit, da es später sehr schwer gelingen wird, die Alterszulagen zu erhöhen. Die Differenz zwischen der Vorlage und unserem Antrage beträgt etwa 150 000 M. 150 M. als erste Alterszulage können wir unmöglich nur bewilligen, wenn in den meisten Bezirken diese mindestens 200 M. beträgt. In diesem Punkte können wir nicht nachgeben. Wir haben in der Kommunalverwaltung nicht das Mittel der Auflösung (Heiterkeit), wie es der Staat bei Differenzen zwischen Regierung und Volkvertretung hat. Wir sind dem Magistrat sehr weit entgegengekommen; hoffentlich hilft er die Frage so lösen, daß die Würde der Versammlung darunter nicht leidet.

Stadtv. Rosenow (A. L.): Der heutige Antrag Cassel-Rosenow ist schon in einem früheren Stadium von mir gestellt, aber später zurückgezogen worden; ich hoffe er wird heute einstimmig zur An-

nahme gelangen. Wir dürfen nicht wieder eine Regelung eintreten lassen, die sich an der Grenze des Minimums bewegt, namentlich deshalb nicht, weil das künftige Lehrerbefoldungs-Geich ungewißheit die Zulagen von 100 auf 130, ja sogar auf 150 M. erhöhen wird.

Stadtv. Dr. Preuß (Soz.-fortschritt.): Erhebend wirkt der schon fast zwei Jahre währende Streit um die Lehrerbefoldung nicht. Der Magistrat schweigt; wer schweigt, stimmt zu. Der Antrag zu dem Birzial hat die Resolution der Versammlung vom März v. J. gegeben. Der Antrag Cassel vereint beide Extreme in relativ erwünschter Weise; auch wir werden ihn zustimmen.

Stadtv. Singer (Soz.): Der Oberbürgermeister äußert sich immer noch nicht; vielleicht will er erst die Stimmung der ganzen Versammlung kennen lernen, um dann Stellung zu nehmen. Dem Magistrat gegenüber befinden wir uns jetzt einfach in einer Zwangslage, weil wir kein Nachmittel haben, unseren Beschluß durchzusetzen. Man darf aber für die Versammlung in Anspruch nehmen, daß sie doch noch etwas vertrauter ist als der Magistrat mit der Stimmung in der Lehrerschaft wie in der Bürgerschaft. In letzterer ist nur eine Auffassung, daß bis an die Grenze der Möglichkeit Berlin seine Lehrerschaft besolden soll; denn es ist zweifellos, daß die Arbeitsfreudigkeit der Lehrer in der Leberzeugung wurzelt, daß ihre Besoldung den Berliner und den wirtschaftlichen Verhältnissen überhaupt angepaßt ist. Dazu kommt, daß, wie jedermann, auch der Lehrer für die Lebenshaltung bei der heutigen Wirtschaftspolitik viel mehr als bisher aufwenden muß. Ernsthaft kann auch nicht bestritten werden, daß Berlin die erhöhte Aufwendung zu leisten vermag. Den Gläubigen, daß das Streben nach Verbesserung in der Lehrerschaft aufhören wird, wenn der Antrag Cassel-Rosenow zur Annahme gelangt, habe ich nicht; die Freude an der Erhöhung des Grundgehalts wird ja der Lehrerschaft durch die Verkürzung der Alterszulagen, auch nach dem Antrage Cassel-Rosenow, verbittert. Mit dem ersten Tage der Auszahlung nach dieser neuen Stala wird der Krieg um Verbesserung dieser Stala entbrennen beim. fortgesetzt werden. Der Hauptwert unseres Gehaltensystems liegt in der guten Organisation der Zulagen. Diese Erörterungen haben allerdings zurzeit einen akademischen Charakter; der alte Standpunkt der Versammlung ist in dem Augenblick aufgegeben, wo dieser Antrag zweier Fraktionen, die zusammen die Mehrheit haben, vorliegt. Wir werden für diesen Antrag stimmen und der Magistrat wird wohl mit einem fast einstimmigen Beschluß der Versammlung zu tun haben. Außerordentlich beherzigt würde es freilich sein, wenn der Magistrat aus diesem Nachgeben der Versammlung schloße, wir würden noch einmal nachgeben, wenn er auch den heutigen Antrag ablehnt. Ich hoffe, er wird diesen Schritt nicht tun; aber wir werden in jedem Falle nur einen vorläufigen Beschluß fassen. (Beifall.)

Oberbürgermeister Kirchner: Ich bin nicht in der Lage, zu dem Antrage für den Magistrat eine Erklärung abzugeben. Ich persönlich bin nicht imstande, ihm zuzustimmen und ihn dem Magistrat zu empfehlen. (Zuruf: Aufhebung! Heiterkeit.) Die Versammlung hat 1905 selbst die Mittel, aus denen die Erhöhung des Grundgehalts genommen werden sollte, angegeben. Damals war gleichzeitig eine abermalige Erhöhung des Grundgehalts um 102 M. beschlossen worden. Der Magistrat hat sich schon damals gesagt, daß es bei einer solchen Veränderung der Stala ohne Erhöhung nicht abgehen würde, und er hat sich damals schon zu einer Erhöhung von 50 M. entschlossen. (Heiterkeit auf den Tribünen.) Das ergab eine Mehrausgabe von 435 000 M. Aber diese Erhöhung hinaus wurde ein Zuschuß von 695 000 M. durch Ihre Beschlüsse notwendig; wir haben davon 557 000 M. konzediert. Der Antrag Cassel-Rosenow fordert nun noch mehr als jene 695 000 M.; er fordert 732 000 M. Im Punkte des Grundgehalts sind Sie ja dem Magistrat entgegengekommen, aber das übrige kann ich keineswegs als Entgegenkommen ansehen. Ich kann auch keine Mehrheit im Magistrat dafür in Aussicht stellen; ich halte mich für verpflichtet, schon jetzt darauf aufmerksam zu machen. (Unruhe.) Nehmen Sie den Antrag an, so würde der Magistrat zu der Auffassung kommen, daß die Versuche nach anderweiter Regelung der Lehrergehälter gescheitert sind und daß es bei dem gegenwärtigen Zustande verbleiben müßte.

Stadtv. Komssen (Fr. Fr.): Hiernach scheint doch die Annahme des Antrages Cassel-Rosenow die Sache selbst zu gefährden. Die Mehrheit meiner Freunde hält die endliche Regelung der Gehaltsfrage für notwendig; wir sollten also doch erwägen, ob wir uns nicht mit der Vorlage des Magistrats zufrieden geben können. Die Agitation in der Lehrerschaft wird doch nicht aufhören. Nehmen wir, was wir bekommen können!

Stadtv. Cassel: Ein solcher Versammlungsbeschluß, wie ihn auch jetzt wieder der Oberbürgermeister gegen uns ausspielt, ist auf alle Fälle kein Dogma. Die Situation hat sich sehr bedauerlich gefaltet. Ich hätte nicht erwartet, daß der Oberbürgermeister sofort erklären würde, er werde im Magistrat gegen den Antrag sprechen. Unser Antrag bietet ihm zwei Konzeptionen: Das höhere Grundgehalt und die Befestigung der Zulagen mit der einen Ausnahme. Diese bedeutet ein materielles Plus von 150 000 M. Würde im Falle der Auflösung (Heiterkeit) die Bürgerschaft uns wegen dieser Summe Muredt geben? Die Zulage von 150 M. ist unzulänglich; ich kann für sie nicht stimmen. Der Oberbürgermeister sagt einfach: Ich will nicht! Auch ich kann das Opfer meiner Leberzeugung ihm nicht bringen! (Beifall.) Die Haltung des Magistrats wird nach wenig Jahren der Stadt viel mehr kosten als heute der Antrag Cassel-Rosenow. Es sind manche Gehaltserhöhungen anderer Beamtenkategorien erfolgt; die Verhältnisse in den Bezirken, die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich geändert. Wir fordern also mit dieser Erhöhung um 150 000 M. nichts Abnormes. Gewisse Rücksichten und Notwendigkeiten gehen auch über den Willen des Einzelnen hinaus; die Lehrergehaltsfrage kann nicht in der Luft schweben bleiben. Den Magistratsbeschluß nehmen wir auch später nicht an! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Dieses Lachen zeigt vielleicht dem Magistrat, wie zweckmäßig sein Einlenken wäre.

Oberbürgermeister Kirchner: Ich gebe zu, daß es nicht erwünscht ist, wenn die erste Stufe nur 150 M. beträgt; wir sind event. bereit, nach dem Besch gleiches Zulagen von je 250 M. zu normieren, wenn die Versammlung auf die bisherige hohe Stufe auch überzweigt nicht mehr den ausschlaggebenden Wert legt. Ich bin den Wünschen der Stadt soweit irgend möglich entgegengekommen, aber es gibt eine Grenze. Auch dem Magistrat darf man nicht das Opfer der Leberzeugung aufzulegen.

Stadtv. Singer: Es liegt wohl kein Grund vor, die Sache so tragisch zu nehmen; es ist das vielleicht eine Folge des heutigen Vorgangs im Reichstage, daß man so ernst aneinander gerät wegen einer Differenz, die materiell kaum der Rede wert ist. (Zustimmung.) Bei genauer Prüfung muß man doch anerkennen, daß die Versammlung die richtigere und kompetentere Beurteilerin in der Frage ist. Die materielle Differenz sollte überhaupt aufhören; die sachliche besteht darin, daß die Alterszulagen, wie sie bei uns bestehen, eine gute Einteilung aufweisen, wie auch die Lehrerschaft anerkennt; diese Stala wollen wir nicht ohne Not ändern. Der Beschluß der Versammlung existiert so gar nicht mehr, nachdem die Versammlung eine andere Auffassung kundgegeben hat; auf ihn kann man sich nicht mehr berufen. Ich halte den zuletzt vorgeschlagenen Ausweg auch nicht für besonders glücklich. Wir selbst haben seinerzeit gleichmäßige Zulage beantragt; aber man kann doch nicht erkennen, daß bei wachsender Familie und damit wachsenden Ausgaben eine etwas höhere Zulage zu gewissen Zeiten doch besser ist als gleichmäßige Zulagen während der ganzen Dienstzeit. Wenn der Magistrat noch jetzt unseren früheren Beschlüssen beitrifft, so wird seiner in der Versammlung etwas dagegen haben, und dann fiele das finanzielle Moment doch weg. Daß die Regelung der ganzen Frage verschoben wird oder gar nicht eintritt, wenn wir an unserem Beschluß festhalten, kann fällt die Verantwortung nicht auf uns, sondern auf den Magistrat. (Zustimmung.) In der Bürgerschaft wird man nicht begreifen, wie der Magistrat einer so unbedeutenden Summe wegen so kleinlich und engherzig auf seinem Standpunkt bestehen mag.

Das formelle Recht hat ja der Magistrat, aber schon beim nächsten Etat wird ein solcher Sturm der Entrüstung durch Berlin und hoffentlich auch durch die Versammlung gehen, daß die Gehaltsregulierung der Lehrer vorgenommen werden muß. Solche Konfliktstimmung ist an sich nicht erfreulich; der Antrag hatte gerade den Zweck, den Konflikt zu vermeiden. Aber auch der Magistrat kann nicht einfach sagen: Hoc volo, sic jubeo. Ich nehme immer noch an, daß der Antrag im Magistrat Annahme findet. Der Oberbürgermeister braucht dabei auch nicht das Opfer seines Intellekts zu bringen. Ich habe viel zu viel Vertrauen in die Klugheit des Magistrats, daß er es nicht zu einer verbitterten Stimmung in der Versammlung kommen lassen wird. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Preuß meint, daß auch technische Erwägungen für den Standpunkt der Versammlung sprechen. Daß die Frage auf einen toten Punkt gelangen könnte, glaubt er nicht, es werde damit geben wie mit den stalinischen Wächern.

Stadtv. Cassel repliziert auf den Oberbürgermeister, daß auch dieser immer nur das alte Lied von dem Beschluß von 1905 geungen habe. Die gleichmäßige Alterszulage zerstöre das ganze Berliner System, außerdem ergebe sie noch etwas weniger als die Vorlage; man könne sie nur akzeptieren, wenn sie so normiert werde, daß kein Minus herauskomme. Für heute könne man nur bei dem Antrage stehen bleiben.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Cassel-Rosenow mit 81 gegen 18 Stimmen angenommen. Gegen den Antrag stimmen das Gros der freien Fraktion und von der Alten Linken die Stadtv. Fährndrich, Jacobi, Reihner und Wallach.

Die Vorschläge des Magistrats betreffend die Gehälter der Rektoren werden unter der gleichen Voraussetzung angenommen.

Um 9 Uhr wird die Sitzung abgebrochen.

Soziales.

Sturm auf gegen die Bäckereiverordnung in Preußen.

Am 10. November veröffentlichten wir die Bäckereiverordnung, die der Handelsminister auf Grund einer Vereinbarung der verbündeten Regierungen zwecks Bekämpfung der größten Gesundheitsgefährdungen und Schweißereien in den Backstuben im Interesse der Bäckergefellen und der Konsumenten erlassen hat. Gegen diese geringe Abschlagszahlung auf die rasigen Grundbesitzer eine Sturm weiter läuft der Bund der Berliner Grundbesitzervereine Sturm. In der Zeitschrift für Hausbesitzer teilt Parlowitz, der Vorsitzende des Bundes, mit, daß auf Beschluß dieses Grundbesitzerbundes sich eine aus ihm, Herrn Schmidt, dem Obermeister der Bäckereiverordnung, und dem Generalsekretär des Grundbesitzerbundes, Dr. König, bestehende Kommission auf das Polizeipräsidium begeben habe. Dort habe der Regierung, Herr Oberregierungsrat Dummack, die Deputation mitgeteilt, es sei unabweislich, daß die Verordnung bereits am 1. Januar in Kraft tritt. Gegenüber dem von der Deputation zum Ausdruck gebrachten Wunsch, daß die Verordnung auf bestehende Betriebe keine Anwendung finden möge, wurde die Deputation an den Minister für Handel und Gewerbe gewiesen, der in Gemeinschaft mit dem Kultusminister und dem Minister des Innern die grundsätzlich rückwirkende Kraft vorgeschrieben hat. Der Bund wird nunmehr bei dem Minister für Handel und Gewerbe vorstellig werden, um die durch die rückwirkende Kraft der Verordnung dem Gewerbe drohenden Schäden, wenn irgend möglich, abzumildern. Die in der Verordnung enthaltenen Vorschriften sind das allermindeste, um den größten Schädigungen der Gehäßen und der Konsumenten entgegenzuwirken. Von dem Gewerbe drohenden Schäden kann im Ernste nicht die Rede sein. Zwar möchten wir es für völlig ausgeschlossen halten, daß die Behörden auch das bisherige Bäckereiarbeitergesetz nachträglich hemmen. Indessen zeigt dieser Sturmlauf der Hausbesitzer gegen endliche Befestigung zum Himmel schreiender Mißstände und Schweißereien in Bäckereibetrieben, wie notwendig eine ausreichende, reichsgehehliche Regelung des Bäckereiarbeiter-schutzes ist.

Ein Weiskler über die Behandlung ländlicher Arbeiter.

Mit großen Herzen ist nicht gut kirchen offen. Das wurde einem Weiskler zu Gemüte geführt, der seinem Empfinden über die Lage ländlicher Arbeiter in einer Grabrede Ausdruck gab.

Unter den polnischen Arbeiterinnen des Rittergutsbesitzers und Gemeindevorsethers A. v. Heimbürg in Ederde war Tappus ausgebrochen. Eine polnische Arbeiterin starb an dieser Krankheit; sie wurde am 15. September d. J. auf dem Kirchhof Gr. Gelters beerdigt. In Vertretung des Neuböcker Geistlichen war Kaplan Augustus Dengel aus Linden zu dieser Beerdigung erschienen. In seiner Grabrede hat Kaplan D. nachweislich unter anderem ausgeführt: Die Leute des Barons v. Heimbürg arbeiteten so fleißig von früh bis spät und würden dann doch so schlecht behandelt. Sie würden behandelt wie ein Stück Vieh. Er wolle niemand beleidigen, es sei die reine Wahrheit, es täte ihm nur herzlich leid, v. Heimbürg verhalte Kaplan D. daraufhin wegen Beleidigung. Das Schöffengericht Wennigen verurteilte den Leuten zu 500 M. Geldstrafe eventuell 50 Tagen Gefängnis. In den Entscheidungsgründen führte das Schöffengericht Wennigen unter anderem aus: Der § 193 des Strafgesetzbuchs könnte dem Angeklagten nicht zugute kommen. Er habe nicht das Interesse der polnischen Arbeiter in der Weise wahrzunehmen, daß er diese gegen ihren Dienstherrn aufhebe. Die exemplarische Strafe sei am Platze, weil es sich um einen gebildeten Menschen und um einen Weiskler handele, der in der christlichen Nächstenliebe seine Willmessen übertragen solle. In der Berufungsverhandlung, die am 17. d. M. vor dem Landgericht Hannover stattfand, erklärte der Vertreter des Angeklagten, Justizrat Wenzel: Der Angeklagte sei früher in Helmstedt gewesen und kenne von dort her die Behandlung der polnischen Arbeiter auf dem Lande. Nach seiner Ankunft auf dem Gut Ederde habe er die Wahrnehmung gemacht, daß in kleinen, niedrigen Räumen über 70 polnische Arbeiterinnen wie Oeringe in der Sonne eingepfercht gewesen seien. Diese hätten auf Strohhallen auf dem blauen Fußboden liegen müssen. In einem vollgepflanzten Zimmer hätten auch noch zwei Kranke gelegen. Zwei Tappuskranken wären in einem Isollerraum untergebracht gewesen; in diesem seien aber auch keine Beistellen, sondern nur Strohsäcke auf dem Boden als Lagerstätte für die Kranken gewesen. Der Sorg habe offen mit der Leiche auf der Diele gefunden, um ihn herum die lamentierenden Polen. Der Friedhof sei eine halbe Stunde vom Hause entfernt und der Sorg von polnischen Arbeitern dorthin getragen. Ein Wagen sei nicht bestellt. Diese Beobachtungen hätten den Angeklagten zu dem Ausdruck veranlaßt. Der Vertreter des Anklägers — A. A. Klein-Wennigen — führte dagegen aus: Die Arbeiterkaserne in Ederde sei durchaus den polizeilichen Vorschriften entsprechend; über die Beschaffenheit dieser Kaserne würde staatliche Aufsicht ausgeübt. Es sei gar kein Wagen verlangt worden, die Leute hätten im Gegenteil gewünscht, den Sorg zu tragen. v. Heimbürg sei wiederholt persönlich bei den Kranken gewesen und habe diesen auch Wein verabreicht; er habe zur Beerdigung auch Kränze geschickt. Die Kranken seien sowohl vom zuständigen Kreisarzt als von einem Arzt aus Verdinghausen besucht worden. Der Angeklagte habe sich die Wahrnehmung berechtigter Interessen selbst abgegraben. Er sei als Fremder dort hingekommen und habe, ohne sich gründlich von der Richtigkeit seiner Anschuldigungen vorher zu überzeugen, sich in seiner exponierten Stellung zu solchen hineinreden lassen. Der Angeklagte selbst erklärte noch, er habe nicht die Absicht gehabt, Baron v. D. zu beleidigen, seine Rede sei keine Heerde gewesen; er habe die Leute lediglich trösten und auffordern wollen, auszuhalten. Das Landgericht ermäßigte das schöffengerichtliche Urteil und erkaufte auf 100 M. Geldstrafe eventuell 10 Tage Haft, ferner auf Publikationsbefehl für die Zeiter und Weiskler-Zeitung. Es führte aus: Das Gericht habe sich im wesentlichen den Urteilsgründen des ersten Richters angeschlossen. Von § 193 des Strafgesetzbuchs könne nicht die Rede sein. Strafmildernd sei aber erwogen, daß der Angeklagte von erheblichen Mißständen überzeugt gewesen sei und

daß tatsächlich auch Mißstände vorhanden waren, denn es sei un-
widergesprochen geblieben und auch bewiesen, daß kranke Mädchen
auf dem Boden gelegen hätten. Der Angeklagte habe sich im Aus-
druck betrogen und sei deshalb eine Strafe von 100 M. als ge-
nügend erachtet.

Gültige Polizeiverordnung über Arbeiterwohnquartiere.

Von sozialpolitischer Bedeutung ist ein jetzt vom Kammer-
gericht gefälltes Urteil. Der Regierungspräsident zu Stade hat unter
dem 18. März 1888 beziehungsweise 17. Oktober 1905 für seinen
Regierungsbezirk eine Polizeiverordnung erlassen, welche die Ar-
beiterwohnquartiere auf Ziegeleien und ähnlichen Betrieben be-
trifft. Es werden an die Unternehmer eine Reihe Anforderungen
in hygienischer und sanitärer wie sittlicher Beziehung gestellt.
Unter anderem wird vorgeschrieben, daß Wohn- und Schlafräume
gehörig zu reinigen und dauernd im reinen Zustande zu er-
halten sind. Der Ziegelei- oder Hüttenbesitzer in Kummund hatte seit
zwei Jahren den Arbeiter Sch. mit der Sorge für die Reinigung
betraut. Obwohl Sch. vom Landratsamt in Klumendahl zur
Beachtung jener Vorschrift schon einmal angehalten worden war,
weil eine Recherche im März einen uneinigen Zustand ergeben
hatte, fand ein Gendarm doch wieder Wohn- und Schlafräume ver-
wahrloßt vor. Asche, Papier, Kottlofschalen, Eierschalen lagen
umher und unter den Betten lag Stroh. — Der Ziegelei-
besitzer Koffini wurde deshalb wegen Hebertretung der Ver-
ordnung des Regierungspräsidenten zu einer Geldstrafe ver-
urteilt. Das Landgericht Verden als Berufungsinstanz
führte dazu aus: Die Haftung des Unternehmers werde nicht
dadurch ausgeschlossen, daß er für die Ausführung der polizeilichen
Vorschrift einen Vertreter bestellt habe. Es sei sinngemäß der
§ 151 der Gewerbeordnung anzuwenden: Wenn bei der Aus-
übung des Gewerbes polizeiliche Vorschriften von Personen über-
treten werden, welche der Gewerbetreibende zur Leitung des Be-
triebes oder eines Teiles desselben oder zur Beaufsichtigung be-
stellt hat, sei der Gewerbetreibende neben demselben strafbar, wenn
die Hebertretung mit seinem Vorwissen begangen sei, oder wenn er

bei der nach den Verhältnissen möglichen eigenen Beaufsichtigung
des Betriebes, oder bei der Auswahl oder der Beaufsichtigung der
Betriebsleiter oder Aufsichtspersonen es an der erforderlichen Sorg-
falt hat fehlen lassen. Da Angeklagter neben der Ziegelei wohne,
so hätte er selber auch die Beachtung der polizeilichen Vorschriften
kontrollieren können, und er hätte das um so mehr tun müssen,
als er durch die Aufforderung des Landrats von dem Mißstände
unterrichtet gewesen sei. Nur einmal habe er nachgesehen. Das
sei nicht genügend.

Das Kammergericht verwarf die gegen das
Urteil eingelegte Revision. Zunächst sprach es sich
über die Gültigkeit der Polizeiverordnung aus: Die Polizei-
verordnung, die unter anderem von Eshalen, Abforten für 25 Per-
sonen usw. spreche, wolle sich nach ihrer ganzen Fassung auf Wohn-
quartiere beziehen. Sie sei rechtsgültig. Anwendbar sei § 61 des
Polizeiverwaltungsgesetzes, der dem Polizeiverordnungsrecht die
Sorge für Leben und Gesundheit zumeist und wieder auf § 10 II 17
des Allgemeinen Landrechts beruhe, wonach es zu den Aufgaben
der Polizei gehöre, dem Publikum bevorstehende Gefahren ab-
zuwenden. Das Publikum in diesem Sinne könne in einer größeren
Zahl fluktuierender Arbeiter gesehen werden. Die Verordnung sei
auch richtig angewendet. Wenn ihr § 1 von einer Vertretung
spreche, so sei das mindestens ganz überflüssig. Auf jeden Fall
regle die Frage der Vertretung mit Bezug auf Polizeivorschriften
der § 151 der Gewerbeordnung erschöpfend.

Praktische Parteitätigkeit.

Unsere Parteigenossen in Halle trafen in der letzten Stadt-
verordneten-Sitzung den Antrag, den ortsüblichen Tagelohn, der
jetzt auf 2,45 M. feststeht, zu erhöhen resp. den Magistrat zu er-
suchen, die Erhöhung bei dem Regierungspräsidenten zu beantragen.
Der Antrag, der für die Arbeiterschaft von großer Wichtigkeit ist,
da nach dem ortsüblichen Tagelohn das Krankengeld, Unfallgeld usw.
berechnet wird, wurde angenommen und ist zur Nachahmung
zu empfehlen. Denn je höher der ortsübliche Tagelohn ist, um so
besser für die Rentenempfänger.

Verfammlungen.

Fahrtstuhlführer. Am Montag fand im „Englischen Garten“,
Alexanderstr. 27c, eine Versammlung der Fahrtstuhlführer Berlins,
einberufen vom Verein Berliner Hausdiener, Mitgliedschaft I, des
Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und
Arbeiterinnen Deutschlands, statt. Ein Berufscolleg referierte über
die Mißstände im Berufe der Fahrtstuhlführer. Der Vortragende
schilderte die überaus traurigen Verhältnisse, worunter die Fahrt-
stuhlführer zu leiden haben, als da sind in erster Linie überaus
lange Arbeitszeit und dafür Löhne von 60—75 M. monatlich. Zum
Vergleichen zuviel, zum Leben zu wenig. Die „reichlichen Trink-
gelder“, auf welche der Unternehmer beim Engagement hinweist,
bleiben fast immer aus, abgesehen davon, daß überhaupt die Ent-
lohnung durch Trinkgelder unmoralisch und entwürdigend ist. Dazu
kommen außerdem die täglichen Gefahren an Leben und Gesundheit,
denen die Berufscollegen ständig ausgesetzt sind. Der Aufenthalt
in den zugigen Hausdiener und Höfen erzeugt Rheumatismus und
andere Erkältungskrankheiten. Der Referent bemerkte am Schluß
seiner Ausführungen, daß diese Verhältnisse nur aus der Welt ge-
schafft werden könnten, wenn sämtliche Fahrtstuhlführer Berlins
sich einer großen festgelegten Berufsorganisation anschließen, als
welche zur Zeit der Verein Berliner Hausdiener, Mitgliedschaft I
des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrs-
arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands in Betracht käme. Um die
Agitation unter den Fahrtstuhlführern besser betreiben zu können,
wurde eine Sektionsleitung, bestehend aus 4 Kollegen, gewählt. Die
Versammlungsteilnehmer sprachen den Wunsch aus, daß im Januar
eine öffentliche Versammlung sämtlicher Fahrtstuhlführer Berlins
einberufen werden möge, um dort die diversen Kollegen, welche nach
sogenannten kleinen Berufsvereinen angehören, als da sind
„Centrum“, „Fortschritt“ usw., dahin aufzuklären, daß nur eine
große Einheitsorganisation imstande ist, die Interessen der Berufs-
collegen energischer als bisher wahrzunehmen, und dem Unter-
nehmertum baldmöglichst bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen ab-
zurufen.

Für den Inhalt der Anzeigen
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 14. Dezember.
Anfang 7 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Tristan und
Isolde.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Klein Dorrit.
Deutsches. Das Wintermärchen.
Kammerspiele: Frühling's Er-
wachen. (Anfang 8 Uhr.)
Westen. Der Freischütz.
Vorabend. Ullrich.

Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Der Hochtourist.

Schiller N. (Friedrich Wilhelm-
Theater.) Frau Inger von
Oestrot.

Neues Schauspielhaus. Die
Hochzeitsfackel.

Kleines. Ein idealer Gatte.
Berliner. Sherlock Holmes.
Neues. Die Gondottieri.
Komische Oper. Lakmé.
Zentral. Der Kaktusbinder.
Residenz. Florette und Patapon.
Varietehaus. Hugenotten.
Deutsch-Amerikanisches. Im
wilden Westen. Herr Hauptmann
v. Köpenick.

Thalia. Eine lustige Doppelhe.
Luisen. Viel Lärm um nichts.
Bernhard Rose früher Carl Wolff.
Ausgewähltes.

Trianon. Wo ist der Papa? Vor-
her: Herr Dupé.

Walhalla. Spezialitäten.
Wolfs. Spezialitäten.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Kasino. Die beiden Champagnol.
Spezialitäten.

Folies Caprice. Debüt Fleisch-
mann.

Passage. Berlin boh auf! Spe-
zialitäten.

Reichshallen. Stettiner Säger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Tausendströme 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.
Sternwarte. Jubiläum. 67/68.

Ferdinand Bonn.
Berliner Theater.
Freitag, Sonnabend:
Sherlock Holmes.

Anfang 8 Uhr.
Sonntag Schauspiel T. Bismarck:
Liseolt.

Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Rantstr. 12.
Abends 7 1/2 Uhr:
Der Freischütz.

Sonnabend nachm. 3 1/2 Uhr Kinder-
vorstellung: Kleine Welle:
Kindertrauer und Weihnachtsogen.

Neues Schauspielhaus
Abends 8 Uhr:
Die Hochzeitsfackel.

Sonnabend nachm. 3 Uhr. Adrenbrödel.
8 Uhr: Die Hochzeitsfackel.

Neues Theater.
Zum 50. Male:
Die Condottieri.

Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Die Condottieri.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr
Wo ist der Papa?
Vorher: Herr Dupé.
Sonntag nachm.: Der Hausfreund.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Frühlingstage an
der Riviera.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:
Zum 138. Male:
Ein idealer Gatte.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: Nachtasyl.
Abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte.

Komische Oper.

Abends
8 Uhr:
Sonnabend und Sonntag: Pariser
Leben.
Sonntag nachm.: Hoffmanns Er-
zählungen.
Montag: Carmen.

Lorzing-Theater.

Balleiallanenstr. 7/8.
Abends
8 Uhr:
Abonnements gültig.
Sonnabend nachm. 3 Uhr Märchen-
vorstellung: Peter und Paul reisen
ins Schlaraffenland.
Abends 7 1/2 Uhr: Die Fledermaus.

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr:
Hugenotten.

Zentral-Theater.

(Opérette.) 8 Uhr:
Der Zigeunerbaron

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 31.
Zum 1. Male:
Viel Lärm um Nichts.
Aufspiel in 3 Akten v. W. Shakespears.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend 4 Uhr Kinderdarstellung:
Franz Holle.
Abends 8 Uhr: Sherlock Holmes.
Sonntag 3 Uhr: Preciosa. Abends
8 Uhr: Viel Lärm um nichts.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Florette und Patapon.

Schwank in 3 Akten v. M. Hennequin
und Pierre Weber.
Dienstag, 25. Dez., nachm. 3 Uhr:
Frou-Frou.
Mittwoch, 26. Dez., nachm. 3 Uhr:
Eine Hochzeitsnacht.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Abends 8 Uhr: Im wilden Westen
und Herr Hauptmann v. Köpenick.
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Pr.
Ueber'n großen Teich.
Sonnabend, 22. Dez., abds. 8 Uhr:
PREMIERE
Der Sorgenbrecher.

Posse m. Ges. i. 4 Akt. v. A. Philipp.

Passage-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Berlin
paß' auf!

Burleske in 3 Akten v. Leop. Cl.
Ruff von Rudolf Kellon.
In den Hauptrollen: Josefina
Dora, Pauline von Roy, Georg
Kaiser, Martin Bendix.
Außerdem: Die glänzenden
Dezember-Spezialitäten.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Hochtourist.
Schwank in 3 Akten von Kurt Kraus
und Max Real.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Mathias Gollinger.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die rote Robe.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Hochtourist.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-
Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr:
Frau Inger von Oestrot.
Schauspiel in 5 Aufzügen von Henrik
Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Doppelselbstmord.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das Lumpengindel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.

Palast-Theater.

Burgstraße 24.
Massen-Vorstellungen
— von erstklassigen Spezialitäten vom 1. bis 31. Dezember 1906 —
arrangiert von der
Internationales Artisten-Loge. E. V. Berlin.
Anfang der Vorstellungen: Sonntags 7 1/2 Uhr, wochent. 8 Uhr.

Zirkus Busch.

Heute abend 7 1/2 Uhr.
Um 9,9 Uhr: Die größte
Tiger- u. Löwengruppe,
besteht und vorgeführt vom
Dompteur Herrn Willy Peters.

Zum letzten Male:
— Mlle. Léris Loyal —
in ihrem prächtigen
Champagner-Alt
als Demimondaine
zu Pferde.

ROM. Hr. Drigh. - Kirtst-
Pantom. in 7 Bild.

Metropol-Theater

Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern
von Julius Freund. Musik von
Viktor Hollaender. Dirigent Max
Roth. In Szene gesetzt von
Direktor Richard Schultz.

Massary, Wolff, Bender,
Giampietro, Josephi,
Sonntag, 16. Dez., nachm. 3 Uhr:
Ermäßigte Preise
Auf in's Metropol.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Apollo Theater

Größter Erfolg der
Dezember-Attraktionen.
H. a.: Barra-Truppe, Hooz u. Pauly,
musik. Iom. 911. Organist.

Athletik-Klub.
36 Damen! Kunst v. 3 Einübungs-
Sonntag, 16. Dez., nachm. 3 1/2 Uhr:
Familien-Vorstellung. Halbe Preise!

Bernhard Rose-Theater

Große Auerbacherstr. 132
Abends 8 Uhr:
Ausgewiesenen.
Soziales Volkstheater in 4 Akten von
Karl Böckler.
Sonnabend nachm. 4 Uhr v. Kellon
Breiten: Hängel und Greif. Abends:
Das Käthchen von Heilbronn.

Gustav
Behrens
Theater,
Berlin O.,
Frankfurter
Allee 95.

Das vollständig neue
Dezember-Programm.
Neu! (Der Hauptmann v. Köpenick)
großer Lachserfolg. Neu!
22 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7/9.
Massen-Vorstellungen
— von erstklassigen Spezialitäten vom 1. bis 31. Dezember 1906 —
arrangiert von der
Internationales Artisten-Loge. E. V. Berlin.
Anfang der Vorstellungen: Sonntags 7 1/2 Uhr, wochent. 8 Uhr.

Zirkus Schumann

Heute Freitag, den 14. d. M.,
abends präglie 7 1/2 Uhr:
Vorwiegend humoristisches
Programm.
Sämtliche Clowns und Auguste mit
ihren neuesten Wägen. Ferner:
Will. H. Hill
das Phänomen.
Die hochinteressante Truppe der
Moki-Indianer
sowie die
großartigen neuen Spezialitäten.
Um 10 Uhr zum 50. Male:
Ein Tag in Monte Carlo.
Sonntag: 2 Malendorf, nachm. 3 1/2 Uhr
(ein Kind frei) und abends 7 1/2 Uhr.

Brunnen-Theater

Direktion: Bernhard Rose.
Gesundbrunnen. Badstraße 58.
Am Altar.
Zeitgemäße in 5 Akten.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetverkauf von 10—2 Uhr an
der Theaterkasse.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Stets erstklassige Künstlerleistungen.
Nach der Vorstellung: Gr. Tanz.
Langzeitung: S. Sachse
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Hill. Oranienstr. 16.
Zum letztenmal:
Königin Luise.
Vaterl. Schauspiel in 3 Akten mit
einem Schlußbilde.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend große Extravaganza,
zum erstenmal: Genoviva.

Walhalla- Variete-Theater.

Weinbergsweg 19/20
Am Rosenthaler Tor.
Eine Varieté-Vorstellung
einzig in ihrer Art.
60 internationale Artisten 60.
Unter anderem:
Die 12 Akrobaten Ford
in ihren phänomenalen Vorführungen
Spielen mit 3 Tonnen und Stein.
Anfang 8 Uhr.
Ronden überall gestattet.

WINTERGARTEN

Vorletztes Gastspiel:
Ruth
St. Denis.

Sonntag, 16. Dezember: I. Auftreten
SAHARET.

Kasino-Theater

Lothringerg. 7. Täglich 8 Uhr:
Corradini Berlin's Liebling.
Barsikow x Ellmann Duo.
Dazu: Großer Lachserfolg.
Die beiden Champagnol.
Sonntag 4 Uhr: Alexander der Große.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Säger.
Zum Schluß: Neu!
Christmarkt.
Anfang
Sonntags
8, Sonntags
7 Uhr.

Buggenhagen

Horitzplatz.
Jeden Freitag:
Gustav Gottschalks
populäre Konzerte.

Uhren- und Goldwaren-Ausverkauf.

Wegen Auflösung des seit 40 Jahren bestehenden Geschäfts, beste Ge-
legenheit, gut und billig zum Weihnachtsfest einzukaufen. Große Auswahl in
Uhren, Ketten, Ringen, Broschen usw., Preiswägen und Weder.
Um das Lager schnell zu räumen werden sämtliche Waren zum Ein-
kaufspreise abgegeben.
Beim Einkauf von 20 Mark erhält jeder Käufer
einen goldenen Ring gratis.
E. Schütze Nchf. P. Grunow, Berlin, Brunnenstr. 162.

Blitz-Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72,
Station im Hause. Vortreffliche Weingenträge. Günstig:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für torpente Herren passend.
Dieselben sind von seinen Kassieren und Reserven, die nur einen
Monat ihre Garderobe tragen. 6952*
Fahrgeld wird vergütet. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Das größte Brot! 6 Stück 10 Pf

Albrechts Bäckereei:
Krautstr. 19, Wrangelftr.
Lausitzerstr. 2, Finkensteins. 2.
Zentrale: Boxhagenstr. 13. Plückerhalle 222/223, Andreasstr. 10/10.

H. Zimmermann

Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung.
Eigene Werkstatt für Reparatur u. Reparatur.
Stroeng reell — Billigste Preise.

Folies Caprice

Liniestr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Dir. Felix Berg.
Heute:
Debüt Fleischmann!
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf von
10—2 Uhr u. b. Wartholm.

Sanssouci, Kottbuser Straßee 4a.

Direktion Wilhelm Reimer.
Jeden Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsch. Säger
und Tanzkränzen.
Wiedergefunden!
Weihnachtskond. in 1 Akt.
Sonntag Beginn 5, Montag 8 Uhr.
Dienstag, 18. Dez.: Letzter Theater-
abend vor Weihnachten.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Das urkomische
Dezember-Programm.
Neu! Im Konjunktiv! Neu!
D' Woudschneider.
Beste Wiener Schrammeln
und sechs erstklassige Gesangskräfte.

Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)
Theater lebender
Photographien mit
abwechslndem
Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Filma-
Fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Lassen Sie sich nicht
durch ungläubliche Reklame verleiten
und kaufen Sie keine billige Zither, die
keine Stimmung hält. Ein solches Instru-
ment ist etwas fürs Auge, aber wertlos.

Wollen Sie wirklich Freude haben,
dann kaufen Sie sich die echte
**Menzenhauer
Guitarzither**

mit unterlegbaren Noten, welche
jedermann sofort spielen kann.
Über 1 Million im Gebrauch.
Preis M. 20.00 u. M. 25.00.
Versand franko mit schriftlicher
Garantie für 1 Jahr.

Zu haben in jedem besseren Musikhaus
oder direkt bei
Menzenhauer & Schmidt, Berlin,
Spittelmarkt 15.
Bei Einsendung dieses Inserates erhält jeder Käufer einer Guitarzither
12 Noten gratis.

Platten-Sprechmaschine
mit 10 Stück 20 cm großen Platten 13 Mk.
Große zweifelhafte Platten . . . 2 Mk.
Große einseitige Platten . . . 40 Pf.
Zählende Rührer, moderner Saiten.
Nähmaschinen 45 Mk. Fahrräder 59 Mk.
Verkaufskatalog umsonst und postfrei.

Berlin 210.
Görlitzerstraße 15.
Multiplex-Fahrrad-Industrie.

Möbel-Fabrik und Lager kompletter
Wohnungs-Einrichtungen
zu Fabrikpreisen - Eigene Werkstätten - empfiehlt
Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbuser
Tor.

Zum Weihnachtsfeste!!!
kaufen Sie entschieden am vorteilhaftesten
Auf Teilzahlung! Wöchentlich nur
1 M. Große Auswahl in
Herren- u. Damen-Uhren, Stand-
Uhren, Regulatoren, Ringe,
Broschen, Koffen, Menzenhauer
Zithern, Phonographen,
Plattensprechmaschinen, Spiel-
dosen, Harmonikas, Mandolinen,
Geigen etc. Verkauf v. Platten,
Noten, Edison-Walzen.

Jahre & König, Warschauerstraße 72 I. Etage und
Reinickendorferstraße 101 I. Etage
(nahe Bahnhof Wedding).

Achten Sie bitte genau auf unsere Firma.

Fluss- und Seeisch-Handlung
jetzt Weidenweg 37

Rob. Richter

Mein seit 6 Jahren
Petersburgergrasse 8
bestehendes Fischgeschäft
habe nach
Weidenweg 37
verlegt.

Hygienische Bedarfsartikel
Neuheit
Kiebert, Reichenbergerstr. 3.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41.
Spezialarzt für
Haut- und Halsleiden.
10-2-5-7. Sonntag 10-12. 2-4.

Oscar Arnold
Hüte, Mützen und
Pelzwaren
Engros! Export!
Dresdenerstr. 116
(im Laden).

Einzelverkauf!
zu sehr niedrigen Prei-
sen, circa 100 ver-
schiede-
bene Sorten Kolliers
und Stolas in allen
modernen Pelzarten.
Großes Lager in
Muffen, Kinder-Garni-
turen, Herren und
Knaben-Kragen und
Pelzmützen.

**Stola
Muffen**
etc. etc.
Nur eig. Fabrikat.
Billige Preise.
Große Auswahl.
Spez.:
Pelz-Jacken
nach Maß.
C. Hornung,
Kürschnermeister,
Alte Jakobstr. 87, III
Verkauf auch Sonntag.

Marga Zimmermann
Wild * Geflügel * Fische
Belle Alliance-Platz 6a.
!! Nirgendso kaufen Sie besser!!

**Arbeiter-
Berufs-Kleidung**
I. Spezial-Geschäft
nur
3 Mühlendamm 3.
II. Geschäft: Kottbuserdamm 95.
Adolf Wecker.

Kein Laden, nur 1 Tr. Preisliste franko. Kein Laden, nur 1 Tr.

Reellste, direkte und billigste Zigarren-Engros-Bezugsquelle!

Tom Morton
Original 6 Pf.-
Zigarre
mit u. pikant
100 St. M. **4.35**

Kl. Mexico 100 St. M. 2.75 Flor de Eminante, mild, 100 St. M. 4.— Isl. Andros Mexico, vors. 100 St. M. 4.35
Preferida, 5 Pf.-Zig. 3.— Now Cuba, 11.7 Pf.-Zig. 4.50 Mercedes, hochfein 5.—
Havana Star mild 3.50 Diadema, zart mild 4.50 Senta, 10 Pf.-Zigarre 6.—
Verkauf nicht unter 100 St. — 300 St. franko Deutschland Nachnahme. — Nichtzusagendes erbiten zurück.
beste Qualitäten, zu 25 St. — 90 1.— 1.25 1.35 1.50 1.75 2.— usw.
eleganteste Ausstattung zu 50 St. 2.— 2.25 2.50 2.75 3.— 3.25 usw.
Zigarren-Fabrik-
Engros-Lager, **Spandauer Brücke 7** I. Tr.
Czollek & Geballe, Berlin C. Zweites Haus vom Hackeschen Markt.

Geschäft bis 10 Uhr abends. — Sonntags bis 8 Uhr abends.

Carl Stier
Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe
Berlin SO. Berlin W.
Oranienstr. 166. Potsdamerstr. 113a.
Potsdam, Nauenerstr. 23.

Winter-Paletots
von Eskimo, Cheviot oder Melton, marengo oder bräunlich
meliert, kariert, gestreift oder schwarz, mit Plaidfutter, Seide
oder Plüsch gefüttert. 18, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50 bis 70 Mk.

Ulster
von streng modern gemusterten
Stoffen
35, 40 und 45 Mk.

Pelerinen - Mäntel
v. schwerem Loden oder Cheviot,
schwarz, marengo oder dunkelgrau
25, 35, 40 bis 60 Mk.

Kaisermäntel
v. vorzüglichem Loden, marengo,
mittelgrau oder olive,
25, 30 und 40 Mk.

Jackett-Anzüge
von streng modern gemusterten
Stoffen u. schicker, vornehm Form
17, 20, 25, 30, 35, 40, 45
und 50 Mk.

Rock-Anzüge
einreihige, moderne Form, schwarz
oder farbig.
27, 33, 38, 43, 48, 53 Mk.

Gehrock-Anzüge
von schwarzem Tuch, Rips, Satin
od. Tuch-Kammgarn. Vollständig
Ersatz für Maßanfertigung.
30, 36, 42, 48, 54, 60 u. 66 Mk.

Zur Verarbeitung gelangen nur auf Haltbarkeit geprüfte
Stoffe mit bewährten Zutaten. Der Schnitt ist der neuesten
Mode entsprechend und worden etwaige kleine Mängel im
Sitz ohne Berechnung sorgfältig abgeändert.

**Knaben- u. Jünglings-Anzüge,
Paletots, Pelerinen, Joppen und Hosen**
sind in den modernsten und kleidsamsten Passons gearbeitet
und bieten ich darin eine riesige Auswahl für jedes
Alter vom einfachsten bis elegantesten Genre. Ganz
besonders mache ich auf die tadellose Passform und
die geschmackvolle Ausführung aufmerksam.

Die Preise sind billig, streng fest und sind auf dem Etikette
deutlich durch Zahlen vermerkt.

Nach außerhalb sende ich Muster und Maßanleitung, doch
bitte ich, die ungefähre Preislage und Gattung des gewünschten
Kleidungsstückes anzugeben. 3221.*

Arbeiter-Bekleidung

Größtes Spezialgeschäft
Kohnen & Jöring
Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12
zwei. Alexanderpl. u. Jannowitzbr.
2. Geschäft: Landsberger Allee 148,
Ecke Lanpenbeckstraße.
Berufskleidung
f. alle Zweig d. Industrie u. Gewerke.

Die allerbeste Puppe
erhält man, wie seit Jahren bekannt, in der
Puppen-Fabrik Otto Kreyszig
jetzt nur **Brunnenstr. 83** früher
Billigste Preise! Reparaturen von Ersatzteilen gratis.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berliner Wahlkreises.**

Todes-Anzeige.
Am 11. d. Mts. verstarb unser
Mitglied, der Kupferschmied
Friedrich Köhn
(Walpurgisstr. 7).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonn-
abend nachmittags 4 Uhr von der
Kapelle des Philippus-Kloster-
Friedhofes, Müllerstraße, aus nach
dem Charité-Friedhof statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Verband der Kupferschmiede
Deutschlands.**
Filiale Berlin.
Am 11. d. Mts. verstarb an
Herzschwäche unser Mitglied
Friedrich Köhn
im Alter von 29 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. d. Mts.,
nachmittags 4 Uhr, von der
Kapelle des St. Philippus-Kloster-
Friedhofes, Müllerstr. 44/45, aus
statt. 100/4
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein
Rixdorf.**

Todes-Anzeige.
Den Mitglidern zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Kohlen-
händler
Josef Breska
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des neuen
Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer
Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Verband der Buch- und
Steindruckerei-Hilfsarbeiter u.
Arbeiterinnen Deutschlands.**
Ortsverwaltung Berlin.
Zahlstelle II.
Todes-Anzeige.
Am 12. Dezember starb nach
schwerem Leiden unser Mitglied,
der Kollege
Gustav Paschke
im 38. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken be-
wahrt ihm
Die Zahlstelle II. Berlin.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. Dezember d. J.,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Gnamms-Fried-
hofes, Rixdorf, aus statt.

**Verband
deutscher Gastwirtsgehilfen
(Ortsverwaltung Berlin).**
Am Dienstag, den 11. Dezember
ist unser Mitglied
Franz Görling
nach kurzem Krankenlager ver-
storben. 298/10
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, den 15. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Verband
deutscher Gastwirtsgehilfen
(Ortsverwaltung Berlin).**
Am Dienstag, den 11. Dezember
ist unser Mitglied
Franz Görling
nach kurzem Krankenlager ver-
storben. 298/10
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, den 15. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Vereinigung der Maler,
Lackierer, Anstreicher
und verwandter Berufenen.**
Filiale Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Maler
Robert Weinschenk
am 12. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag,
den 16. d. Mts., nachmittags
3 Uhr, vom Krankenhaus Roßb.,
Eingang Dierckstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
126/11 Die Ortsverwaltung.

Zurückgekehrt von dem Grabe, das
sich soeben über unsern unergelichen
Walter geschlossen, ist es uns Herzens-
bedürfnis, allen denen unseren tief-
gefühltesten Dank auszusprechen, die
ihre das letzte Geleit gegeben und
uns dadurch ihre Teilnahme in so
reichem Maße bewiesen haben. Be-
sonderen Dank noch dem Gefassen
Waldes Wanaße für seine treuherzi-
gen Worte am Sarge der feuren Ent-
schlafenen. 303B
Berlin, 13. Dezember 1906.
Geschwister Schultze.
L. Jacobowski.

**Verband d. baugewerblichen
Hilfsarbeiter Deutschlands.**
Zweigverein Berlin u. Umgegend.
Bezirk Wedding.
Den Mitglidern zur Kenntnis,
dass der Kollege
Otto Brandt
am Sonntag, den 9. d. M., frei-
willig aus dem Leben geschieden ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle des neuen Rixdorfer-
Friedhofes, Berlinerstraße, Reichen-
dorf, aus statt. 48/4
Um rege Beteiligung ersucht
Der Zweigvereins-Vorstand.

**Allgemeine Kranken- und
Sterbekasse der Metallarbeiter**
(E. S. 23.) Filiale Tempelhof.
Am 12. Dezember verstarb unser
Mitglied, der Klempner
Julius Ballwey.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 16. d. M., nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des Mariendorfer Friedhofes
in Mariendorf, aus statt.
3125 Die Ortsverwaltung.

Statt besonderer Meldung!
Allen Freunden, Bekannten und
Bewandten die traurige Mit-
teilung, dass mein lieber Mann,
unser guter Vater, Bruder und
Schwager, der Gerber
Wilhelm Otremba
am Dienstag, den 11. d. Mts.,
nachts, nach schwerem Leiden ver-
storben ist.
Die Beerdigung findet Sonntag
nachmittags 2 Uhr vom Kranken-
haus am Friedrichshagen aus nach
Wilhelmsberg statt. 32915
Die trauernden Hinterbliebenen
Jda Otremba und Sohn.

Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten die traurige Nach-
richt, dass am 12. d. Mts., morgens
5 Uhr, meine liebe Frau, unsere
gute Mutter, Schwieger- und
Großmutter
Marie König geb. Senz
am Schlaganfall verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonn-
abend, den 15. d. Mts., nachmittags
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Zentral-Friedhofes (Friedrichs-
hagen) aus statt. 3076
Um stille Beileid bittet im
Namen der Hinterbliebenen
Aug. König, Putzer.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben unvergesslichen Mannes, des
Schlossers **Franz Lampe**, sage
ich allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem, sowie den Kollegen und
Genossen des sechsten Bezirks
meinen innigsten Dank. 306B
Witwe Auguste Lampe geb. Klüter.

Die mir erzeigte Teilnahme am
Grabe meines Mannes von allen
Verwandten, Freunden und Be-
kannnten, dem Antecessorenverein der
Produktionshändler und -Händlerinnen,
ebenso den Kollegen der Firma
A. Weichsel hat mich tief gerührt und
fördere ich hiermit meinen herzlichsten
Dank an.
Witwe Albertine Schrei
geb. Steltzer nebst Sohn,
308B Brandenburgstr. 48.

Dankfagung.
Allen denen, welche mir bei der
Beerdigung meines lieben Mannes,
des Dandlers
Wilhelm Breyer
sowohl durch die überaus zahlreiche
Beteiligung wie durch reiche Blumen-
spenden in so herzlich Weise ihre
Teilnahme erwiesen haben, sage ich
hiermit meinen besten Dank. 309B
Ww. Marie Breyer geb. Heier.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
unvergesslichen Mannes, unseres guten
Vaters, Bruders, Schwiegerohnes
und Schwagers
Wilhelm Iden
sagen wir allen, insbesondere den
Mitglidern der Wahlvereine für
Nähenden und Wieder-Schönhaufen,
der Filiale der Töpfer, des Zentral-
verbandes der Maurer, des Ver-
bandes der Fabrik-, Land- und Düng-
arbeiter, dessen langjähriger Kassierer
der Verstorbene war, dem Arbeiter-
Radfahrer-Verein und dem Gesan-
gsverein „Gemütsheil“ für die inn-
reichen Gesänge als auch für die
reichen Kranzspenden unseren herz-
lichsten Dank.
Nähendes, im Dezember 1906.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Martha Iden nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die Beweise herzlichster Teil-
nahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, Vaters **Franz Loehs**
sagen wir allen Verwandten, Freun-
den und Bekannten sowie den Kollegen
der Firma Beck u. Cloppenburg, den
Kollegen des Verbandes der Schneider
und Schneiderrinnen unsern herz-
lichsten Dank. 3065
Emille Loehs nebst Tochter.

Bevor Sie kaufen
beachten Sie bitte meine Riesen-Auswahl in
Uhren, Brillanten, Gold und Silberwaren
in den neuesten und modernsten Mustern und zu ganz auffallend billigen Preisen.
Brunnenstr. 112 Rud. Plunz, Brunnenstr. 112
Ecke der Voltastraße. vis-a-vis der Lortzingstraße.

Achtung! Zentral-Vorstand des Verbandes sozial-demokratischer Wahlvereine Groß-Berlins.

Heute Freitag, den 14., abends 8 Uhr präzise:

Sitzung bei Augustin.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt nötig.

Der geschäftsführende Ausschuss.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Heute, Freitag, den 14. d. M., findet im Volkshaus die Fortsetzung des Vortragszyklus über „die Einführung in die Ideen des Sozialismus“ statt. Anfang 8 1/2 Uhr. Gäste willkommen. Der Vortrag ist unentgeltlich. Der Vorstand.

Trebbin. Sonnabend, den 15. Dezember c., abends 8 1/2 Uhr, Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Jahresbericht. 3. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. 4. Renaustrafnahmen. 5. Verschiedenes. Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist vollzähliges Erscheinen notwendig. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Konflikt — auch im Stadtparlament?

Reichstagsauflösung! Unter dem Eindruck dieses Ereignisses stand die gestrige Sitzung der Stadtverordneten. Kurz nach dem Beginn der Sitzung gelangte die Kunde in den Saal, und mit Bindeseile verbundene sie sich durch die Reihen. „Der Reichstag ist aufgelöst!“ Einer rief es dem andern zu, und überall bildeten sich Gruppen, die die Nachricht besprachen. Die freisinnigen Stadtväter machten ernste Gesichter; sie wissen, wie wenig diesmal bei den Neuwahlen für den Freisinn zu holen ist. Als Genosse Singer den Saal betrat, wurde er von den Mitgliedern unserer Fraktion lebhaft begrüßt. Auch Freisinnige gestellten sich zu der Gruppe, die sich um ihn bildete. Ein paar Tribünenbesucherinnen, die die Begrüßung mitansehen, deuteten sie als Gratulation. „Warum gratulieren die denn alle dem Singer?“ fragten sie erstaunt. Die ahnungsvollen Engel! Die Sozialdemokratie kann sich in der Tat gratulieren zu diesen Neuwahlen — zu keinem günstigeren Zeitpunkt konnte uns diese Reichstagsauflösung kommen.

Konfliktluft war vom Königsplatz nach der Königstraße hinübergeweht — Konfliktluft herrschte auch während der gestrigen Verhandlungen unseres Stadtparlaments. Der Streit um die Regelung der Lehrergehälter, der seit ziemlich zwei Jahren zwischen dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung geführt wird, kam diesmal zu einem so heftigen Ausbruch, wie ihn mancher hier für unmöglich gehalten haben dürfte. Der Antrag Cassel-Rosenow wollte dem Magistrat eine Brücke bauen, mit deren Hilfe man zu einer Einigung kommen könnte, aber Herr Kirchner, der in der Frage der Lehrergehälter den gesamten Magistrat hinter sich hat, blieb unbeugsam. Herr Cassel, der als erster Redner für den Antrag sprach, bat in den beweglichsten Worten um ein klein bißchen Gegenkommen. Herr Rosenow, der gleichfalls zur Begründung des Antrages das Wort nahm, empfahl ihn mit dem offenen Geständnis, seine Annahme werde vor allem „un s“, d. h. der Stadtverordnetenversammlung, Ruhe vor den Lehrern schaffen. Am Magistratsstisch blieb alles stumm! Herr Preuß wies hin auf dieses vielstimmige Schweigen. Genosse Singer spöttelte, vielleicht wolle der Magistrat erst die Stimmung der ganzen Versammlung kennen lernen. Wie die sozialdemokratische Fraktion über die Frage der Lehrergehälter denkt, das sagte Singer denn auch mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit. Wir wollen, so führte er aus, den Lehrern eine ausreichende Befoldung geben, die sie vor Sorgen schützt und ihnen die Berufsfreudigkeit erhält. Daß die Lehrer sich mit den nur mäßigen Vorteilen, die ihnen der Antrag Rosenow-Cassel bringen würde, völlig zufriedengeben, das könne und solle man nicht von ihnen fordern. Warum wolle man es ihnen verübeln, daß sie eine immer weitere Besserung ihrer Gehaltsverhältnisse anstreben? Dieser Appell an die „Vergehlichkeit“ ging selbst den Freunden des Antrages Rosenow-Cassel zu weit. Herr Kirchner erhob sich aber erfüllte er mit Entsetzen. Ernst und feierlich sprach er über die Oberbürgermeister, um die Meinung „nicht des Magistrats“, sondern „nur seiner eigenen Person“ vorzutragen. Seine Rede war ein eigenartiges „Ich will nicht!“ — und in ungeheurer Weise drohte er mit einem Konflikt. Herr Rosenow beistimmte dem Magistrat seine Bundesgenossenschaft anzubieten. Herr Cassel aber antwortete dem Oberbürgermeister mit der Erklärung: „Ich beuge mich nicht!“ Den Mehrheitsführer in der Opposition zu sehen, das ist ein seltenes Vergnügen. Herr Cassel spielte die ihm zugefallene Rolle so gut, daß er jetzt plötzlich erklärte, die Stadt habe ja für die Lehrer bisher noch gar nicht so viel getan. Wenn's ihm in den Aram vorkommt, pflegt dieser Herr bekanntlich zu behaupten, daß für die Lehrer schon mehr als genug getan worden sei. Nach dem Duell Kirchner-Cassel zog die Debatte sich noch eine Weile hin. Herr Kirchner erkannte wohl, daß er sich verkannt hat, doch er gab's nicht zu. Singer stellte fest, daß eine etwaige Verzögerung der Gehaltsregelung lediglich dem Magistrat zur Last fallen werde. Die Abstimmung ergab Annahme des Antrages mit 81 Stimmen gegen 18 — ein starkes Nichtvertrauensvotum

für den Magistrat. Wird er sich die Sache noch einmal überlegen — oder fest bleiben?

Der Reichstag ist aufgelöst! so schallte es gestern durch die Straßen Berlins. Die Extrablätter, die der „Vorwärts“ und einige andere Zeitungen über diesen plötzlichen politischen Vorgang verbreiten ließen, wurden den Verteilern fast aus den Händen gerissen. Diesen schon tagelang die im Reichstage gepflogenen Debatten über die Kolonialfrage, die Fleischnotinterpellation und vor einigen Wochen über den Gesetzentwurf zur Rechtsfähigkeit der Vertriebenen die Bevölkerung zur innigen Teilnahme am politischen Leben wach, so war die gestrige Kunde geradezu eine Liebertaschung. Der deutsche Michel hatte sich bald schon gewöhnt an das Ja und Amen zur deutschen Politik. Nur die sozialistisch denkende Arbeiterklasse ist an den elenden Zuständen großend vorübergegangen. Da plötzlich bietet ihr dieses Ereignis die Möglichkeit, eher, als es sonst geschehen konnte, abzurechnen mit dem heutigen Kurs, wiederum eine kräftige Antwort zu geben auf das Treiben unserer herrschenden Klassen. Das immer festere Schürren des Hungerriemens durch eine Interessenclique hat die Arbeiterklasse bereits zur vollsten Empörung gebracht. Sie ist es denn auch, die diese Auflösung des deutschen Parlaments mit Freuden begrüßt. Die Freude am Kampf, am Klassenkampf war es, die ausgelöst wurde. Gibt uns doch der bevorstehende Wahlkampf Gelegenheit, die Massen aus ihrer Passivität aufzurütteln und ihnen ihre Klassenlage vor Augen zu führen. Unsere Genossen trifft dieses Moment nicht unvorbereitet. Soweit Berlin und die beiden Vorortkreise in Frage kommen, sind die Organisationen geschlossen und jederzeit bereit, den Kampf, den wir ohnehin ständig führen, in verstärktem Maße fortzuführen. Jetzt gilt es an die Arbeit zu gehen, für den Sozialismus zu werden und den Kampf anzunehmen für eine bessere Volksvertretung.

Die Heimstätten der Stadt Berlin

wurden im vorigen Sommer endlich wieder um eine vermehrt, so daß ihre Zahl auf sechs stieg. Die sechste Heimstätte, diejenige in Buch, war für lungenkranke Männer bestimmt. Seitdem stehen zur Verfügung: zwei Heimstätten für lungenkranke Männer (Gütergoh und Buch), zwei für lungenkranke Frauen (Wanzenfelde und Malchow), eine für genesende Männer (Heinersdorf), eine für genesende Frauen (Wanzenburg).

Durch die Eröffnung der Heimstätte Buch konnte natürlich nur die ältere Heimstätte Gütergoh entlastet und lediglich den lungenkranken Männern eine zeitigere Aufnahme ermöglicht werden. In den übrigen Heimstätten hat sich nichts gebessert. Noch immer bleibt in ihnen die Zahl der Betten hinter dem Bedürfnis zurück, noch immer müssen lungenkranke Frauen und auch genesende Männer und genesende Frauen in den Sommermonaten viele Wochen warten, ehe sie in den für sie geeigneten Heimstätten Aufnahme finden können. Der Mangel ist dort begreiflicherweise von Jahr zu Jahr fühlbarer geworden. Besonders für die Heimstätten der lungenkranken Frauen haben sich schlimme Zustände herausgebildet — nicht minder schlimm als diejenigen, die bis zum vorigen Sommer für die Heimstätte der lungenkranken Männer bestanden hatten.

Der vom Heimstättenkuratorium erstattete Verwaltungsbericht für das letzte Jahr, das Etatsjahr 1905 (1. April 1905 bis 31. März 1906), liegt jetzt vor. In Gütergoh und Buch wurden zusammen 1279 lungenkranke Männer versorgt und 58 941 Verpflegungstage geleistet, während im Etatsjahre 1904 Gütergoh nur 750 Kranke und 35 651 Verpflegungstage gehabt hatte. Hierbei ist zu beachten, daß die Heimstätte Buch nach ihrer im August 1905 erfolgten Eröffnung zunächst auf Monate hinaus nicht mal voll besetzt wurde. In einer annähernd vollen Belegung kam es erst im Frühjahr 1906. Im März wurden dann in Gütergoh und Buch zusammen 706 Verpflegungstage geleistet, während im März des vorhergehenden Jahres Gütergoh nur 3083 Verpflegungstage hatte leisten können. Dafür standen Mitte März vorigen Jahres auf der Liste der Vorgemeldeten 150 Männer, aber Mitte März dieses Jahres keiner. Im Jahre 1905 war in den Sommermonaten die Zahl der Vormeldungen gelegentlich über 200 hinausgegangen, in dem laufenden Etatsjahr 1906 (auf das der Bericht sich noch nicht erstreckt) erreichte sie Mitte Mai ihr Maximum mit 83, was freilich auch noch genug ist.

Das Gegenstück von Gütergoh und Buch bilden jetzt Wanzenfelde und Malchow. Im Etatsjahr 1905 konnten sie zusammen 1399 lungenkranke Frauen versorgen und 61 940 Verpflegungstage leisten, im vorletzten Etatsjahr hatten sie 1280 Kranke versorgt und 57 270 Verpflegungstage geleistet. Die Zahl der Verpflegungstage hat hier nicht mehr sehr erheblich zugenommen. Eine weitere Steigerung ist nur möglich, wenn die Heimstätten auch im Winter noch mehr aufgeschwemmt werden. In den Sommermonaten ist die Zahl der vorgemeldeten lungenkranken Frauen so groß, daß man noch zwei bis drei Heimstätten damit füllen könnte. Im vorigen Jahre wurde Mitte Juli mit 147 Wartenden das Maximum erreicht, in dem laufenden Etatsjahre 1906 um dieselbe Zeit warteten 261 Frauen auf Aufnahme.

Auch in der Heimstätte Heinersdorf für genesende

Männer ist im letzten Sommer die Aufnahme zeitweise recht schwierig gewesen. Heinersdorf versorgte im ganzen Etatsjahr 874 Männer an 23 692 Tagen, im Jahre vorher hatte diese Heimstätte nur 808 Kranke gehabt und 21 225 Tage geleistet. Gering war diesmal die Frequenzzunahme in der Heimstätte Wanzenburg für genesende Frauen. Dort wurden 734 Frauen an 20 693 Tagen versorgt, während im vorletzten Jahre sogar 738 Frauen versorgt, aber allerdings nur 20 378 Tage geleistet worden waren. Diese Heimstätte kann ihre Leistungsfähigkeit schwer noch steigern, wenn nicht die Winterkuren mehr als bisher üblich werden. In den Sommermonaten hat sie schon seit Jahren mit sehr starkem Andrang zu kämpfen. Wann die für Wanzenburg beschlossene neue Heimstätte fertig wird, kann heute niemand wissen.

Die Notwendigkeit, Heimstätten zu schaffen und die vorhandenen rechtzeitig zu vermehren, wird vom Magistrat und der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit nur sehr widerwillig anerkannt — und eine Verpflichtung hierzu wird von jener Seite überhaupt bestritten. Das ist begreiflich; denn die Heimstätten gehören — mehr noch als die Krankenhäuser — zu denjenigen Einrichtungen einer Kommune, von denen die besitzende Klasse nicht für sich selber direkten oder indirekten Nutzen erwartet. Unter den 3870 Personen, die im letzten Jahre von den sechs Heimstätten neu aufgenommen wurden, waren nur 105 Selbstzahler. Für 3095 Personen wurden die Kosten von Krankenkassen getragen. Die übrigen wurden zum größeren Teil auf Kosten der Armenverwaltung oder der Baupfandemission, zum geringeren auf Kosten von Stiftungen und Vereinen oder des städtischen Freistellensfonds versorgt.

Es sind fast ausnahmslos Personen aus der unbemittelten Bevölkerung, die in den Heimstätten Erholung und Genesung suchen, vor allem die von ihren Krankenkassen dort untergebrachten Arbeiter und Arbeiterinnen. Bemittelte Leute gehen in private Sanatorien und Pensionate.

Wofür Sankt Bureaucratius nicht zu sorgen hat.

Der Drohküchler St. erhielt wegen einer am 22. Januar stattgefundenen Straßenpolizeiintervention in Berlin eine Strafverfügung in Höhe von 15 M. Geldstrafe eventuell 5 Tagen Haft. Da mit Anträgen auf richterliche Entscheidung viel Scherelei verbunden ist, unterließ der Aufscher weitere Maßnahmen gegen die Polizeistrafe. Da er über überschüssiges Geld nicht zu verfügen hat, brummte er die 5 Tage Haft in der Stadtvogtei ab. Am 30. Juni verließ er die gastlichen Räume. Im August verhaftete ihn ein Schuttmann wegen abermaliger Verhöhnung von 5 Tagen Haft. Vergeblich protestierte der Aufscher und wies seinen „Sig“-Anwalt vor. Der Schuttmann fand, das Mißgeschick stimme nicht. Der Verhaftete protestierte auch auf der Polizei! Darauf wurde er nach dem Kriminalgericht mittels grünen Wagens geführt. Hier wurden Allen nochgeschlagen: zurück ging's zur Stadtvogtei. Dort mußte der Aufscher trotz allen Protestes abermals fünf Tage absitzen. Am 20. August, also sechs Tage nach seiner Verhaftung, wurde er entlassen.

Der Aufscher beschwerte sich bei dem Polizeipräsidenten, daß er eine Strafe doppelt habe absitzen müssen. Darauf erteilte ihm das Amtsgericht folgenden auffallenden Bescheid:

Verfügung in der Strafsache o/a St. 144/146 C. 245. 06.

Auf Ihre an uns zu Ihrer Vernehmung abgegebene Eingabe an das Polizeipräsidentium wird Ihnen folgendes eröffnet: Allerdings sind Sie wegen des Vorfalls vom 22. Januar 1906 zweimal bestraft: in 146 C. 883. 06 und 146 C. 245. 06. Sie haben auch in beiden Sachen die Strafe (mit je fünf Tagen Haft) verbüßt. Sie haben sich die doppelte Bestrafung selbst zuzuschreiben, da Sie nicht Einspruch gegen den zweiten Strafbefehl erhoben haben. Das Gericht oder eine andere Behörde trifft keine Schuld. Veranlassung zu der Doppelbestrafung ist, daß der Schuttmann Siebenau zwei Anzeigen gegen Sie erstattet hat: eine an das Verkehrsinspektariat, die andere an Abteilung VI des Polizeipräsidentiums. Beide Anzeigen sind dann an die Amtsanwaltschaft zur Verurteilung Ihrer Verurteilung weitergegeben worden. Bei der großen Menge der bearbeiteten Sachen konnte natürlich nicht bemerkt werden, daß wegen derselben Sache zwei Verfahren gegen Sie schwebten.

Berlin, den 15. November 1906.

NW. 52, Werkstr. 7.

Hgl. Amtsgericht Berlin-Mitte Abt. 144, gez. Bagler.

Das ist denn doch des Guten zu viel: Der Schuttmann erstattet an zwei Stellen Anzeige. Die Amtsanwaltschaft prüft und verfolgt beide Anzeigen pflichtschuldigst — also ist „natürlich“ nicht bemerkt worden, daß wegen derselben Sache zwei Verfahren schweben. Dem Mann ist nur ein Strafbefehl zugegangen. Aber selbst wenn ihm wegen derselben Tat zwei Strafbefehle fahrlässigerweise zugesandt wären, so hätte nicht er sich die doppelte Bestrafung zuzuschreiben, sondern die Beamten wären offensichtlich schuld, die erlitten wegen ein und derselben Tat zweimal einschritten, ferner den Mann verhaften und endlich trotz Protestes des Aufschers die Strafe doppelt verbüßen ließen.

Der Aufscher machte nach Empfang der oben wiedergegebenen Verfügung abermals eine Eingabe, diesmal an das Gericht direkt. Dies ließ dem Aufscher nur folgenden Bescheid zuwenden:

Auf Ihre Eingabe vom 23. November 1900 teilen wir Ihnen mit, daß das Gericht jedenfalls keine Schuld trifft und daher vom Strafrichter nichts veranlaßt werden kann.

Berlin, den 27. November 1900.

NW. 82, Werfstraße 7.

Rgl. Amtsgericht Berlin-Mitte, Abt. 144.

geg. Wagner.

Ein trefflicher, ein salomonischer Bescheid. Der zu unrecht Verhaftete, zu unrecht zweimal bestraft, zu unrecht mit sechs Tagen Freiheitsentziehung bedacht wendet sich an die Behörde. Diese weiß dem Manne keinen weiteren Rat als: das Gericht trifft jedenfalls keine Schuld.

Nunmehr wird der Antisäher gegen Sanftum Bureaokratium im Wege der Zivil- und Strafsache vorgehen. Trifft die Beamten wirklich keine Schuld? Uns dünkt, er hat ein vollgerichtetes Maß Anspruch auf volle Entschädigung und, wenn nicht auf Entschuldigend wegen des großen Versehens — das um so größer ist, je häufiger die Möglichkeit solcher Doppelpenale dem Bureaokratismus vorkommen kann — auf Prüfung des Falles nach Maßgabe der strafgesetzlichen Vorschriften.

Wie sagte doch Graf Posaadowitz: wir leben in einem Lande der „vollendeten Rechtsgarantien“.

Stadtvorordner Kienter Albert Daber ist gestern gestorben. Er gehörte der Stadtvorordneten-Versammlung seit dem Jahre 1901 an und vertrat den neunten Bezirk der zweiten Abteilung.

Aus den päpstlichen Betrieben. Zu unserem in Nr. 289 enthaltenen Artikel wird uns berichtend mitgeteilt, daß der ohnmächtig gewordene Arbeiter der Anstalt Danzigerstraße im Plagarbeiter-Unterfunkstraßen eine Stunde gelegen habe, ehe er mit der Drofsche nach Hause geschafft werden konnte.

Für die Handwerker des Schlacht- und Viehhofes ist der Tagelohn nicht auf 5 bzw. 6,50 M. festgesetzt, wie im getriggen Bericht des Kuratoriums zu lesen war, sondern 4,50 M. Anfangslohn und 0,50 M. Höchstlohn.

Berlin im neuen Reichsteil. Im neuen Postetat werden für Berlin und Umgegend folgende Kauforderungen verlangt: 1. 120 000 M. zu einem Um- und Erweiterungsbau auf dem Postgrundstück Königsgräberstraße 20, 1. Rate. Das Telegraphenbureau soll hierher von der Oranienburgerstraße verlegt werden. 2. 255 000 M. für Vergrößerung des Postbauplatzes Ede Magazin- und Alexanderstraße und zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes daselbst. Dieses neue Postamt soll die Kiemer 25 (Königsgraben) und 27 (Blumenstraße) entlasten und eigenen Beständig erhalten. 3. 200 000 M. zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes für das Postamt 9 am Potsdamer Platz. Dieses Postamt, dessen Verkehr immer mehr zunimmt, hat jetzt Diensträume in vier getrennten Häusern. Geeignete Anfahrtsplätze für den starken Postwagenverkehr fehlen ganz. Es soll ein neues Dienstgebäude unter Benutzung der reichsfallischen Häuser Linienstraße 4/5 gebaut werden und Anfahrtsplätze geschaffen werden. 4. 120 000 M. zu einem Erweiterungsbau auf dem Postgrundstück in Groß-Lichterfelde, 1. Rate. Das Postamt, das auch Teile von Dahlen und ganz Rankwitz bestreift, reicht nicht mehr aus. 5. 290 000 M. zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Steglitz, 1. Rate. (Grundbesitzkosten im Vorjahre bewilligt). 6. 389 481 M. zur Erweiterung eines Bauplatzes und zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Wilmersdorf-Berlin. Die bisherigen Diensträume (Werlinstraße 34) sollen durch reichere ersetzt werden, da sie unzulänglich sind. Der Bauplatz soll unweit des jetzigen Postamtes gewählt werden. Man beachtete, das unbenutzte Grundstück Umlandstraße 85 und Pfalzburgerstraße 41 anzukaufen. 7. 691 000 M. zur Erweiterung eines Grundstücks in der Französischenstraße. Die Kiemer 8, 40 und 41 müssen 1910 ihre bisherigen Räume aufgeben, sie sollen alsdann in einem Postamt vereinigt werden, da die jetzigen Zustände unhygienisch sind. 8. 50 000 M. für Erweiterung eines Grundstücks zu neuen Postbetriebsanlagen für den Anhalter und Potsdamer Bahnhof. 9. 140 000 M. für Erweiterung des Hauptpostamtes in der Spannerstraße, 5. Rate. 100 000 M. zur Herstellung von Dienstgebäuden auf der Postvertriebsstelle am Schlesienschen Bahnhof. 4. Rate. 118 000 M. zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes für das Postamt 7 (Dorotheenstraße), letzte Rate.

Der Militäretat fordert für Berlin: 1. 15 000 M. als Schlusssumme für die Kasernen des 3. Telegraphenbataillons, 2. 175 000 M. zur Erweiterung der Geschäftsräume des Kriegsministeriums, 3. 32 000 M. zur Erweiterung der Geschäftsräume des Generalstabes, 4. 1800 M. für den Neubau eines Dienstgebäudes für den katholischen Feldpost der Armee in Berlin, 1. Rate (für Entwurf), 5. 1 Million Mark für den Neubau der Kaiser-Wilhelm-Akademie im Invalidenpark.

Der Durchbruch des Teltow-Kanals bei Groß-Lichterfelde wird voraussichtlich nächste Woche, jedenfalls aber noch vor Weihnachten, stattfinden und somit die Wasserläden des Kanals vereinigt werden. Anzeichen ist es jetzt endlich gelungen, die Morastmassen des Kanals zu verdrängen und einen festen Untergrund für das Kanalbett und die Wölbungen zu schaffen. Sobald der Durchbruch beendet ist, werden die überschüssigen, zur Festlegung des Kanalbettes versenkten Erdmassen ausgehoben, so daß noch im Januar der Teltow-Kanal in seiner ganzen Ausdehnung befahrbar wird. Wenn auch nach Eintritt der Winterpause die Schiffahrt auf dem Teltowkanal zunächst keinen bedeutenden Umfang annehmen wird, dürfte nach Wiederaufnahme des Fernverkehrs bei der Schiffahrt im Frühjahr der Verkehr auf dem Kanal einen beträchtlichen Umfang erfahren. Darauf deutet schon der lokale Verkehr in der verflochtenen Saison, der eine fast von Tag zu Tag steigende Frequenz aufzuweisen hatte. Die Baukosten des Kanals, welche bei der Inangriffnahme auf 25 Millionen veranschlagt waren, haben sich um rund 15 Millionen Mark erhöht, die Gesamtausgaben für die Anlage betragen 40 Millionen Mark. Diese enorme Differenz ist lediglich durch die ungeheuren Schwierigkeiten, welche die Bodenbeschaffenheit den Arbeiten entgegensetzte, verursacht worden. Der Ausgabe stehen jedoch noch zu erwartende Einnahmen aus Terrainverkäufen gegenüber, da die Kanalbauverwaltung beträchtliche an den Kanal angrenzende Ländereien an der Kanallinie mitverkaufen mußte. Mit Rücksicht auf die durch den Kanalbau herbeigeführte Steigerung des Bodenwertes dürften die Kosten des Kanalbaues bei Verkauf der Grundstücke nicht unbeträchtlich herabgesetzt werden können.

Große Trauer herrscht unter den Berliner Schulkindern. Das norwiegische Königspaar wird nämlich den Kaiser in Potsdam und nicht in Berlin besuchen. Dadurch kommen unsere Schulkinder um ihre Einzugsferien und um das „Vergnügen“, Unter den Linden Spalier bilden zu müssen.

Der Schuhmacher Böttig, der zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde, ist nunmehr nach dem Strafgefängnis Tegel übergeführt worden. Was die Art der ihm zugewiesenen Beschäftigung betrifft, so wird er wahrscheinlich in seinem gelerntem Handwerk beschäftigt werden.

Ueber einen Bauunfall, der sich am Montagabend bei den Ausschachtungsarbeiten der Untergrundbahn am Leipziger Platz ereignet haben sollte, wurde in einer der letzten Nummern berichtet.

Wie und heute von anderer Seite mitgeteilt wird, hat sich der Unfallfall nicht bei dem Bau der Untergrundbahn, sondern auf einem Abbruchgrundstück in der Krausenstraße zugetragen. Der dort stauer zu Schaden gekommene Arbeiter Dübner aus der Kaiser-Friedrichstraße 18 befindet sich noch im Krankenhaus Moabit.

Ein schwerer Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einem Postwagen fand Mittwochabend gegen 1/2 7 Uhr in der Dorotheenstraße statt. Als der Straßenbahnwagen Nr. 2392 der Linie 18 die Kreuzung an der Uivochstraße befuhr, bog aus der letzteren der Postwagen Nr. 604 unmittelbar vor dem Rotomorgens in die Dorotheenstraße ein. Der Führer des Straßenbahnwagens gab sofort Gegenstrom, doch wurde bei dem schlüpfrigen Pflaster der Postwagen gegen die Vorderplattform des Kraftwagens geschleudert. Infolge des Anpralles wurde der Postwagen von seinem Sitz herabgestoßen, stürzte auf das Straßenpflaster und blieb benimmungslos liegen. Er hatte, wie in der königlichen Klinik in der Niegelsstraße festgestellt wurde, schwere innere Verletzungen erlitten. Bei dem Zusammenstoß wurde an dem Postwagen die Hinterachse zertrümmert, bei dem Straßenbahnwagen die Luftbremse beschädigt.

Ausnahmetage während der Weihnachtszeit. Die Ausnahmetage vom Remuheladenschluß, die in diesem Jahre während der Weihnachtszeit für offene Ladengeschäfte zugelassen werden, sind folgende: Bis 10 Uhr abends dürfen die Läden geöffnet sein vom 13. bis 15., vom 17. bis 22. und am 29. Dezember.

Im Antrage der Firma Vereinigte Gerüst-Bau- und Leih-Anstalten L. Altmann zu Charlottenburg, Spandauerstraße 20, ersucht um Herr Rechtsanwalt Hahn nachstehende Verächtigung der im „Vorwärts“ am 8. d. M. über die Firma gebrachten Notiz zu veröffentlichen:

1. Es ist unklar, daß, wenn über Gerüst-Einstürze berichtet werden muß, in vielen Fällen die Gerüstfirma Altmann genannt wird, wahr ist vielmehr nur, daß in 16 Jahren 4 Gerüsteinstürze bei der Firma Altmann erfolgt sind, bei denen sämtlich festgestellt worden ist, daß sie entweder auf höhere Gewalt oder auf Verschulden fremder Handwerker, die auf dem Gerüst gearbeitet hatten, zurückzuführen sind. Es ist also auch unklar, daß die Schuld an dem Einstürzen Altmannscher Gerüste auf die in diesem Geschäft herrschenden Arbeitsmethoden zurückzuführen ist.

2. Es ist unklar, daß die Firma Altmann bei Vergütung von Arbeiten die übrigen Firmen unterbietet.

3. Es ist unklar, daß die Firma Altmann bestrebt ist, möglichst billige Arbeitskräfte zu bekommen; wahr ist vielmehr, daß sie die höchsten Löhne im Leitergerüstgewerbe zahlt.

4. Es ist unklar, daß organisierte Arbeiter Herrn Altmann ein Gräuelfund, und er ihnen kurz und bündig erklärt, sie müßten sich vom Engländer Arbeit holen; wahr ist vielmehr, daß Herr Altmann unerschrocken organisierte und nicht organisierte Arbeiter beschäftigt.

Auf diese höchst originelle Verächtigung haben wir unsern Gewährsmann um Neuerung erlucht.

Das Berliner Adressbuch für 1907 ist erschienen und gelangt von heute ab in der Haupt-Expedition des „Berliner Lokal-Anzeigers“, Zimmerstraße 37-41, von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags zur Ausgabe. Von den Vorbestellern kann das Adressbuch gegen Auszahlung der ihnen zugegangenen Legitimationskarte in Empfang genommen werden: in einem Bande gegen Zahlung von 10 M., in zwei Bänden zum Preise von 12 M. Von Montag, den 17. d. Mts., ab erfolgt gegen eine Zustellungsgebühr von 20 Pf. die Zustellung der nicht abgeholtten Exemplare in die Wohnungen der Besteller. Der Verkauf nicht vorbestellter Bücher zum Ladenpreise, der um 2 M. höher ist als der Vorbestellpreis, findet nur in der vorgenannten Haupt-Expedition für die Ausgabe in zwei Bänden statt. — Der vorliegende Jahrgang hat eine Stärke von 320 Druckbogen zu 16 Seiten, zusammen also: 5120 Seiten. Das Namensverzeichnis enthält allein 2770 Seiten und hat damit nahezu den Gesamtumfang der ersten Ausgabe, die in dem derzeitigen Verlag hergestellt wurde (Jahrgang 1896), mit 2808 Seiten erreicht. Das Verzeichnis der Ober-Postdirektion, durch Erteilung zuverlässiger und vollständiger Adressen die Sämlichkeit der Briefbestellung zu fördern, ist vom Verlag durch Hinzufügung der vollständigen Postbezirke und Postämter bei jeder Adresse sowie durch einheitliche Schreibung der Straßennamen in wirksamer Weise unterstützt worden. Eine anerkennenswerte Neuerung bringt das neue Adressbuch in Gestalt der nunmehr bei jedem Vorort dem Text vorangestellten Situationspläne, die den großen Verkehrsplan ergänzen und die Orientierung in den einzelnen Orten wesentlich erleichtern.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht gegen 2 Uhr kam in der Landbergerstr. 1a in einem Lagerraum ein gefährlicher Brand aus, der den ersten Zug längere Zeit beschäftigte. Dort brannten außer Wappen und anderem Kisten, Fuchshöden, Schalceden, Vallen usw. Durch kräftiges Wassergeben gelang es, eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Gestern früh um 7 Uhr entstand in einer Tischlerei in der Lippenstraße 23 ein Brand, der an Holz reiche Nahrung fand. In der Kronenstr. 66 mußte ein Feuer gelöscht werden, das nachts auf einem Kloset ausgebrochen war. Kleider u. a. brannten in einer Werkstatt in der Wilhelmstr. 53/54 und ein Badezimmer in der Gneisenstraße 41. Wegen eines Kesslerbrandes wurde der 18. Zug nach der Artilleriestr. 22 gerufen, wo Papier u. a. in Brand geraten war. Aus der Luisenstr. 45 wurde ein Ladenbrand gemeldet und aus der Hausbergstr. 10 ein Küchenbrand. Der 11. Zug hatte in der Reichstr. 45 mit einem Schornsteinbrand zu tun. Zur Rettung eines dreijährigen kranken Kindes wurde auf Veranlassung eines Arztes ein Samariter der Wehr nach der Staßfurterstr. 10 entsandt, der dem Kinde längere Zeit Sauerstoff einatmen ließ.

Das Berliner Aquarium hat einerseits durch seine Tochteranstalt Ravigno und andererseits durch die königliche Zoologische Anstalt auf Helgoland eine ganze Reihe kaltschlüssiger und wirtelloser Seetiere aus den süd- und mitteleuropäischen Meeresgebieten gesammelt erhalten. Unter den von Helgoland eingeleiteten Fischen sind besonders hervorzuheben der lebend so schwer zu erhaltende, dem Namen nach aber wohl jeder Hausfrau bekannte Steinbutt, dessen Fleisch zu den feinsten Tafelgerichten, die das Meer dem Menschen zu bieten vermag, gehört, und der ziellose aller Flossenträger der deutschen Meere, der zu den beachtenswertheiten Seltsamkeiten eines Aquariums zählende Seefischling, der schöner und anmutiger als seine das Südwasser bewohnenden Verwandten, aber leider infolge seiner Empfindlichkeit auf dem Transport schwer durchzubringen ist. Aus den der Adria entstammenden sechs Arten muß in erster Linie eine zu den Schell- oder Weißfischen gehörende Seezunge hervorgehoben werden, die in der Kalzuppe unserer Gewässer eine Verwandte hat und sich durch fünf Varietäten auszeichnet. Die Station Ravigno sandte sieben Gaieier ein, die hier nun ihre Weiterentwicklung durchmachen.

Der Zoologische Garten, dessen Papageienfammlang jetzt über 110 Arten umfaßt, hat kürzlich vier zum Teil hier zum erstenmal gezeigte Formen erworben. Sie gehören sämtlich zu der Gruppe der in Australien lebenden Platyschweifstittchen und sind auf der Papageienseite des neuen Logenhauses untergebracht. Ein felsenbewohnender Klippstittich hat in einem Glasgefäß Unterkunft gefunden, ebenso ein Vögelchen der fäthlichen Rappstittchen, während ein Paar Scherlachstittchen, nahe Verwandte der bekannten Rosenstittchen und ein zierlicher Glanzstittich zwischen ihre Landsleute in der obersten Reihe der Papageien-Einzelabteilungen eingereiht sind.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Wie ein Pädagoge über die Frequenz der Schulklassen denkt, beleuchtet der stenographische Bericht einer der letzten Schöneberger Stadtvorordneten-Sitzungen. In dieser Sitzung äußerte sich der Stadtvorordnete Professor Sagen, Vorsteher dieser Versammlung,

darüber folgendermaßen: „Von pädagogischen Standpunkte aus halte ich es in der Tat auch gar nicht für so gefährlich, wenn die Zahl der Schüler etwas größer ist. Für den Lehrer ist es ein höchst anstrengend, unzweifelhaft, aber der Schüler ist eigentlich hygienisch besser versorgt, denn er ist nicht immer derjenige, auf den sich die Klasse in jedem Augenblick richtet. Wenn statt 30 50 Schüler da sind, kommt die spezielle Frage an diesen etwas leiteter, und man weiß pädagogisch sehr gut, es ist ein Glück, daß der Schüler nicht bei jeder Frage mit der scharfen Aufmerksamkeit beteiligt ist, daß er sich sagt, du bist derjenige, der gefragt wird und mußt Antwort geben. Wenn das der Fall wäre, würden die Schüler es nicht aushalten, daß sie mit so vielen Stunden in Anspruch genommen werden, wie es jetzt der Fall ist. Das ist schon eine alte Praxis und es ist damit nicht so schlimm.“

Der Mann, der diese Worte gesprochen hat, ist Professor und Lehrer am Fall-Realschulmann in Berlin. Das Bürgerium könnte, wenn das, was hier gesagt ist, zuträfe, in diesem Herrn einen glänzenden Verteidiger unserer heutigen Volksschulverhältnisse erblicken. Nur schade, daß der von dem Herrn Professor aufgestellte Grundlag nur für die Volksschulen und nicht auch für die höheren Lehranstalten Anwendung findet. Daß ein Pädagoge allen Ernstes solche Ansichten äußern kann, wird in der Arbeiterschaft sicherlich großes Kopfschütteln erregen.

Eine Erleichterung des Steuerzahlens soll auf Beschluß der städtischen Körperschaften im nächsten Jahre zur Einführung gelangen. Mit den in Schöneberg befindlichen Bankinstituten und Sparkassen wird gegenwärtig ein Abkommen getroffen, wonach sich dieselben verpflichten, Steuern auf Rechnung der Stadt und des Staates entgegenzunehmen und zwar in der Zeit vom 1. bis einschließlich den 18. des zweiten Monats eines jeden Vierteljahres. Eine besonders Vergütung erhalten die Banken von der Stadtgemeinde hierfür nicht. Mit dieser Einrichtung ist den Steuerpflichtigen die Gelegenheit gegeben, auch außerhalb der Vorkaufstunden der städtischen Steuerkasse ihre Steuern entrichten zu können. Die bisherige Einholung der Steuern durch die städtischen Steuererheber wird jedoch bis auf weiteres noch beibehalten werden.

Charlottenburg.

Berein freier Kindergarten. Wie bereits mitgeteilt, findet Sonnabend, den 15. Dezember, im „Volkshaus“, Rosinenstr. 3, ein Winterfest zur Belustigung der Kinder mit Spielen, Kasperletheater und Versicherung statt. Anfang 4 Uhr. Eintritt für Erwachsene 20 Pf., für Kinder 10 Pf.

Lichtenberg.

Die „Volkzeitung“ für Lichtenberg, Friedr.berg und Wilhelmberg hat abermals ihren Redakteur gewechselt. In der Mittwochnummer gibt das Blättchen den Lesern bekannt, daß ein Herr Müller-Sund die Redaktion übernommen hat. Auch der neue Herr bittet um die gütige Unterstützung der Mitbürger. Hat der Vorgänger dieses Herrn vielleicht wider den Stachel der Grundbesitzerinteressen gelötzt, daß er in Ungnade verfallen?

Schildow-Brankenfelde (Bezirk Nieder-Schönhausen).

Weihnachtsbetrachtungen lautete das Thema eines Vortrags, den Genosse S. Weber in der am Sonntag in Wöhlensmühle bei Knappe tagenden Wahlvereinsversammlung hielt. Eine Diskussion über das mit lebhaftem Beifall aufgenommene Referat fand nicht statt. Der Vortragende erwähnte die Anwesenheit zu feibiger Agitation für die Organisation und sozialistische Presse. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung die verstorbenen Genossen August Dreesbach und Wilhelm Jden in der üblichen Form.

Nowawes.

In einer am Dienstag im „Volksgarten“ abgehaltenen, von 250 Personen besuchten Volksversammlung referierte Genosse Paul Wagner-Berlin über die „Schäden der Heimarbeiter und den Gefehrentwurf betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine“. Seine Ausführungen fanden lebhaften Zustimmung. Eine Resolution, in welcher der gefehliche Heimarbeitergesetz geordert wird und die sich gegen den Gefehrentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ausdrückt, fand einstimmige Annahme.

Gerichts-Zeitung.

Verurteilung wegen Serienloschwindel.

Eine Anzahl Serienloschwindler, vor deren Unternehmen wir so oft eindringlich gewarnt haben, ist gestern von der Triester Strafammer verurteilt. Wegen Serienloschwindels wurden verurteilt der Kaufmann Sed aus Luxemburg zu 2 1/2 Jahren und 14 Tagen Gefängnis, der Kaufmann Uhlig aus Frankfurt a. M. zu vier Monaten Gefängnis und der Kaufmann Roeder aus Luxemburg zu zwei Monaten Gefängnis. Der Loschändler Passarge aus Lübeck wurde freigesprochen.

Notmaß: Hand weg von Serienlosen!

Aufzug oder Spaziergang.

Streifende Vergleude mit ihren Familien waren im April auf der Landstraße über Strecken nach Jett gewandert. Hundert bis zweihundert sollen es gewesen sein. Dann und wann musizierten einzelne. Tischendorf und Genossen, die sich beteiligten, wurden vom Landgericht Raumburg von der Anklage der Uebertretung der §§ 10 und 17 des Vereinsgesetzes freigesprochen, weil kein genehmigungspflichtiger öffentlicher Aufzug vorlag. Das Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht zurück: Das Landgericht verkenne den Begriff des öffentlichen Aufzugs im Sinne des Vereinsgesetzes, wenn es meine, es mühte damit der Zweck einer Störung der öffentlichen Ordnung und des Verkehrs verbunden sein, was hier nicht der Fall wäre. Aber auch der zweite Grund des Landgerichts rechtfertigt nicht die Freisprechung. Das Landgericht sage nämlich an zweiter Stelle, die Leute hätten nur einen Ausflug, einen Spaziergang nach Jett gemacht. Dem widerspreche es, wenn das Landgericht vorher feststellte, daß 100 bis 200 Personen sich „im Hausen“ auf der Landstraße fortbewegt hätten, wobei auch musiziert worden sei. Wer so geht, der wolle eben nicht bloß spazieren gehen, sondern die Leute (1) damit demonstrieren. Die Vorinstanz müsse somit noch weitere Nachprüfungen vornehmen.

Mögen die Arbeiter aus dieser Art Rechtsprechung Anlaß nehmen, zu gegebener Zeit in hellen Häusern zur Wahlurne zu gehen. Dieser Spaziergang ist erlaubt.

Die weiße und die rote Schleife.

Wie der Kampf der herrschenden Klassen und ihrer Institutionen gegen die III Sozialdemokratie doch manchmal auch einen starken Stich ins Komische erhalten kann, davon hier ein Beispiel. Vor dem Schöffengerichte in Ruhrtort sollte kürzlich der Bergmann W. in der üblichen Weise vernort werden, weil er bei der Beerichtigung seines Kameraden Linden Schmidt einen Kranz mit roter Schleife getragen hatte, d. h. so behauptete es die Anklage. Zur allgemeinen Verblüffung ergab nun aber die Vernehmung, daß W. keine rote, sondern eine weiße Schleife am Kranz gehabt hätte! Allgemeines Erstaunen. Doch so leicht sollte der Sünder nicht davonkommen. Hatte er nun auch keine rote Schleife getragen, so war doch in dem Leichenauge irgend jeman d auch mit einer roten Schleife gewesen. Und dadurch, so deduzierte der Herr Amtsanwalt, werde das Leichenbegängnis an sich zu einem „außer gewöhnlichen“ ergo könne W. wegen Teilnahme an einem außergewöhnlichen Leichenbegängnis, zu dem die Genehmigung nicht eingeholt sei, bestraft werden. Schrämm! Zudem hatte W. bei der Niederlegung seines Kranzes gesagt: „Im Namen Deiner Kameraden vom Bergarbeiterverbande“ — also war auch die „Rede am Grabe“ fertig.

Das Schöffengericht konnte sich nun doch zu dieser Höhe amts-anwaltlicher Logik nicht aufschwingen, es sprach den Angeklagten

Kostenlos frei. Um so mehr Verständnis fand der Herr Amtsanwalt bei der Berufungsinstanz. Der Staatsanwalt beantragte 5 R. Geldstrafe, doch die Strafkammer des Landgerichts in Duisburg, den Spuren des Amtsanwalts folgend, verurteilte den Kranzträger zu 15 R. Geldstrafe, in der Begründung zum allgemeinen Erschauen betonend, daß B. nicht aus Pietät gehandelt, sondern nur für seine Partei habe demonstrieren wollen! (Mit der weißen Kranzschleife!) Durch das Tragen einer roten Schleife sei das Zeichenbegängnis zu einem „außergewöhnlichen“ geworden. Daß B. selbst diese rote Schleife nicht gehabt, ändere nichts an dem Charakter des Zeichenzuges. Und da nun die Beweisaufnahme ergab, daß B. beim Niederlegen des Kranzes mit der weißen Schleife gesagt: „Im Namen Deiner Kameraden vom Bergarbeiterverbande“, so habe B. auch noch eine „Rede“ gehalten, die nur dem Geisteskranken zufomme! — Wenn es wahr ist, daß „Lächerlichkeit tötet“, dann dürfte dieser Prozeß einer von den Rägeln zum Sarge unserer heutigen Rechtsprechung sein. An den Wählern ist es, die Herbeiführung gerechterer Zustände durch den Stimmzettel zu beschleunigen.

Schutz gegen Schußleute!

Wegen Mißhandlung eines von ihm verhafteten Arbeiters hatte sich der Schutzmann Ehlers vor der Braunschweiger Strafkammer zu verantworten. Bei der Vorführung zur Vernehmung auf der Polizeiwache hat er seinen Arrestanten, der sich bei der Verhaftung widersetzt, benommen und den Beamten durch Schimpfworte gereizt haben soll, grob angefahren und ihm mit der Faust derbe Prüfte und Schläge versetzt. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft sah die Sache recht milde an; er meinte, man dürfe es einem Polizeibeamten nicht so sehr verübeln, wenn er sich in der Erregung über ihm zugefügte Beleidigungen einmal zu Tatkraften verleiten lasse. Nicht so dachte der Gerichtshof, der statt der vom Staatsanwalt beantragten 15 R. auf eine Geldstrafe von 50 R. erkannte. Landgerichtsdirektor Wode setzte dem Angeklagten sehr ernst auseinander, daß das Gericht nur deshalb von einer Freiheitsstrafe abgesehen habe, weil der mißhandelte Arbeiter in sehr schlechtem Rufe stehe. Ein Schutzmann müsse stets fahrlässig seine Ruhe wahren und dürfe sich nicht so vergessen, wie der Angeklagte es getan habe.

„Da haust Du einen schönen Bauern raus!“

sagte beim Nürnberger Bauarbeiterstreik der Maurer Max Huber zu dem arbeitswilligen Steinbauer Eber Schenk, den er bei der Arbeit vor einem Neubau beobachtete. Der Ausdruck ist in Bauarbeiterkreisen viel gebräuchlich und soll eine scherzhafte Bezeichnung für eine nicht ganz ordnungsgemäße Arbeitsausführung sein. Der Arbeitswillige schlug sofort mit der Richtlatte auf den Kritiker ein, sodah die Latte brach, dann warf er ihn zu Boden, inzwischen kam der Unternehmer Vollnberger hinzu, und als nun Huber aufstehen wollte, schlug er ebenfalls auf diesen ein. Der Geschlagene kam nun noch wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung vor Gericht. Der hinzugekommene Schutzmann hatte ihn angezeigt und in der Anzeige bemerkt, der Ausdruck: „Da haust Du einen schönen Bauern raus“, sei eine Aeußerung, die von den Streikenden oft gebraucht werde, um Arbeitswillige zur Beleidigung und zur Teilnahme am Streik zu veranlassen. Das Gericht sprach ihn jedoch frei, dagegen wurden der Unternehmer und sein Streikbrecher wegen Körperverletzung zu je drei Tagen Gefängnis verurteilt.

Wasserstand am 13. Dezember. Elbe bei Müßig — Meter, bei Dresden — 0,80 Meter, bei Magdeburg + 2,08 Meter. — Unstrut bei Straußfurt — Meter. — Oder bei Rottbor + 1,47 Meter. — Neißemündung + 1,77 Meter. — Oder bei Brielg + 2,83 Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel — 0,82 Meter.

Vermischtes.

Hagel und Donnerwetter im heiligen Trier. Am Mittwochabend ging über das Moseltal ein Gewitter mit gewaltigen Donnerlärm, Hagelschauer und Sturm nieder. Viele Dächer in Trier sind stark beschädigt worden.

Auch in Köln sind infolge des Sturmes große Störungen im Telefonbetrieb und zahlreiche Unglücksfälle herbeigeführt worden. Die Telefonleitungen nach fast allen Richtungen wurden unterbrochen. Unterhalb von Worringen wurden abends zwei auf einem Schlepplahn weisende Personen von einem Sturmwind in den Rhein geweht, eine Person ertrank. Inweit des Bahnhofs Köln-West wurde ein Anstreicher von der Plattform eines Wagenabteils 4. Klasse auf die Weisse geschleudert, als in demselben Augenblick der Bajeler Schnellzug die Strecke passierte. Der Verunglückte wurde schwer verletzt einem Hospital überwiesen. — In Aachen wurde ein Fabrikneubau schwer beschädigt. Ein Arbeiter erlitt tödliche Verletzungen.

Glücklich im Hafen. Der der Stettiner Reederei Kunitzmann gehörige Dampfer „Tercubia“, der am 10. d. Mts. an der nordamerikanischen Küste gestrandet war, ist durch eigene Hülfse wieder abgebracht worden und im Hafen von Philadelphia angekommen.

Entgleist ist gestern vormittag 9 Uhr 50 Min. auf dem Bahnhof Halberstadt Maschine und Packwagen des einfahrenden Personenzuges Nr. 3 der Halberstädter-Blankenburger Eisenbahn. Reisende sind nicht verletzt. Der Lokomotivführer erlitt geringe Erschütterungen. Die Ursache der Entgleisung ist Schienenbruch. Der Betrieb ist nicht gestört. Der Personenverkehr wird aufrechterhalten.

Ein Felssturz. Infolge eines großen Felssturzes auf der Strecke Czernosel-Schöln geriet, wie aus Veitmeritz gemeldet wird, der Schnellzug der Nordwestbahn in große Gefahr. Nur mit großer Mühe gelang es, ihn im letzten Augenblick zum Halten zu bringen und vor einer folgenschweren Entgleisung zu bewahren.

Empfehlungswerte Gegenb. Auf den zwischen Neßtan und Vogsan verkehrenden Personenzug wurden mehrere Schiffe abgegeben. Eine Anzahl Waggonsenstler wurden zertrümmert, in dessen wurde glücklicherweise niemand von den Passagieren verletzt.

Frauen als Denker. In Columbia, Ohio, Vereinigte Staaten von Amerika, soll ein Frank Castro, der einen Polizisten ums Leben gebracht hat, hingerichtet werden. Zwei Frauen bewarben sich eifrig um das Denkeramt, das darin besteht, eine Kurbel zu drehen, sobald der Räder auf dem elektrischen Stuhl festgebunden ist. Die eine Frau ist die Matrone des Stadtgefängnisses, die andere die Witwe des ermordeten Polizisten, welche die Behörden gebeten hat, ihr diese „Genugtuung“ zu geben. Beide Frauen sind sehr entzückt darüber, daß von verschiedenen Seiten der Versuch gemacht wird, eine Begnadigung für Castro zu erlangen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet **Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Gandelskammer-Vereinigung, Durchgang nach Lindenstr. 101), wochentäglich von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.**

— **H. H. 300.** 1. Leber ja. 2. Durch 1 erleidet. — **Thale 100.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage unter Ergänzung, wann und wo die Heirat stattgefunden hat und ob beide Eltern noch leben. — **J. H. 20.** 1. Rein. 2. Nach Umständen mit Gewerkschaftlichkeit verbundener Krankheitsdauer oder bei erwiesener Invaldität. 3. Das Gericht kann das annehmen; es ist von Fall zu Fall zu entscheiden. — **91.** Sie können sich an Berlin (Königlicher Park) wenden. — **23. W. Rein.** — **G. S. 8.** 1. Belegt die Route weiter, kann auch Abfindung erhalten. 2. Sie beantragen die Belegschaft. — **50. Rein.** — **Carl 750.** 1. Ja. 2. Nur, falls die Gesellschaft zugestimmt hat. 3. Nur wenn er zum Schein erfolgt. 4. Die Abtretung hat schriftlich zu erfolgen, desgleichen die Zustimmung der Versicherungsgesellschaft. — **H. W. 39.** Ja, Sie können dann bei Gericht Kostenrechnung zwecks Erhaltung des Bezahlers durch Klagen verlangen. — **C. S. 1884.** 1. Falls Ihr Vertrag nichts

Gegenteiliges besagt; nein. 2. Klage auf Unterlassung beim Amtsgericht. — **Wettarb.** Jägerstr. 53 (v. Wendelslohn-Bartholdy). — **B. A. 31.** Die Arbeiter, die einer dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechenden Hilfskasse angehören, sind vom der Jugendschutz zur Drückstrafenliste befreit, also vom Arbeitgeber nicht anzunehmen. — **R. 99.** Sie müssen ohne weitere Kasseverrechnung zahlen; sonst können Sie verhaftet werden. — **G. Rixdorf 7.** Rein. — **C. S. 100.** Zwischen 6 und 20 Mark für die Hülfse und zwischen 1 bis 2 Mark für jeden Besuch werden als angemessen erachtet. Dies Geld kann im Voraus verlangt werden. — **H. L. 2. Schuchberg, Mariendorfer Weg, Rein.** — **G. C. 2.** Sie sind selber zum vollen Schadenersatz (also Glas mit Malerei) verpflichtet. — **G. 99.** 1. Rein. 2. Entweder ein Viertel des Nachlasses oder, falls sie nach mäßigem Recht erben will, die Hälfte des Vermögens beider Eheleute. — **H. B. 100.** 1. Ihr mit Rechtskraft feststehendes Scheidungsurteil sowie Geburtsurkunden und die Militärpapiere werden gefordert. 2. Die Anerkennung erfolgt bei der Geburt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der Rüblichen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 70-75 pr. 100 Pfd., IIa 64-69, IIIa 58-63, IVa 50-56. Kalbfleisch, Doppelländer 115-125, Ia 88-95, IIa 76-86, IIIa 62-74, holl. 60-60. Hammelfleisch Ia 69-77, IIa 54-67. Schweinefleisch 55-64. Rehwild Ia pr. Pfd. 0,60-0,80, IIa 0,50-0,58. Rotwild Ia 0,40-0,52, IIa 0,00, do. Kälber 0,45-0,55, Damwild 0,40-0,58, do. Hälber 0,60-0,69. Wildschweine 0,27-0,50. Ferkel 0,55-0,70. Hühner pr. Stück 3,00-3,25, do. Rein und IIa 2,00-2,75. Kaninchen pr. Stück 0,70-1,00. Wildenten pr. Stück 1,70 bis 1,75. Revidenten 0,00. Rebhühner, junge Ia 0,00, junge IIa 0,00, alte 0,00, junge kleine 0,00. Gänse, alte pr. Stück 1,50-2,50, alte IIa 1,00-1,40, junge pr. Stück 0,60-1,40. Lachsen pr. Stück 0,25-0,55, ital. 0,75-0,80. Enten, junge pr. Stück 1,40-2,35, Hamburger, junge pr. Stück 3,10. Gänse, Dackelhühner, pr. Pfd. 0,45-0,60, do. Ia pr. Stück 3-3,70, IIa 2-3. Gänse pr. 100 Pfd. 76-86, Rein 0,88. Ferkel, 105-111, groß 67. Schafe um. 90-110, mittel 76, kleine 0,00, Vieh 0,00. Rufe, groß 0,00, mittel 98-99, klein 70, um. 88. Pflaumen 0,00. Karpfen, 25er 0,00, do. 35er 0,00, do. 110er 60, do. 50-60er 65-66, 40er 0,00. Barke, matt 66-73. Karanfische 57. Weifische 0,00. Belts 0,00. Sunde Rische 22-24. Amerikan. Rische Ia neuer per 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa neuer 75. Seelachs 20-25. Sprotten, Riefer, Wall 0,75-1,25. Dantsiger, Wall 0,00. Hühner, pommerische Ia, pr. Schof 3-6, do. pommerische IIa 2-4, Kieler, Steige Ia 4-6, do. mittel der Riste 2-3. Hamb. Steige 4-5, halbe Riste 1,50-2. Bäcklinge, pr. Wall Rier 3,50-5,00, Straßburger 5-6. Rufe, groß pr. Pfd. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,60. Heringe pr. Schof 4-5. Schellfische Riste 4-4,50, do. 1/2 Riste 2-3,00. Kaviar, p. 100 Pfd. 20-25. Heilbutt 0,00. Sardellen, 100er pr. Kiste 95, 100er 95, 100er 93, 100er 78-75. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40-44, full 36-38, med. 35-42, deutsche 37-44. Heringe, neue Rostes, pr. 1/2, 20-25. Sardinien, russ. 305 1,50-1,60. Bratherlinge, Bäume (4 Liter) 1,50-1,75. Reunangen, Schof 11, kleine 5-6, Risten 14. Dummern, kleine, pr. Pfd. 0,00. Krebse, pr. Schof, große 0,00, mittel 0,00, kleine 0,00, unloct. 0,00. Gollier, groß 0,00, mittel 0,00. Eier, Land, pr. Schof 4,00-4,50. Butter pr. 100 Pfd. Ia 123-125, IIa 115-123, IIIa 110-114, ablaufende 95-105. Saure Gurken Schof 3,50-4,00. Pfefferkörner 3,50-4,00. Kartoffeln pr. 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,00-2,10, Daberische 2,00-2,10, Rollen 0,00, weiße 1,75-2,00, Salzkartoffeln 4,00-5,00. Spinat pr. 100 Pfd. 8,00-10,00. Karotten pr. Schof 3,00-4,00. Sellerie, helle, pr. Schof 4,00-5,00, do. pommerische 3,00-5,00. Zwiebeln große, pr. 100 Pfd. 3,00-3,50, do. kleine 2,00-2,25, do. helle (Perl) 0,00. Charlotten 60-70. Petersille, grün, Schof 1,50-1,75. Kohlrabi pr. Schof 0,50-1,00. Rettig, bayr., pr. Schof 2,40-4,50. Radieschen pr. Schof 0,80-1,00. Salat, pr. Schof 0,00, do. Escarole, pr. Randel 1,25-1,50, do. Endivien 1,75-2,00. Röhrrüben pr. 100 Pfd. 2,50-3,00. Teufelrüben pr. 100 Pfd. 8-10. Weiße Rüben, große 2-2,50, kleine 5-6. Rote Rüben 1,50-2. Blumentohl holl. pr. Kopf 0,18 bis 0,20, do. ital. Kopf 0,11-0,18. Birnstohl pr. Schof 3,00-6,00. Kohlfohl p. Schof 3,00-5,00. Weiffohl Schof 2,00-3,00. Rosenfohl p. 100 Pfd. 15-18. Grünfohl pr. 100 Pfd. 3-4. Schnittlauch 12 Bunde 4-4,50. Röhrrüben, Schof 2-3. Kürbis 5-8. Birnen, pr. 100 Pfd. helle 7-10, südmische 8-20. Äpfel, pr. 100 Pfd., helle 3-20, Gravensteiner 0,00, Tiroler in Pflaumen 17-30, Riste 32-60, Amerik. 16-30. Weiffohl becken, Schwedische 0,00, Gebirgs 0,00. Wallnüsse pr. 100 Pfd. 16-20, do. rumänische 20-25, do. franz. Cornes 28-34. Karanfische 60-66. Haselnüsse lange 41-45, runde 32-35. Zitronen, Reifna, 300 Stück 5,00-10,00, 300 Stück 7,00-9,00, 200 Stück 7-11.

Adressbuch
für
Berlin und seine Vororte,
1907

ist erschienen

und wird in der Haupt-Expedition des „Berliner Lokal-Anzeigers“, SW. Zimmerstr. 37-41 (Portal 1) zu den bekanntgemachten Preisen ausgegeben.

August Scherl.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonntag, den 16. Dezbr., vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15, Saal 5:

Versammlung

aller in der

Telephon = Branche

und auf
photographische und chirurgische Apparate
beschäftigten Tischler.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission.
 2. Beantragungen/Angelegenheiten.
 3. Verschiedenes.
- Nur Verbandsmitglieder haben Zutritt.

Montag, den 17. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Milbrodt,
Müllerstraße 7:

Bezirks-Versammlung

für
Wedding und Gesundbrunnen.

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Beitragskommission für die Jahre 11, 14, 18 und 21.
 2. Verbandsangelegenheiten.
 3. Verschiedenes.
- Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Zimmer 34, Amt 4, 3351. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9079.

Sonntag, den 16. Dezember, vormittags 10-1 Uhr,
findet die

Wahl zweier Revisoren

in folgenden Lokalen statt:

- Milbrodts Gesellschaftshaus, Müllerstr. 7.
- Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.
- Wernaus Festsäle, Schwedterstr. 23.
- Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
- Graumanns Festsäle, Naunynstr. 27.
- Wiemers Restaurant, Bolowstr. 58.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
- Metzdorf in Charlottenburg, Potsdamerstr. 44.
- Thiel in Rixdorf, Bergstr. 152.
- Wahrendorf in Steglitz, Schloßstr. 117.
- Böhle in Spandau, Neumeisterstr. 5.
- Kaufhold in Ober-Schöneweide, Wilhelminenhofstr. 18.
- Tempel in Rummelsburg, Alt-Boxhagen 56.
- Hellwig in Köpenick, Schönerlinderstr. 5.
- Schmutz in Weißensee, König-Chaussee 38.
- Gehlhaar in Tegel, Berlinerstr. 92.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen.
Die Stimmsettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt.
Wahlleiter ist der Kollege Josef Hartmann, Engel-Ufer 15 I.
161/12 Die Ortsverwaltung.

Verband der Hafnarbeiter u. verw. Berufsg.

Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin.

Sonntag, den 16. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Königshaus-Kajino, Holzmarktstr. 72.

Tages-Ordnung:

1. Verbandsangelegenheiten (Fortsetzung über den Zusammen-
schluß der Verbände).
 2. Verschiedenes.
- Aufnahme neuer Mitglieder.
NB. Um zahlreiches und pünktliches Besich wird ersucht.
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Gruppe der Zementierer.

Sonntag, den 16. Dezember, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 1), Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Medaileur Paul John: „Die Rechts-
fähigkeit der Berufsvereine“.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes.
- Des wichtigsten Vortrags wegen ist es Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen.
Der Vorstand.

Zentralverband der Dachdecker.

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 16. Dezember, vorm. 10 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Haltung des Gan- und Zentralverbandes auf unsere Forde-
rung.
 2. Verbandsangelegenheiten.
- Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Achtung! Zuschneider-Vereinigung, Berlin.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß an den drei Sonntagen vor
Neujahr bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35, zahlende
Mitglieder. Es wird den Mitgliedern hiermit Gelegenheit gegeben, die noch
rückständigen Beiträge zu entrichten.
Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

VI. Wahlkreis!

Sonntag, den 16. Dezember, abends 6 Uhr, im „Kolberger Salon“, Kolbergerstr. 23:

Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Düwell über: „Preußen als
Polizeistaat“.
2. Diskussion.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein

Der Einberafer.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin O. 54, Dragonerstr. 15, Hof I.

Genossenschaft: Amt III Nr. 5028.

Sonntag, den 16. Dezember, vormittags 10 Uhr:

Allgemeine Mitglieder-Versammlung

des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend

in den Industriefäsen, Beuthstr. 20.

- Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag über: Die Aufgaben der Sozial-
demokratie in der inneren und äußeren Politik. Referent: Genosse Dr. A. Bornstein. 3. Diskussion.
4. Verschiedenes. Der Vorstand. A. W. A. Juppelitz.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Sonnabend, den 15. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 II, Saal 4.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Beratung und Beschlußfassung über das neue Ortsstatut.
2. Akzeptierung der An-
stellungsbedingungen.
3. Verbandsangelegenheiten (Beihnachtsgratifikation an die Arbeitslosen).

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Zahlreiches Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband des techn. Bühnen-Personals

Sitz Berlin.

Sonnabend, den 15. Dezember, abends 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

- Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen H. Kloß. 2. Ver-
bandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist erwünscht.

Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Achtung! Gewerkschaften! Achtung!

Das seit 1900 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, II, untergebrachte
Bureau, Zimmer 21, wird wegen Raummangel zu vermieten gesucht.
Reflexanten erhalten Auskunft auf dem Bureau.

Die Ortsverwaltung.

Max Kliems Festsäle

Hasenheide 13-15.

Allen verehrlichen Vereinen und Gewerkschaften zur gefälligen
Nachricht, daß ich das Geschäft unverändert in bisheriger Weise fort-
führe. Zudem ist hierdurch mein Stofflager zu Versammlungen
und Festlichkeiten in empfehlender Erinnerung bringe, bitte ich um
seineres Wohlwollen und züchtige Hochachtungsvoll
Frau Helene Kliem, Hasenheide 13-15.

Die haarsträubenden

Zustände an den internationalen Produktenbörsen
führen unsehbar zum Lebensmittelmangel, zu enormen
Preiserhöhungen, zur Hungersnot, zum Börsen-
und Wirtschaftskrisen, zur Revolution.
Wer sich für diese gefährlichen Vorgänge im Wirt-
schaftsleben interessiert, verlange Prosektors Broschüre:
„Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der
Zukunft“. Vollständige Ausgabe in besserer Ausstattung
M. 2.-, Teil- und Vollausgabe 60 Pf. Zu beziehen durch
alle Buchhandlungen (Komm. Otto Weber, Leipzig,
wobei auch Prospekt und Zirkulare umsonst abgegeben
werden, ausserdem sind solche direkt vom Herausgeber der
Broschüre, Kaufmann Michael Prosektor in Würzburg, portofrei
zu beziehen.

Monats-Garderoben-Haus

6 Prinzenstraße 6

Die schönsten
Herren-Winter-Paletots und -Anzüge
in getragener, speziell Monats-Garderobe.
Von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede
Figur passend, speziell Bauhandzüge, sind in großer
Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben

im Laden Paul Lowicki, Prinzenstr. 6.

Hochbahnstation: Prinzenstraße.

Spezial-Hut-Engroslager. Neueste Moden der Saison

in Filzhüten, Jagdhüten, Zylinderhüten u. Chappau claqueen.

Einzelverkauf zu außergewöhnlich
billigen und streng festen Preisen!

Neue Königstraße 48, 1 Treppe,

Interamentele vrannt.: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Fertige Fries

Fenstermäntel

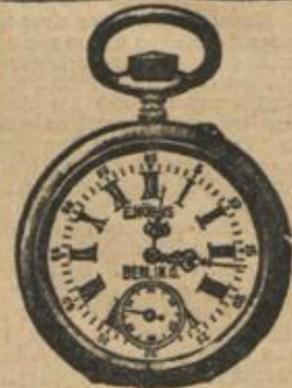
Stück 2,25, 2,85, 3,35, 4,50

Portierenfries Mtr. 2-4,50

Proben franko.

Teppich-Haus Emil Lefèvre

Oranienstr. 158 Berlin Süden



Nickel-Remont.-Uhren von 5 M. an
Silb. Remont.-Uhren " 8 " "
Gold. Remont.-Uhren " 15 " "
Regul.-Nußb.-Uhren " 9 " "
Reelle schriftliche Garantie.

E. Möbis, 14 Beuthstraße 14

am Spittelmarkt.

Für den Christbaum

Künstliche Eisnadeln. Millionen
Kristallnadeln und schimmernde
Kerzen auf dem Christbaum zu erzeugen,
unermüdet mit unzähligen Gold- und
Silberblättern, bei Herzensheim einer
reizenden Anblick genährend, empfiehlt
a. Patent 30 Pf. in Berlin
Fritz Kratz, Drag. N. 39,
Reinichenborstr. 119.
Richard Kalk, SW. 12, Charlottenstr. 76.
J. C. F. Schwartz, W., Rauerstr. 8.

Beste Bettenfüllung

Sind die vorzüglich füllenden, sehr
elastischen, echt heimischen

Monopoldaunen

(gering) gefüllte Pfund Mfr. 2,55.
3-4 Pfund genügen 4 gr. Oberbett.
Best. geg. Nachnahme. Versand frei.

Gustav Lustig
Berlin S. Prinzenstr. 46
Gehtes Bettfedern-Spezial-
geschäft Deutschlands.

Stolas

Über 500 Stück
(alle Pelzarten),
sowie alle sonst-
Pelzwaren.

Muffen, Kolliers
Nur eig. Fabrikat
aus best. Material.

Streng reell.
Kein Zwischen-
händler, daher sehr
billig.

F. Kalman
Kurschnerstr.

75. Dresdenerstraße 75

vorn II, 2. Haus v. Thalia-Theater.
Verk. auch Sonntags, u. Wochen-
ende v. 8 Uhr früh bis 9 Uhr abds.

Officiere in nur frischer Ware:

Hasen

große (dicke) für nur... 27. 3,00
große wilde Kaninchen... 0,90
Rehrücken, Rehbraten, Rehblättchen.
Zette junge Fäher, junge Tauben.

Gänse

187/2
Wd. 60 u. 65 Pf. in riefiger Mindesth.
Wegner, 50., Mariannenstr. 34.

Cigarren

In jeder Preislage
von 25.00-450.00 M. p. mille
zu Engros-Preisen.

Reinhard Hellmich,
jetzt Friedrichstr. 108, I.
Musterte Probieren gratis und franko.
Kein Laden.

Arbeiter-Gesang-Vereine

finden die größte und beste
Auswahl an Musikalien bei
J. Gänther, Verlag, Dres-
den, Zingststr. 24. Reichste
Auswahlangelegenheiten zu allen
Gegenständen. Kataloge gratis.

Arbeiter-Gesang-Vereine